CONTRASTE

Positionen zum Wandel der Gesellschaft

3.00 DM Nr. 5 / Jahrgang 2 Februar '85

DREAS WISCHNER
INZREGENTENSTR.46
1000 BERLIN 31
0012/016/001 001

Zum Wintertage-Plenum

Liebe Wandelsblatt-Leser

'Wandelsblatt', 'Wandersblatt', 'Wande§sblatt' ... *Nachdem sich vor Gericht bestätigt hat, daß wir den Titel* **'Wandelsblatt'** *nicht halten können (siehe Seite 2), haben wir lange überlegt, welche neue Wendung noch möglich wäre, ohne gleichzeitig gegenüber dem 'Handelsblatt' klein beigeben zu müssen.* **'Händelsblatt'** *z.B. wäre eine solche nette Variante gewesen.*

Andererseits haben wir tatsächlich Besseres zu tun, als uns mit irgendwelchen humorlosen Idioten um Titel rumzuärgern. Die Inhalte zählen. Also war spätestens bei den Wintertagen klar, daß ein anderer Titel gefunden werden mußte. **'Contraste - Positionen zum Wandel der Gesellschaft'** *ist dieser neue Titel - und dabei wird es bleiben, solange nicht irgendjemand ein Titel einfällt, der alle vom Hocker reißt.*

Ein Gag am Rande: nachdem das 'Handelsblatt' uns den - beim letztenmal spaßeshalber kreierten Titel **'Wandersblatt'** *nicht wie gehabt per einstweiliger Verfügung verbieten konnte (irgendwann spielt halt auch der gutwilligste Richter nicht mehr mit) sind die Kollegen 'aufs Ganze gegangen'. Uns wurde die Eröffnung des Hauptverfahrens angedroht (für uns völlig undurchführbar wegen der immensen Kosten), wenn wir nicht bereit wären, uns außergerichtlich zu vergleichen. Im Falle des Vergleichs (d.h. unseres Verzichts auf den Titel* **'Wandersblatt'***) wäre das 'Handelsblatt' bereit, den Löwenanteil der bisher entstandenen Anwaltskosten selbst zu übernehmen. Wir haben diesen Vergleich natürlich akzeptiert, viel Geld gespart - und uns wieder mal köstlich amüsiert: an einen Titel* **'Wandersblatt'** *war nie gedacht gewesen.*

Ansonsten: die Februarnummer von **'Contraste'** *erscheint zwei Wochen verspätet - wg. Wintertage-Berichterstattung.*

Die März-Ausgabe wird dafür (hoffentlich) wieder gewohnt pünktlich im Briefkasten liegen.

Viel Spaß beim Lesen

die Redaktion

Hat die alternative Ökonomie eine Zukunft?

Beim folgenden Beitrag handelt es sich um den Vorabdruck der gekürzten Einleitung des im Februar d.J. erscheinenden Buches von Bischoff/Damm: Arbeitsplätze selber schaffen, finanzieren und behalten (Biederstein Verlag). Im I. Kapitel dieses Buches werden 10 selbstorganisierte Projekte dargestellt; das II. Kapitel bietet einen umfassenden Überblick über das gesamte Spektrum der Geldbeschaffungsmöglichkeiten und -strategien für selbstorganisierte Initiativen.

Sozialstaat in der Krise

Der Sozialstaat BRD hat sich zu einem solch komplexen Gebilde entwickelt, daß viele Menschen ihm eher hilflos gegenüberstehen. Er ist ihnen rätselhaft, und seine Reaktionen scheinen ihnen unverständlich. Auf der anderen Seite hat er Überlebenschancen und Existenzmöglichkeiten geschaffen. In seinen „Nischen" und „Ecken" finden Jahr für Jahr Zehntausende nicht nur Zuflucht und Herberge, sondern auch Existenzgrundlagen und neue Hoffnungen auf eine lebenswerte Zukunft. Dieses Verständnis auf der einen und das Wahrnehmen von Chancen auf der anderen Seite spiegelt die Krisensituation wider, in der sich der Sozialstaat Bundesrepublik heute befindet. Was hat die Selbsthilfebewegung mit dieser Krise zu tun?

Das Schlagwort heißt: „alternativ". Dabei ist die Frage, was nun „alternativ" ganz genau sei und was nicht, unwesentlich. Denn das Etikett „alternativ" wird weniger von denjenigen benutzt, die in der Szene und mit der Szene leben, als vielmehr von denjenigen, die über diese Szene reflektieren. Im Falle der „Alternativen" ist sicher ein historischer und realgeschichtlicher Sinn vorhanden: Auch viele Politiker „merken", daß es mit *dieser* bestehenden Wirtschaftsform, mit *diesem* Typ von Arbeitsgesellschaft nicht mehr ohne Probleme weitergehen wird. Vielmehr sind weitere Krisen und strukturelle Arbeitslosigkeit programmiert. Also werden Menschen gebraucht, die neue Modelle entwerfen, die bereit sind, nach anderen Formen des Lebens und des Arbeitens zu suchen. Dies können zumindest die traditionellen Parteien nicht offiziell propagieren, ohne größere Legitimationskrisen in Kauf zu nehmen.

Denn trotz steigender Arbeitslosigkeit, der täglich gemeldeten kleinen und großen Umweltkatastrophen, größer werdender Protestpotentiale, Zunahme der Armut, immer deutlicher werdender Versorgungs- und Verteilungsprobleme wird die gegenwärtige gesellschaftliche Ordnung immer noch vom „durchschnittlichen" Arbeitnehmer getragen, der seine soziale Zukunft auf lebenslanger Vollzeitarbeit, arbeits- und sozialrechtlicher Absicherung, quantitativem Wachstum und internationaler Friedenssicherung aufbaut. Dieser „durchschnittliche" Arbeitnehmer glaubt nach wie vor an die insbesondere seit den sechziger und siebziger Jahren produzierte Ideologie der Zukunftssicherung durch Bildung und der Arbeitsplatzsicherung durch Höherqualifizierung.

Klappte dies in der Vergangenheit zumindest in gewissem Ausmaß, so stimmt heute die Gleichung höhere Bildung gleich sicherer Arbeitsplatz nicht mehr, wie etwa die hohe Lehrer- oder Facharbeiterarbeitslosigkeit zeigt. Dies läßt manche klassische Aufstiegsorientierung und -hoffnung ins Wanken geraten. Dabei hat die Bildungsexpansion der beiden letzten Jahrzehnte einen neuen Mittelstand geschaffen, der zum Teil im Bündnis mit den alten Mittelschichten und den traditionellen Eliten die klassischen materiellen Werte und Normen der Arbeits- und Wachstumsgesellschaft weiter trägt.

Wintertage

Auch bei den diesjährigen Wintertagen hatte sich das Wettermacherkollektiv in gewohnter Weise zerstritten und konnte sich nicht auf eine einheitliche Produktion einigen. So wechselten dann Regen, Schnee und andere Unbilden einander ab.

Den Kongreß, der von ca 3oo Menschen besucht wurde, wobei erschreckend wenig Frauen teilnahmen, konnten diese Verhältnisse weder vom Reden noch vom Tanzen abhalten.

Wenn auch bei den verschiedenen Themen die bekannten widersprüchlichen Positionen von vorneherein mit einbezogen waren, um den Streit tatsächlich ausbrechen zu lassen und auf den Punkt zu bringen, so ähnelten die Wintertage doch über weite Strecken einem Familientreffen. Man trifft sich, freut sich (oder auch nicht), weiß zu gut, welche Position der andere vertritt und streitet sich nicht wirklich, bricht da ab, wo es spannend werden könnte, aber auch ans Eingemachte geht. (Nein, natürlich nicht überall so, mindestens bei der Diskussionsrunde mit dem er animierenden Titel 'Warum geht es mir so dreckig?' oder der über 'Pfusch am Bau' blitzten Ehrlichkeit und Agression auf).

Eigentlich istes auch nicht die Zeit, ein Resümee der Wintertage zu ziehen - hat doch fast niemand den Überblick über alle Diskussionsrunden und deren Ergebnisse. Und sicherlich wäre es reichlich vermessen, aus der eher müden Diskussion über eine gemeinsame politische Strategie den kühnen Schluß zu ziehen, wie ihn sich Juppi in der letzten 'Wendezeit', ehemals 'Betriebszeitung' leistet - wonach uns allen nur eine eigene Kultur fehlt, um den Streß, den Frust und all das, was nicht so toll in unseren Betrieben läuft, umweltfreundlich abzulassen. Da wir uns aber nicht nur mit hausgemachtem Dreck umgeben, sondern im Kapitalismus anders wirtschaften und leben wollen, scheint es allemal angesagter zu sein, diese Reibungsflächen offensiv nach außen zu tragen, statt sich auf die Rolle des freundlichen Clowns in der anderen Kultur zurückzuziehen.

Nicht nur, damit die Daheimgebliebenen auch mitkriegen, was auf den Wintertagen in Branchentreffen und Arbeitsgruppen geredet und beschlossen wurde, sondern auch, damit die Diskussion weitergeht, wollen wir in der nächsten Zeitung nochmal die eine oder andere Seite zu den Wintertagen machen. Schickt eure Beiträge bis zum 15. Februar an die Berliner Redaktionsadresse.

Warum geht es uns so dreckig?

Was ist der Preis für's Kollektiv?

„Warum geht es uns so dreckig", war das Motto einer Arbeitsgruppe und es muß wohl als bezeichnend und symptomatisch angesehen werden, daß dieser Titel so gründlich mißverstanden wurde und sich die Interessenten flugs auf zwei Räume – und zwei Inhalte verteilten. Verstanden die einen darunter den persönlichen Nerv und Probleme mit den Mitkollektivisten – und das war durchweg der Fall bei Leuten aus „jungen" Kollektiven – so konnte mit dem Titel für die seit etlichen Jahren im Kollektiv schaffenden nur eines gemeint sein: Um das Geld ging es, um die immer leeren Taschen trotz immer höherer Eigenqualifikation und Maloche. Und genau diese Frage mal vom „output" der Kollektivarbeit aufzugreifen, so radikal und überzogen, daß machte diese Arbeitsgruppe spannend.

In dieser Ausgabe:

Erste Eindrücke von den **Wintertagen** auf den Seiten 4/5

Umweltschmutzpapier?
Die Tücken einer sachlichen Berichterstattung führen zu **„Tücken des Altpapiers"** auf Seite 13

„Der schwere Weg zur Selbstorganisation"
Eine kritische Bestandsaufnahme der Hilfe zur Selbsthilfe via Genossenschaftsgrüngungen in der 3. Welt. Seite 9

Perspektiven der Selbstverwaltung
Wir eröffen dieses Dauerthema mit zwei ebenso grund- wie gegensätzlichen Beiträgen. Den Artikel **„Hat die alternative Ökonomie eine Zukunft"** auf dieser Seite und dem Artikel **„In der gesellschaftlichen Zwickmühle"** auf Seite 8

Die Schlacht gegen die Warner Brothers
Groucho Marx + das Copyright auf Seite 2

und natürlich **Öko-Bank-Seite**, Termine, **Regionales**, Kleinanzeigen und so weiter

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

NA KLAR! IHR BRAUCHT NUR AUSZUFÜLLEN, WEGSCHICKEN UND KOHLE ÜBERWEISEN – UND KÖNNT EUCH SELBST DAVON ÜBERZEUGEN.

Name: ....

Adresse: ....

Gruppe/Betrieb/Beruf: ....

Abo DM 24,– für Kollektive oder Arbeitslose, Studenten und Schüler/ sonst DM 36,– (incl. Versand)

Coupon ausgefüllt an Jutta Gelbrich, c/o Krebsmühle-Druckerei, Niederurseler Str. 7, 6370 Oberursel 5, einsenden und bitte sofort das Geld auf das Konto: Postgiroamt Frankfurt/Main, (BLZ 500 100 60) Konto-Nr. 3836 87 - 607 (J. Gelbrich) überweisen!

Wer das Geld hat, hat ... keinen Humor

GROUCHO MARX

„Besonders dreist" fand das Handelsblatt das unschuldige Orange im Titel unserer Dezember-Ausgabe. Auch sei dort „in höhnischer Form" über den Vorwurf der Markenpiraterie berichtet worden. Grund genug, eine erneute Eilverfügung zu erwirken, diesmal gegen die Krebsmühle als Vertriebsadresse und – wie nicht anders zu erwarten – wiederum pünktlich zum Drucktermin.

Sie werden nicht schlecht gestaunt haben, als sie die Januar-Ausgabe dann doch geliefert bekamen – in der Variation des Titels zum „Wandersblatt", die Zeitung für den längeren Atem.

Allein: sie haben keinen Humor, und haben den auch nicht nötig. Dafür haben sie Geld, viel zu viel Geld, und von diesem vielen Geld riskieren sie mal so locker vom Hokker 200.000 bis 300.000 Märker, um ihr Recht zu kriegen: uns den Titel Wandelsblatt zu untersagen. Nun haben ja in Wahrheit wir recht, weil natürlich kein Mensch auf den blödsinnigen Gedanken verfallen kann, Handelsblatt und Wandelsblatt miteinander zu verwechseln (man muß sich dieses triste Blatt mal reinziehen!). Aber das nützt uns überhaupt nichts, recht zu haben, weil wir nämlich nicht über das nötige Kleingeld verfügen, dieses Recht auch durchzusetzen. Der Trick ist alt und heißt: Festsetzen eines möglichst hohen „Streitwerts". Von diesem Streitwert leiten sich dann die Anwalts- und Gerichtskosten ab und das wird dann sehr schnell sehr teuer.

Nun ist das Handelsblatt mit seinen 90.000 Exemplaren täglich ja in der Tat sowas wie ein Wirtschaftsriese – und das Wandelsblatt in diesem Zusammenhang als Zwerg zu bezeichnen, grenzt schon an Hochstapelei.

Die 6. Kammer des Frankfurter Landgerichts aber ist der Argumentation des schwer geschädigten Handelsblatts gefolgt und war auch nicht bereit, den Streitwert unterhalb der 100.000-Mark-Grenze anzusiedeln. Damit sind alleine schon über den Widerspruch gegen die einstweilige Verfügung Kosten von etwa 10.000 Mark entstanden.

Das wird uns zu teuer, haben wir beschlossen, und fügen uns mithin in das Unvermeidliche. Caro-Druck und auch die Krebsmühle haben „Unterwerfungserklärungen" (Ja, das heißt wirklich so!) abgegeben und wir erscheinen mit neuem Titel.

Mit dem Handelsblatt werden wir uns weiter herumstreiten – darüber, wer denn jetzt die Kosten trägt. Einen kleinen Fehler haben die Kollegen mit dem vielen Geld und der Vorliebe für große Geschütze nämlich gemacht: sie haben uns nie aufgefordert, den Titel Wandelsblatt zu unterlassen. Und das hätte allemal der erste Schritt sein müssen ...

Ein berühmtes Beispiel einer solchen „Abmahnung" wollen wir Euch nicht vorenthalten:

Die Schlacht gegen die Warner Brothers

Als die Marx Brothers beabsichtigten, einen Spielfilm mit dem Titel „Eine Nacht in Casablanca" zu drehen, wurden seitens der Warner Brothers, die fünf Jahre vorher den Film „Casablanca" (mit Humphrey Bogart und Ingrid Bergmann) produziert hatten, gerichtliche Schritte angekündigt. Hierauf reagierte Groucho, auch im Namen seiner Brüder, mit folgendem Schreiben:

Liebe Warner Brothers,
anscheinend gibt es mehr als nur einen Weg, eine Stadt zu erobern und sie in seinem Besitz zu halten. Ich hatte z.B. bis zu dem Zeitpunkt, als wir unsere Absicht kundtaten, diesen Film zu drehen, keine Ahnung, daß die Stadt Casablanca im ausschließlichen Besitz der Warner Brothers ist. Einige Tage, nachdem dies jedoch veröffentlicht wurde, erhielten wir bereits Ihr langes und unheilvolles juristisches Dokument, mit welchem wir davor gewarnt wurden, den Namen Casablanca zu verwenden.

Es hat den Anschein, daß Ihr Urgroßvater, Ferdinand Balboa Warner, als er 1471 ein Abkürzung nach Burbank suchte, versehentlich an der Küste Afrikas landete und, indem er seinen Alpenstock erhob (den er später als Zahlungsmittel für den hundertprozentigen Besitz der Gemeinde einlöste), diese Stelle Casablanca nannte.

Ich kann Ihre Haltung nicht verstehen. Sollten Sie beabsichtigen, Ihren Film neu aufzuführen, so bin ich sicher, daß jeder durchschnittliche Kinogänger bald den Unterschied zwischen Ingrid Bergman und Harpo bemerkt haben wird. Ich weiß zwar nicht, ob ich dazu fähig wäre, würde es aber auf jeden Fall gern versuchen.

Sie behaupten, der Name Casablanca gehöre Ihnen und niemand dürfe ihn ohne Ihre Erlaubnis benutzen. Wie verhält es sich denn mit dem Namen „Warner Brothers"? Haben Sie auch hierüber das ausschließliche Verfügungsrecht? Sie haben vielleicht das Recht, den Namen Warner zu führen, wie aber steht es mit "Brüder"? Berufsmäßig waren wir Brüder, lange bevor Sie es waren. Wir waren unter dem Namen Marx Brothers bereits bekannt, als das Vitaphone noch eine Idee in seines Erfinders Hirn war, und vor uns gab es bereits andere Brüder – die Brüder Schmitt, die Brüder Karamasov, die Dan Brothers sowie das Sprichwort „Bruder, kannst du mir was pumpen?" (Ursprünglich hieß es „Brüder, könnt ihr mir was pumpen?").

Nun zu Ihnen, Jack. Sind Sie der Meinung, daß Ihr Name einmalig sei? Nun, er ist es nicht. Es gab ihn bereits lange bevor Sie geboren waren. Momentan fallen mir zwei Jacks ein: da war einmal Jack aus „Jack and the Beanstalk" und zum anderen Jack the Ripper, der zu seiner Zeit ein rechtes Früchtchen war.

Was Sie betrifft, Harry, Sie unterzeichnen vielleicht Ihre Schecks in dem Glauben, daß Sie der einzige Harry aller Zeiten seien und alle anderen Harrys Gangster. Mir fallen im Augenblick zwei Harrys ein, die es bereits vor Ihnen gab, und zwar den Revolutionär Harry Lighthouse und einen gewissen Harry Apfelbaum, der an der Ecke 93. Straße/Lexington Avenue wohnte. Leider war dieser Apfelbaum nicht allzu bekannt. Das letzte, was ich von ihm hörte, war, daß er bei Weber und Heilbronner Krawatten verkaufte.

Und jetzt zum Burbank-Studio. Ich glaube, so nennt Ihr Brüder Eure Studios. Der alte Burbank ist tot. Vielleicht könnt Ihr Euch an ihn erinnern. Er war ein großer Künstler in seinem Garten. Seine Frau sagte oft, Luther Burbank hätte zehn grüne Daumen. Was muß sie doch für eine geistreiche Frau gewesen sein! Burbank war ein Genie, er kreuzte alle Früchte und Gemüsearten so lange, bis die armen Pflanzen in einem so desolaten und mickrigen Zustand waren, daß man nicht mehr wußte, in welcher Form – ob als Fleischbeilage oder als Dessert – sie das Eßzimmer betreten sollten.

Dies ist natürlich nur eine reine Mutmaßung, aber wer weiß – vielleicht sind die Nachkommen Burbanks nicht gerade glücklich über die Tatsache, daß eine nach Schema F spielfilmproduzierende Fabrik in ihrer Stadt sich den Namen Burbank aneignete und ihn im Vorspann ihrer Filme benutzt. Es ist sogar möglich, daß die Familie Burbank mit größerem Stolz auf die von ihrem alten Herrn gezüchteten Kartoffeln blickt als auf die Tatsache, daß aus Ihren Studios Filme wie „Casablanca" und „Goldgräber 1931" hervorgegangen sind.

Das oben Gesagte erscheint wie eine bittere Tirade auf Euch, ich versichere jedoch, daß es nicht so gemeint ist. Ich liebe Warners. Einige meiner besten Freunde sind die Warner Brothers. Es ist durchaus möglich, daß ich Euch Unrecht tue, und daß Ihr gar nichts von dieser kleinkarierten Aktion wißt. Ich wäre überhaupt nicht überrascht, wenn ich erführe, daß die Direktoren Ihrer Rechtsabteilung vollkommen ahnungslos über diesen absurden Disput sind, da ich nämlich einige dieser Herren sehr gut kenne und nur sagen kann, daß sie feine Herren mit schwarzen Locken und Doppelreihern und ihrer Umwelt gegenüber päpstlicher sind als der Papst.

Ich bin der Meinung, daß dieser Versuch, uns davon abzuhalten, den Titel „Eine Nacht in Casablanca" zu verwenden, die Ausgeburt eines Winkeladvokaten ist, der seine Lehrzeit in Ihrer Rechtsabteilung soeben begann. Ich kenne diesen Typ – hohlwangig vom Studium, erfolgshungrig und zu ehrgeizig, um den natürlichen Weg des Aufstiegs zu beschreiten. Solch ein linker Typ hat wohl Eure Anwälte, von denen die meisten feine Herren mit schwarzen Locken und Zweireihern etc. sind, aufgestachelt, uns dieses Hindernis in den Weg zu legen. Nun denn, er wird nicht weit kommen! Wir werden ihn bis in die letzte Instanz bekämpfen. Kein hohlköpfiger Rechtsverdreher wird böses Blut zwischen die Warner und Marx Brothers bringen. Wir sind alle Brüder und wir werden Brüder bleiben, bis die letzte Rolle von „Eine Nacht in Casablanca" abgedreht ist.

Ergebenst Groucho Marx

Aus irgendeinem seltsamen Grund schien dieses Schreiben die Rechtsabteilung der Warner Brothers total verwirrt zu haben. Sie schrieben zurück und baten die Marx Brothers – allen Ernstes –, ob sie nicht erklären könnten, um was es sich in dem Film handle. Sie nahmen an, daß irgend etwas im Gange war. Daraufhin antwortete Groucho:

Liebe Warners,
ich kann Euch eigentlich nicht viel über die Handlung erzählen. Ich spiele einen Doktor der Theologie, der den Eingeborenen dient und nebenher mit Dosenöffnern und Erbsenhülsen hausieren geht, die er den Wilden an der Goldküste Afrikas verhökert.

Wenn ich Chico zum erstenmal treffe, arbeitet er in einem Saloon und dreht Glatzköpfigen Kämme an, wie man so schön sagt. Harpo spielt einen arabischen Proleten, der in einer Hütte in den Außenbezirken der Stadt haust.

Das erste Bild des Films zeigt Porridge, eine kleine dumme Eingeborene, die Pfeile für die Jagd präpariert. Paul Hangover, unser Held, steckt immer zwei Zigaretten gleichzeitig an; der Zigarettenmangel scheint noch nicht zu ihm durchgedrungen zu sein.

Es gibt natürlich jede Menge glanzvolle wie auch hitzige Szenen. Der Abessinier Color, ein sogenanntes Mädchen für alles, betreibt Riot. Riot, sollten Sie niemals davon gehört haben, ist ein kleiner Nachtclub am Stadtrand.

Ich könnte Euch natürlich noch viel mehr erzählen, aber ich will Euch nicht die Spannung nehmen. Die Geschichte wurde bereits vom Hay-Office, dem Haushaltsausschuß und den Überlebenden der Orgie genehmigt. Wenn der Zeitpunkt gekommen ist, kann dieser Film der Auftakt zu einem weltweiten Desaster sein.

Ergebenst
Groucho Marx

Anstatt sie zu besänftigen, schien dieses Schreiben die Anwälte noch mehr zu verwirren; sie schrieben zurück, daß sie die Handlung noch immer nicht verstanden hätten, und baten Dr. Marx, sie doch etwas detaillierter zu beschreiben. Groucho kam dieser Bitte wie folgt nach:

Liebe Brüder,
seit ich Euch zum letztenmal schrieb, hat sich leider eine kleine Änderung in der Handlung unseres Films „Eine Nacht in Casablanca" ergeben. In der neuen Version spiele ich Bordello, die Mieze von Humphrey Bogart. Harpo und Chico hausieren mit Teppichen. Als sie dieser Tätigkeit überdrüssig werden, treten sie spaßeshalber in ein Kloster ein. Dies ist natürlich ein ganz grosser Gag, da es dort seit fünfzehn Jahren kein Kloster mehr gibt.

Gegenüber dem Kloster, in der Nähe eines Piers, liegt ein Hafenhotel, vollgepackt mit pausbäckigen „Damen", von denen die meisten bereits einmal wegen Belästigung eingesperrt waren. Auf der fünften Rolle hält Gladston eine Rede, die das Unterhaus dermaßen in Aufruhr bringt, daß der König postwendend seinen Rücktritt erklärt. Harpo heiratet einen Hoteldetektiv, Chico wird in Zukunft eine Straussenfarm betreiben. Humphrey Bogarts Freundin, Bordello, verbringt ihre letzten Jahre in einem Freudenhaus.

Wie Ihr seht, ist dies nur ein kurzer Überblick. Das einzige, was uns jetzt noch vor dem sicheren Untergang retten könnte, wäre die Fortsetzung dieser Filmbeschreibung.

Hochachtungsvoll
Groucho Marx

Daraufhin hörten die Marx Brothers nie wieder von der Rechtsabteilung der Warner Brothers.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Nordrhein-Westfalen

Kreditvermittlung

Seitdem die Stattwerke Berlin erfolgreich die ersten privaten Kreditvermittlungen durchgeführt hat, bildet dieser Komplex einen Schwerpunkt innerhalb der „Netzwerkszene". Verschiedene Netzwerke diskutieren beispielsweise in NRW die Möglichkeit der Kreditvermittlung mit Landesbürgschaftstopf, gebildet aus Beiträgen der Netzwerke und aus dem Ökofond (?).

Dieser Vorschlag vom Netzwerk Münsterland wird am Januar der Mitgliederversammlung vorgestellt. Wir gehen davon aus, daß innerhalb des Bereichs private Kreditvermittlung im Einzugsgebiet NRW unzureichende Erfahrungen gemacht worden sind. Gleichzeitig sehen wir die private Kreditvermittlung (vermittelt über die jeweiligen Netzwerke) als Notwendigkeit für den zunehmenden Kreditbedarf alternativer Projekte. Wir würden es begrüßen, wenn die regionalen Netzwerke mit diesen neuen Formen der Kapitalbeschaffung initiativ werden und ihr jeweiliges Erfahrungsspektrum ausbauen. Wir halten es für sinnvoll, eine übergeordnete Struktur (Bundes-, Landesebene) **aus diesen** Erfahrungen wachsen zu lassen. Um eine Struktur der privaten Kreditvermittlung größeren Umfangs wachsen zu lassen, schlagen wir vor:

1. Die Kreditvermittlung wird direkt und verantwortlich von den jeweiligen Netzwerken durchgeführt. Ziel ist, sowohl die Akquisition – für oder mit den Projekten – nach Kapital durchzuführen, als auch als Beobachter den entsprechenden Vereinbarungen beizuwohnen. Das Projekt muß die Gewähr bieten, vereinbarte Zins-, (ca. 4%) und Tilgungsleistung planmäßig zu erfüllen. Eine entsprechende Wirtschaftsprüfung führt das Netzwerk oder beauftragte Berater durch.
2. Die Kredite werden nach schon bekanntem Muster durch private Bürgschaften über 1.000,–, in begründeten Ausnahmefällen bis maximal 5.000,– DM abgesichert.
3. Um die Netzwerke stärker in die Verantwortung mit einzubinden, beschließen wir (bislang die Aktiven in Münster):
   Die Netzwerke verpfänden die Hälfte ihrer jeweiligen Jahreseinnahme, für den Fall, daß Kredite nicht planmäßig getilgt werden können und zahlen mit dem verpfändeten Teil Zins und Tilgung in der vereinbarten Weise weiter ab. Diese Vorgehensweise ermöglicht unter Umständen ein Ablassen von dem Einsammeln der privaten Bürgschaften.
   Wir versprechen uns davon:
   a) eine genauere Überprüfung der ökonomischen Tragfähigkeit des Projekts und eingeschränkte Risikobereitschaft.
   b) Wir verschaffen uns ein Übungsfeld mit relativ sicheren Projekten.
   c) Einen umfangreichen Schutz für private Kreditgeber, ohne neue Formalstrukturen (Haftungsassoziation).
   d) Wenn alles „gut" geht, findet bei der laufenden Geldvergabe keine Beeinträchtigung statt.
   e) Selbst bei Zahlungsunfähigkeit eines Projekts steht für die Reproduktion des Netzwerks und einer eingeschränkten Vergabepraxis immerhin noch der halbe Jahrestopf zur Verfügung.
   f) Die in dem Modell angelegte Regionalisierung (und damit evtl. auch der Beeinträchtigung größerer Projekte) gewährleistet zudem eine hohe Transparenz der Entscheidung.
4. Die Kreditvermittlung wird zudem der Summe nach begrenzt und zwar in der Gesamtvermittlungsmöglichkeit auf das 10fache der halben Jahreseinnahme. (Bei 40.000 DM Jahreseinnahme = 20.000 DM Bürgschaftssumme mal 10 = 200.000 DM. Damit ist ein erfahrungsgemäßer Tilgungsausfall in Höhe von 10% abgedeckt. Bei sorgsamer Prüfung der Projekte hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit dürfte diese „statistische Größe" der Realität sehr nahe kommen. Ist die Obergrenze (200.000) erreicht, können nur noch in Höhe der jeweiligen Jahrestilgung der Projekte Darlehen neu vermittelt werden.
5. Die einzelne Projektförderungssumme darf (für Münster) die Summe von 40.000 DM nicht übersteigen.
6. Die Laufzeit der Darlehen beträgt maximal 6 Jahre. Werden längere Zeiten zur Tilgung vereinbart, entfällt für den Betrag, der über die 6 Jahre hinausgeht, die Netzwerkbürgschaft.
7. Sind Privatbürgschaften zur Absicherung des Kredits hinzugezogen worden, siegt die Realisierung der abgegebenen Bürgschaft beim betroffenen zahlungsunfähigen Projekt und beim Netzwerk gleichermaßen.
8. Die Netzwerke versuchen gemeinsam, Rückbürgschaften bei freien Verbänden, Kirchen, Ökofond, sonstigen Einrichtungen für den Fall, der **über** den kalkulierten Tilgungsausfall (10%) hinausgeht, zu erhalten.

Durch oben aufgeführtes Modell erhalten alle NRW-Netzwerke voneinander unabhängig und dem jeweiligen Erfahrungsstand angemessene Möglichkeit, den Bereich Kreditvermittlung relativ unproblematisch mit fest eingegrenzten Werten zu erschließen und bietet zudem die Chance, Strukturen von unten wachsen zu lassen. Hiermit erschließt sich dann ein Hauptanliegen des NETZWERKS MÜNSTERLAND.

Jupp Wiechers, Netzwerk Münster

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Alternative Betriebe in Nordrhein-Westfalen

Bestandsaufnahme

Alternative Betriebe in Nordrhein-Westfalen – Bestandsaufnahme und Beschreibung von alternativ-ökonomischen Projekten in NRW

Von Wolfgang Beywl, Hartmut Brombach und Matthias Engelbert.

In der Studie wird zunächst der ökonomische Hintergrund des erst jetzt erwachten öffentlichen Interesses an der Alternativen Ökonomie beschrieben: Das auf uns zurollende Problem der Arbeitslosigkeit nach Ausbildung. Für NRW wird geschätzt, daß schon bald 250.000 junge Erwachsene zwischen 20 und 24 Jahren arbeitslos sein werden.

In NRW gibt es insgesamt ca. 800 Kollektivbetriebe mit 5200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. In dem Bericht wird ihre Verteilung auf Branchen und Regionen dargestellt.

Die Leserinnen und Leser des Wandelsblattes können die Studie kostenlos beim MAGS, Horionplatz 1, 4000 Düsseldorf (Pressereferat) erhalten. Bestellt massenhaft!

In alternativen Unternehmen Nordrhein-Westfalens entstanden 5000 Arbeitsplätze

Lange Arbeitszeit und niedriger Lohn

Von Wolfgang Beywl

Achthundert alternativ-ökonomische Projekte haben in den vergangenen Jahren rund 5200 neue Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen geschaffen. Jedes vierte Mitglied der Alternativ-Wirtschaft ist im Medien- und Kultursektor beschäftigt, unter anderem bei hundert Kleinverlagen und Alternativzeitungen und 65 Buchläden. Ein weiteres Viertel arbeitet in einem der 150 Bildungswerke, Frauenhäuser oder einem sonstigen medizinischen, sozialen oder therapeutischen Projekt. In den 150 Naturkost- und Textilläden, Second-Hand-Shops und sonstigen Handelsbetrieben gibt es knapp 700 Beschäftigte, ebensoviele wie in den 130 handwerklichen Produktionsstätten, also Schreinereien, Bio-Bäckereien und Baubetrieben. In 75 Cafés, Kneipen und anderen Freizeitprojekten sind noch rund 600 Mitglieder beschäftigt. Die alternativen Unternehmen haben meist drei bis acht Mitarbeiter.

Dies sind die Ergebnisse einer Studie zur Alternativökonomie in Nordrhein-Westfalen, vom Arbeits- und Sozialminister Friedhelm Farthmann (SPD) beim Bonner Institut für Demokratieforschung in Auftrag gegeben.

Schon seit einem Jahr beschäftigt sich die nordrhein-westfälische Landesregierung mit der Frage, ob und in welcher Weise sie dazu beitragen kann, den selbstverwalteten Betrieben und Sozialprojekten eine Chance einzuräumen. Die selbstverwalteten Betriebe sind Kinder der 70er Jahre, der Außerparlamentarischen Opposition und der Studentenbewegung. Im verschärften sozialen Klima von heute drohen sie wieder unterzugehen.

Seit Jahren ist der Arbeitsmarkt für viele Berufsanfänger verriegelt. Jugendliche nach der Ausbildung und Hochschulabgänger werden, insbesondere, wenn es sich um Frauen handelt, zunehmend aus dem tariflich geregelten Erwerbsleben ausgegrenzt.

Besonders in den Alternativprojekten, die von der „überflüssigen Generation" getragen werden, wird die Beschaffung des Existenzminimums zum Hauptproblem, droht dem Modell „Alternative Ökonomie", das zukunftsweisend sein könnte, der wirtschaftliche Untergang.

Das Besondere der alternativen Unternehmen, fanden die Bonner Demokratieforscher heraus, ist denn auch die kollektive Eigentums- und Entscheidungsstruktur und das politisch-offensive Selbstverständnis. In alternativen Unternehmen geht es um selbstbestimmte, kreative und solidarische Erwerbsarbeit mit dem Ziel gesellschaftspolitischer Reformen.

Dies zeigt sich auch an den Projekten, die von Alternativen neu auf den Markt gebracht werden: naturbelassene Nahrungsmittel, Energiesparte chnologien, aber auch an neuen Dienstleistungen wie ganzheitlichen Konzepten der medizinischen und sozialen Versorgung. Sobald diese Produkte und Dienstleistungen aber aus der „Scene" hinaus verkaufbar werden, steigen die kapitalstarken Profitunternehmen in das Geschäft ein und verdrängen die markterschließenden Alternativbetriebe.

Bioläden geraten in rote Zahlen

Ein Beispiel dafür ist der Biomarkt: Die Kaufhaus- und Discount-Ketten rücken solche „Bio-" Produkte aus der chemischen Agrarindustrie in ihre Regale, die sich lediglich durch den gepfefferten Preis und die Primitivverpackung, nicht aber im Nahrwert oder in der Schadstoffbelastung von den Normalprodukten unterscheiden. Der Verbraucher wird beschummelt und die Bioläden geraten in die roten Zahlen.

Konkurrenzdruck und Verschlechterung der sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen führen nun auch in Nordrhein-Westfalen dazu, daß die Projekte ihre Zusammenarbeit verstärken. So wurde damit begonnen, eine durch Arbeitsförderungsmittel mitfinanzierte Beratungskooperative aufzubauen.

Damit ist das größte Hindernis für eine Konsolidierung des alternativ-ökonomischen Sektors – der dauernde Kapitalmangel – noch nicht aus dem Weg geräumt. Denn die Banken geben Alternativen keine Kredite, und die öffentliche Hand gibt kaum Fördermittel.

Arbeitsplätze und sinnvolle Lebensperspektiven stehen für einige Tausend Berufsanfänger auf dem Spiel, aber auch der für die Gesellschaft wichtige Experimental- und Modellcharakter der Alternativökonomie. So kommen die Forscher zu dem Schluß: Mit schnell wirksamer und unbürokratischer Förderung, die jedoch die Selbständigkeit der Alternativprojekte sichert, ließen sich in den nächsten Jahren allein in Nordrhein-Westfalen noch einmal 5000 bis 6000 Arbeitsplätze schaffen.

Das nordrhein-westfälische Arbeits- und Sozialministerium hat entschieden,

, die vorliegende Studie von Wolfgang Beywl, Hartmut Brombach und Matthias Engelbert mit dem Titel „Bestandsaufnahme und exemplarische Beschreibung alternativ-ökonomischer Projekte in NRW" im Oktober 1984 in veröffentlichen. Bezugsadresse: MAGS, Pressedez., Horionsplatz 1-3, 4000 Düsseldorf 1.

Vorwärts v. 22.9.1984, S.15

Haushaltsdebatte in Bremen:

Netzwerk-Antrag abgebügelt

Im Vorfeld der Verabschiedung des Bremischen Haushalts 1985 hatten sich Projekte, Netzwerk und GRÜNE noch einmal zusammengesetzt, um die bisherigen Erfahrungen mit dem 1,2-Mio-Fonds des Senats zur „Förderung örtlicher Beschäftigungsinitiativen" auszuwerten.

Dabei hagelte es Kritik nach verschiedenen Seiten:

– Es sieht so aus, als sei es dem Senat mit sehr bescheidenem Aufwand gelungen, die alternativen Projekte auseinander zu dividieren: erstmal in Befürworter und Verweigerer der „Staatsknete", dann in sozial/kulturelle und „gewerbliche" Betriebe (nur die werden gefördert); schließlich noch einmal die „gewerblichen" selber: statt zunächst einmal, wie vereinbart, in Ruhe die Vertragsbedingungen zu erörtern und eventuell kollektive „Nachverhandlungen" zu fordern, wurde die Solidarität durch das Windhundprinzip ersetzt. Alle verhandelten einzeln, und diejenigen, denen finanziell das Wasser bis zum Hals steht, unterschrieben als erste.

– Die Vertragsbedingungen selbst sind karg bis schikanös: die 1,2 Mio sind als „revolvierender Darlehensfonds" angelegt. Sozialsenator Scherf zieht durch die Lande und verkündet, wie billig in Bremen alternative Arbeitsplätze geschaffen würden, nämlich mit 6.000 DM pro Kopf. Sowas verdirbt bundesweit die Preise.

– Die Kredite, die entsprechend dem Diskontsatz zu verzinsen sind (z.Zt. 4,5 %), sollen doppelt abgesichert werden: durch die Lagerbestände und durch persönliche Bürgschaften. Bei Zinsverzug ist die senatorische Behörde zur Bücherkontrolle berechtigt.

– Und während ordentliche kapitalistische Unternehmen in Bremen bis zu 15 % Zuschüsse für Investitionen, 30 - 50 % Zuschüsse für Forschung und Technologie, 50 % Personalkostenzuschüsse für „Innovationsberater" erhalten können; während Daimler mit 135 Mio, die Werften mit 72 Mio und Klöckner mit 71 Mio subventioniert werden, sollen die Ansprüche der Alternativ-ökonomie mit diesem 1,2 Mio-Kreditprogramm bis 1987 abgespeist werden.

Als Maßstab dafür, „was drin ist", wurde das hessische Beispiel angeführt: dort sind über ein Kreditprogramm hinaus **Zuschüsse** für Forschung und Entwicklung, betriebswirtschaftliche und technische Beratung, Investitionen und „Förderung benachteiligter Jugendlicher" vorgesehen. Bedingungen also, die den Alternativbetrieben mehr Luft in der marktwirtschaftlichen Konkurrenz verschaffen und sie nicht so brutal auf das Rentabilitätsprinzip festnageln wie der Bremer Fonds.

Vorläufiges Resultat der Debatte war folgender Netzwerk-Antrag an alle Bürgerschafts-Parteien:

„Im Namen zahlreicher Kleinbetriebe aus dem alternativ-ökonomischen Sektor in Bremen stellt der Verein Netzwerk Selbsthilfe Bremen/Nord-Niedersachsen e.V. den Antrag, daß im Rahmen der anstehenden Haushaltsberatungen

1. der bisher existierende Fonds in seinem Volumen deutlich erhöht wird auf 2 % des Volumens der bremischen Wirtschaftsförderung, d.h. auf 11,6 Mio DM,
2. die bisher geltenden Vergabekriterien umgestaltet werden und eine Orientierung an den zwischen dem hessischen Wirtschaftsministerium und dem dortigen Verband selbstverwalteter Betriebe besprochenen Kriterien erfolgt."

DIE GRÜNEN griffen den Antrag im Rahmen ihres Dienstleistungsbetriebes für die Szene bei den Haushaltsberatungen auf. Da eilte Senator Scherf persönlich ans Rednerpult und berichtete: Bisher seien 10 Anträge mit einer Fördersumme von insgesamt 300.000 DM bewilligt. 30 weitere Projekte stünden auf der Matte. (Hochgerechnet wäre damit der 1,2 Mio-Fonds schon ausgeschöpft). Jetzt müßten erstmal die bisherigen Erfahrungen ausgewertet werden, bevor an neue Gelder zu denken sei. Im übrigen werde die Kritik am Bremer Förderprogramm durch die Praxis widerlegt: die Projekte hätten den Fonds voll angenommen (!). Sie müßten jetzt beweisen, daß die bewilligten Gelder nicht zum Fenster hinausgeworfen seien. Dann könne man weiterreden. Abstimmung: Mit den Stimmen von SPD und CDU abgebügelt.

Ralf Fücks

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Wintertage '85

vom 24. – 27. Januar

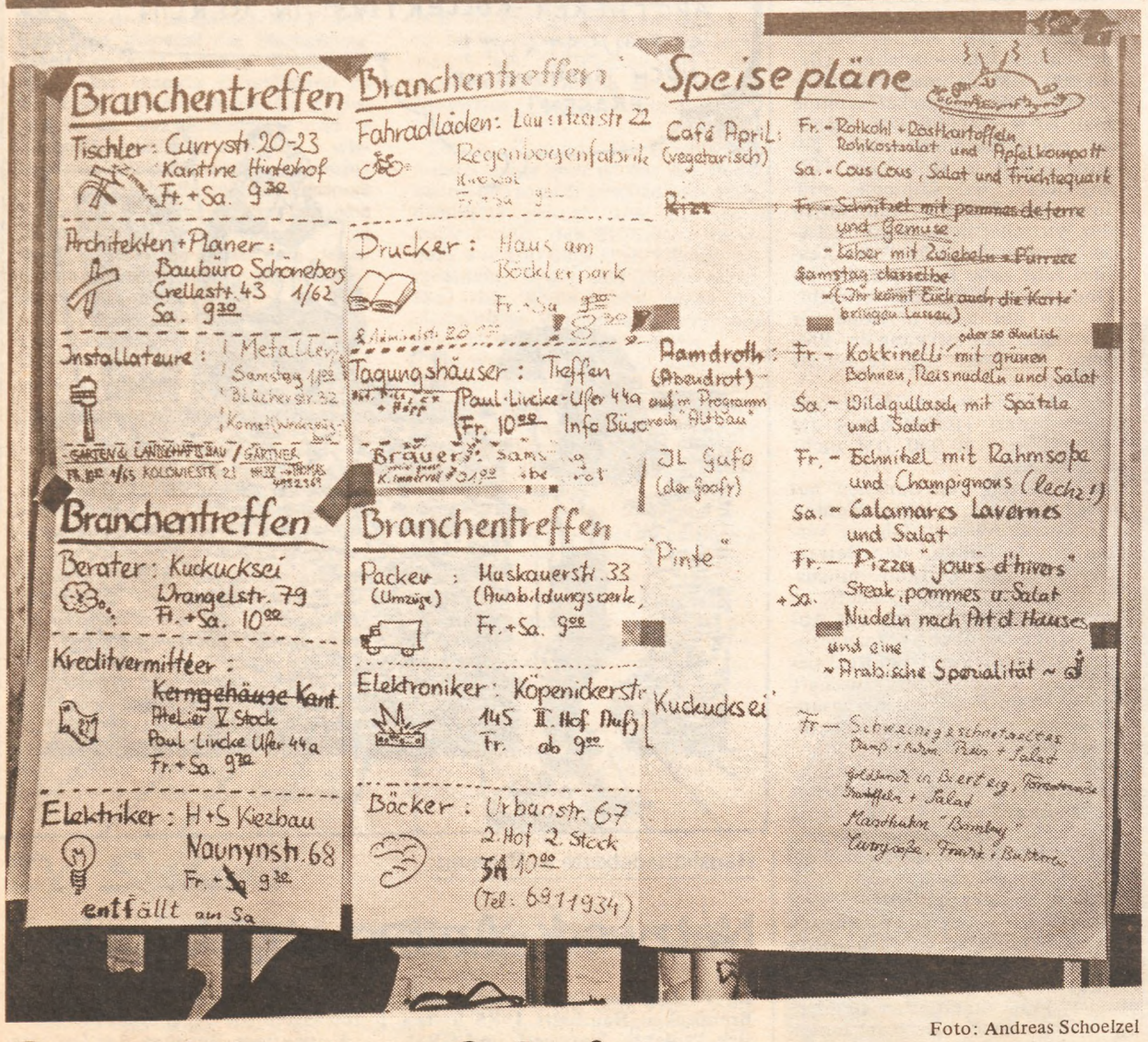


Foto: Andreas Schoelzel

Berichte der Arbeitsgruppen

AG Wirtschaftspolitik

Wer immer schon mal wissen wollte, was sich Politiker bei der Wirtschaftsförderung von Kollektivbetrieben denken, konnte sich durch den Einleitungssketch animieren lassen, darüber nachzudenken, was man „denen da oben" unterstellen könnte bezüglich ihrer alternativen Fürsorge. Der Berliner Wirtschaftssenator Pieroth im Gespräch mit einem seiner Abteilungsleiter über Möglichkeiten alternativer Wirtschaftsförderung als Rollenspiel.

Daß die Wirtschaftspolitik allerdings zwei Seiten hat – und nicht nur aus staatlichen Förderungsprogrammen besteht – wurde in der anschließenden Diskussion deutlich. Was das Umgehen mit solchen Förderprogrammen angeht, so kam nichts neues: „Es kommt immer auf den einzelnen Fall an, inwieweit man sich einläßt". Wichtig ist, daß die Ansprüche nicht über Bord gehen und auch keine Abhängigkeit aufgebaut wird. Als es jedoch um eigene wirtschaftspolitische Strategien ging, herrschte allgemeine Ratlosigkeit. Strukturen müssen her, verstärkte Kooperation, mehr Austausch unter den Kollektiven. Aber wie sehen diese Strukturen aus, wer baut sie auf? Hier standen sich – mal wieder – die Basisfraktion (von unten wachsen lassen) und die Überfliegerfraktion (von oben initiieren) gegenüber.

Aber auch bei der Positionsbestimmung innerhalb der Gesellschaft traten Differenzen auf. Die einen sahen sich (wenn auch zähneknirschend) in Solidarität mit anderen Kleinunternehmen gegen die Großindustrie. Andere sahen in den Fabrikarbeitern ihre Bündnispartner.

Als Resümee dieser AG läßt sich festhalten, daß wir überbetriebliche Strukturen brauchen, über die sich wirtschaftspolitische Strategien entwickeln lassen. Diese Strategien müssen sich qualitativ über Marktgesetze hinwegsetzen, d.h. es darf nicht um neue Kartelle und Zünfte gehen. Von daher sind Auseinandersetzungen mit Konsumenten notwendig, was den Begriff „politisches Marketing" ins Spiel brachte. Bei der Frage der Bündnispartner, empfiehlt es sich, je nach Situation, sowohl mit Kleinunternehmen als auch mit Arbeitern bzw. Gewerkschaftern in eine Auseinandersetzung einzutreten.

Verbund der selbstverwalteten Fahrradläden Deutschlands e.V. in Berlin gegründet!

Im Rahmen der Wintertage Berlin traf sich eine Gruppe von selbstverwalteten Fahrradläden, die schon seit langem auch auf überregionalen Treffen Kontakt und Zusammenarbeit pflegen, um ihrem bisherigen lockeren Zusammenschluß eine verbindliche Form zu geben. Hintergrund für dieses Vorhaben waren die Überlegungen mit verschiedenen Inhalten, Zielsetzungen und unserem politischen Selbstverständnis offensiv in die Öffentlichkeit zu gehen. Im Bereich Verkehr/Technik will der Verbund die Grundlagen für eine Umorientierung in Richtung auf DAS ökologisch und gesellschaftlich sinnvolle Verkehrsmittel FAHRRAD erreichen. Die Läden streben eine Einflußnahme auf die Produktion und Produktenpalette an, um qualitativ bessere und langlebige und benutzerfreundliche Fahrradprodukte zu erreichen. Durch umfassende Beratung soll das Qualitätsbewußtsein und das technische Wissen des Kunden erhöht werden.

Verkehrspolitisch will sich der Verbund an der Entwicklung und Erweiterung der Infrastruktur für den Fahrradverkehr beteiligen.

Auch wollen wir das Organisationsprinzip SELBSTVERWALTUNG als wünschenswerte Alternative propagieren. Intern werden Verbundsstrukturen geschaffen, die darauf abzielen, sich in Notfällen personell und finanziell zu unterstützen.

Der Vorstand des Verbundes setzt sich aus 5 Fahrradläden Westdeutschlands und Westberlin zusammen. Vereinssitz wird in Bremen sein.

Als erste Aktion unterstützt der Verbund den Aufruf „Fahrräder für Nicaragua", indem die Läden Fahrräder spenden.

Kontaktadressen:
Werkhof, Hohentorsheerstr. 160, 28 Bremen
Radschlag, Auf den Häfen 12-15, Auf den Höfen, 28 Bremen
Konto: 1028141 – BLZ: 29050101 – Sparkasse Bremen

Protokoll „Pfusch am Bau"

Fragen in der Diskussion:

1. *Warum gibt es organisatorische und technische Probleme in den Kollektiven.*
2. *Reicht die Kapazität und der Maschinenpark für eine marktübliche Auftragsabwicklung.*
3. *Können wir uns der Spezialisierung entziehen.*
4. *Wie können wir eine Zusammenarbeit zwischen Architekten und Handwerkern sinnvoll ausbauen.*
5. *Was verhindert die seit Jahren angestrebte Kooperation zwischen den Handwerksbetrieben.*

Kurze freundliche Anmache zwischen Handwerkern und Architekten. Man kam auf die Unpünktlichkeit, Unzuverlässigkeit und Pfusch schnell zu sprechen. Die Problematik ist offensichtlich in Berlin am schärfsten.

Das Problem „Ausschreibung" und Angebotpraxis. Unsere Angebote sind oft auf Grund zu geringer Berufserfahrung, Qualifikation und maschineller Ausrüstung reine Lotteriespiele. Hier käme uns und den Architekten eine engere Zusammenarbeit zu Gute. Außerdem wurde die Unsitte einiger Architekten scharf kritisiert, sich auf das billigste Angebot zu stürzen, obwohl ersichtlich ist, daß es sich um eine totale Fehlkalkulation handelt, auch um eigene Fehlkalkulationen auszugleichen.

Kurz angesprochen wurde, daß es keine Kollektive gibt, die z.B. 60–80 Fenster bauen oder 300 qm Estrich legen. – Massenherstellung wurde von den meisten Kollektiven abgelehnt. – Mit den bereits bekannten Argumenten: zu hoher Kapitalaufwand, Abhängigkeit, Flexibilität der Betriebe geht verloren.

Spezialisierung: Fehlendes Fachwissen, fehlende Routine bei der Ausführung von bestimmten Arbeiten (z.B. Dielenboden verlegen) führe zu Preisunterschieden, dies könnte mit der Zeit durch Spezialisierung im Verbund mit der „Zauberformel" Rotation reguliert werden. Ein anderer Vorschlag war, alte erfahrene Handwerker in unsere Betriebe zu integrieren. Viel Erfolg.

Außerdem wurden regelmäßige Treffen zwischen Handwerkern und Architekten geplant und für nützlich empfunden. Na, denn.

Erik

Branchentreffen Selbstverwalteter Umzugsbetriebe in Berlin '85

Während der Wintertage in Berlin fand ein Branchentreffen der Selbstverwalteten Umzugsbetriebe statt.

Anwesend waren Alan, Avanti und ASH Mannheim - drei Betriebe, die im Nah- und Fernbereich tätig sind -; sowie mehrere Gruppen, die den Einstieg in die Umzugsbranche suchen bzw. bereits im Rahmen von Kleinumzügen und Transporten arbeiten.

Es war das erste Treffen in dieser Branche. Im Laufe des ersten Vormittags wurden sehr schnell die unterschiedlichen Interessen der einzelnen Gruppen deutlich. Die einen waren überwiegend interessert an einem Informationsaustausch z.B. über Firmengründung, Rechtsform, Konzession etc. Diese Frage hat man versucht, am Rande dieser Branchentage zu beantworten. Die anderen, schon länger existierenden Betriebe, waren zusammengekommen, um gemeinsame Überlegungen anzustellen über die konkrete Zusammenarbeit; dies hat dann auch den Ablauf der beiden Vormittage bestimmt.

Erste Ergebnisse sind: gemeinsamer Einkauf von Kartons, überregionale Werbung in der taz und in den jeweiligen regionalen Zeitungen, gegenseitige Frachtenvermittlung, sowie Unterstützung bei der Suche nach Rückladungen, Austausch von Arbeitskräften und sonstige Hilfe bei der Lösung branchentypischer Probleme.

Der Aufbau eines Verbundes selbstverwalteter Umzugsbetriebe wurde als Zielvorstellung formuliert. Damit ein solcher Verbund sinnvoll ist, erscheint eine Erweiterung des Kreises unumgänglich. In diesem Zusammenhang wurde schnell deutlich, daß dazu noch einige brisante Fragen geklärt werden müssen, so z.B.

- welchen Qualitätsanforderungen soll ein Mitgliedsbetrieb gerecht werden?
- läßt sich der Begriff „Selbstverwalteter Betrieb" klar definieren; entlang welcher Kriterien soll eine mögliche Abgrenzung laufen?
- wird die Kooperation vor einem bloß pragmatischen, rein zweckorientierten Hintergrund verstanden?
- oder geht es mit der Kooperation vor allem darum, gemeinsam seine politischen Inhalte (?) auf einer breiteren Ebene umzusetzen?

Ein letzter Diskussionspunkt dieses Treffens war der Branchenriese Zapf. Nach einem Rundgang durch die Gerüchteküche wurde festgestellt, daß es an gesicherter Information fehlt. Es besteht jedoch Interesse, Klarheit in dieses Mysterium Zapf zu bringen.

Für diese zahlreichen, zu klärenden Punkte haben wir uns als nächsten Termin ein Wochenende gesetzt. Das Treffen wird am 23./24. März bei der ASH Mannheim stattfinden. Weitere interessierte Umzugsbetriebe sind herzlich eingeladen.

Kontaktadressen:
ALAN
Albstr. 70
7410 Reutlingen
Tel.: (07121/300968
Avanti
Köpenicker Str. 8
1000 Berlin
Tel.: (030) 6122044
ASH Mannheim
Verbind. Kanal, Li. Ufer 20-24
6800 Mannheim 1
Tel.: (0621) 27358

Branchentreffen der Elektriker

Viel gibt es nicht zu berichten. Es waren da:

- H+S Kiezbau GmbH, Berlin
- Werkschule Berlin
- Blitzblume Elektrowerkstatt Augsburg

Das Treffen fand, mit spontihafter Verspätung, am Freitag statt. Zum Thema stand in erster Linie ein Erfahrungsaustausch zwischen den Anwesenden (alles gelernte Elektriker). Neben den Punkten Konkurrenz, Professionalisierung und Organisation gab das Thema Ausbildung im Kollektiv am meisten her, da jeder der Anwesenden schon Erfahrungen damit gemacht hatte (als Auszubildender, wie als Ausbilder).

Eine Kooperation der Betriebe stand nicht auf der Tagesordnung (Einkaufsgemeinschaft etc.), aber einige haben Lust mal einen „Partnertausch" mitzumachen.

Heinz, Blitzblume

BETRIEBLICHE ALTERSVERSORGUNG

Kaum einer der knapp über 20 Teilnehmer, davon sechs aus dem Versicherungsbereich, dürfte angenommen haben, daß jemand „den Vorschlag" für eine betriebliche Altersversorgung hat. So diskutierte man als erstes die bestehenden Versichrungsmöglichkeiten, nämlich gesetzliche Rentenversicherung oder private Vorsorge.

Einig war man sich in der Kritik der gesetzlichen Rentenversicherung, die heute keinem mehr eine Gewähr für eine ausreichende Versorgung im Alter bietet und in der Vergangenheit zur Sanierung der Staatsfinanzen herangezogen wurde. Diese ursprüngliche Solidargemeinschaft, in der Vermögen zur Altersversorgung angespart wurde, ist ersetzt worden durch den Generationenvertrag. D.h., die Beitragszahler von heute finanzieren bereits die Rentner von heute. In bereits absehbarer Zeit wird dieses aufgrund der steigenden Zahlen von Rentenempfängern und der sinkenden Zahl von Beitragszahler dazu führen, daß eine akzeptable Rente nicht mehr gezahlt werden kann. Herausgehoben wurde auch die Verkettung von Staat und Rentenversicherung, welche der RVO und somit dem Gesetzgeber unterliegt. Dieser hatte zuletzt zum 1.1.84 eine Verschärfung der Bedingungen für den Bezug von Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten beschlossen. Alle, die in den letzten 60 Monaten keine Pflichtbeiträge für mindestens 36 Monate entrichtet haben, haben auch keinen Anspruch mehr auf Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrente.

Während ein Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung zwangsläufig ein Vertrauen in diesen unseren Staat bedingt, bedeutet ein Vertrauen auf die private Versicherungswirtschaft, als Alternative zur gesetzlichen Rentenversicherung, ein Vertrauen in das langfristige Funktionieren unserer Wirtschaft.

Die Vermögensbildung über die private Versicherungswirtschaft, z. B. in Form der insbesondere unter den anwesenden Teilnehmern der Versicherungsbranche umstrittenen **Lebensversicherung oder der privaten** Rentenversicherung, die nichts anderes als ein Sparvertrag mit einem nicht garantierten Gewinnversprechen ist, wurde als zweite Alternative diskutiert. Die Versicherungswirtschaft legt das Geld der Versicherten in der Wirtschaft an, um von den Gewinnen einen kleinen Teil an die Versicherten weiterzugeben.

Nach der Diskussion über diese beiden Punkte konnte zumindest eines festgestellt werden: Vorsorge für das Alter zu treffen bedeutet, Vermögen zu bilden, um von diesem im Alter zu leben, bzw. von dessen Zinserträgen.

Dieser Gedanke behagte nicht allen Teilnehmern, zumal in den Betrieben eben keine Vermögensbildung betrieben wird, sondern die Arbeitsplatzerhaltung, das Arbeiten nach dem „Kostendeckungsprinzip".

Somit ergab sich die Frage, wenn schon nicht gesetzliche Rentenversicherung und private Versicherungswirtschaft, was dann? Eine alternative Versicherung gibt es nicht.

Diese wird in absehbarer Zeit nicht existieren. Dennoch kann es Ansätze in eine Richtung geben, in kleinen Solidargemeinschaften den Grundstein hierfür zu legen. Solidargemeinschaften, die eine Bedürfnisbefriedigung im Alter gemeinsam organisieren.

Die kleinste Solidargemeinschaft ist das Kollektiv, in dem man arbeitet. Darüberhinaus besteht die Möglichkeit, sich regional mit anderen Kollektiven zusammenzuschließen.

Die Altersvorsorge ist, im Gegensatz zur Berufs- und Erwerbsunfähigkeit, eine einigermaßen finanziell kalkulierbare Sache. So besteht in diesen kleinen Solidargemeinschaften die Möglichkeit, gemeinsam Vermögen zu bilden, um später daraus Renten zu zahlen. Es besteht weiterhin die Möglichkeit, durch Hausbesitz das Bedürfnis des mietfreien Wohnes zu organisieren, usw.

Durch diese Töpfe würden sich auch neue Finanzierungsquellen ergeben, da sie weder in der Verfügung des Staates noch der privaten Versicherungswirtschaft stehen. Das bedeutet, daß diese Gelder als revolvierende Fonds sowohl für den eigenen Betrieb, wie auch andere

Projekte zur Verfügung gestellt werden könnten.

Nicht kalkulierbare Risiken, wie die Berufsunfähigkeit, können in nächster Zeit weiterhin nur über private Risikoversicherungen abgesichert werden. Das ist aber in der Regel preiswerter, als in die gesetzliche Rentenversicherung als Pflichtmitglied einzuzahlen.

Dieses sind nur Ansätze von Ideen. Die Arbeitsgruppe war sich darüber einig, daß es notwendig ist, hier weitere Ideen und Vorschläge zu sammeln. So soll dieses Thema in absehbarer Zeit als Schwerpunkt in einer Ausgabe des Wande§sblattes behandelt werden. Ebenso gilt es, Bildungsträger, Netzwerke und Kollektive dafür zu gewinnen, in Arbeitsgruppen weiter an diesem Thema zu arbeiten und Ideen zu entwickeln. Ein Arbeitsauftrag ist bereits beschlossene Sache: die Redaktion Bremen wird sich um ein Gutachten bemühen, inwieweit diese Initiativen kollidieren mit dem Kreditwesengesetz und der Aufsicht durch das Bundesamt für das Versicherungswesen.

Wer Vorschläge oder Ideen hat, der wende sich an die Redaktion Bremen, damit die Vorbereitungen für das Schwerpunktthema „Soziale Absicherung" in einem der nächsten Wande§sblätter in Angriff genommen werden können.

Harald Derrberg

Hierarchie und Qualifikation

Einerseits lag das Thema sozusagen in der Luft – die ständigen Querelen über Chefallüren oben und lustloses Phlegma unten sind nicht zu übersehen; andererseits war in einer solchen Diskussion nicht mit „Ergebnissen" zu rechnen.

So wurde auch in den ersten drei Gesprächsstunden am Freitag extra betont, daß es wichtig sei, auch ohne „Ergebnisdruck" reden zu können. Den ungefähr 50 anwesenden Kollektivis war das Thema gut bekannt – alle konnten über entsprechende Erfahrungen berichten. Üblicherweise verbindet sich mit Hierarchie im Betrieb eine unterschwellige Anklage gegen die Chefs – vielleicht lag es daran, daß im wesentlichen diese zu den Anwesenden zählten: jedenfalls war der Vorwurf deutlich zu hören, umgekehrt brächte der „Rest" der Belegschaft nicht genügend Engagement, um die Rollenverteilung zu durchbrechen. Es herrschte Einigkeit, daß es sich um ein beidseitiges Problem handelt, bei dem mit moralischen Angriffen in die eine oder andere Richtung nichts gewonnen ist.

Interessant, weil entgegen meiner Erwartung, war, daß dabei unterschiedliche Berufe und Ausbildungen innerhalb eines Betriebes – also z.B. Produktion und Büro – nicht so eine wichtige Rolle spielen. Als entscheidende Kriterien für die Herausbildung einer Hierarchie wurden vielmehr Berufserfahrung, Dauer der Betriebszugehörigkeit, persönliches Geltungsbedürfnis oder mangelndes Verantwortungsbewußtsein genannt – alles Gründe, die auch bei zunächst gleichqualifizierten Gruppen auftreten können.

Wobei nicht nur das innere Verhältnis, sondern auch der von außen auftretende Druck von Bedeutung ist: Kunden haben einen berechtigten Anspruch auf möglichst qualifizierte Bedienung und wollen dann entsprechend zielsicher immer von den gleichen Leuten bedient werden (ein Eindruck, der manchmal auch nur äußerlich stimmt – je nachdem, wie sicher die einzelnen Leute auftreten).

Die Frage nach gemeinsamen Lösungswegen – etwa nach institutionalisierbaren Formen wie Rotationsprinzip oder ähnliches – wurde vehement abgewehrt. Jeder Betrieb sei unterschiedlich aufgebaut und müsse eigene Lösungswege finden (was. mich nicht überzeugt hat. Ich bin immer noch der Meinung, daß es branchenspezifisch bewährte Vermeidungsstrategien gibt, die wir weiterempfehlen könnten.). Eine Möglichkeit, (die ich auch von meinem Kollektiv kenne), wurde von einem Anwaltskollektiv geschildert: den Kunden, die immer nur den Berufserfahrendsten wünschen, wird eine Ansprechperson zugeteilt. Bei Schwierigkeiten wird das Problem dann intern und für den Kunden nicht sichtbar gemeinsam gelöst. Also eine Frage der internen Kommunikation und Information – sie spielte auch bei den anderen Gruppen immer wieder die entscheidende Rolle. Wir neigen dazu, die Arbeiten, die wir kennen (meist die eigene) wichtiger zu nehmen als die andere. Eine andere Arbeit akzeptieren zu können braucht die entsprechende Information über ihre Bedingungen. Ebenso verhält es sich mit Arbeitsschwierigkeiten einzelner Leute.

Der zweite Teil der Diskussion fand dann am Samstag statt – dadurch, daß der Kreis vereinbart hatte, daß jede Gruppe sich erstmal vorgestellt und die Motivation schildert, mit der sie in die Diskussion gekommen ist, wurde dieser zweite Teil wohltuend konkret. Mit jeder Vorstellung wurden kleinere Diskussionen möglich, in denen auch die Sichtweisen derer rauskamen, die am Freitag still geblieben waren.

Darüber zu berichten hieße, Einzelfälle zu beschreiben, was an dieser Stelle sicher zu weit führt.

Ein offenbar immer wieder auftauchendes Problem jedoch sind die „Neuen" in den Gruppen. Ganz typisch war wohl ein Beispiel aus Bremen, wo sich eine Frau – Letzte der „ersten Gruppe" – mit ihrer Identifikation mit dem Geschäft und ihrem Verantwortungsgefühl allein gelassen fühlte. Alle Neuen bringen, auch ungewollt, ein Stück Arbeitermentalität mit. In den meisten Gruppen scheint es immer die zwei, drei Leute zu geben, die weiterarbeiten, wenn die anderen ihren 5 Uhr-Feierabend in Anspruch nehmen.

Also Gespräche, Gespräche .. haben wir dafür genügend Zeit? Es muß halt sein, war die vorherrschende Meinung. Na, dann also auf in die Diskussion „wie werden wir effektiver".

Axel Rudolphi

Foto: Andreas Schoelzel

Erste selbstverwaltete Olympiade: Sieger im Bierkastenstemmen

Fortsetzung von Seite 1

Was hier in der Runde so einfach gesagt wird, wäre noch vor einem Jahr zwar nicht undenkbar, aber unaussprechlich gewesen: »Der Preis für's Kollektiv war mir zu hoch«, resümiert ein »Aussteiger« und keiner protestiert. Daß die Kollektivbewegung in die Jahre gekommen ist, merkt man auch an dem Drang, bislang tabuisierte Fragen zu stellen. Besonders bei jenen, die seit langen Jahren der Utopie nachhetzen, sind seit einem Jahr neue Töne aufgetaucht. Zumindest in den größeren und seit Jahren existierenden Betrieben bestimmen die »Marktwirtschaftler« die Diskussion, sind Professionalisierung und Effektivität vom Reizwort zur Betriebsmaxime gewandelt. Wer lange dabei ist und Kollektivarbeit als Lebensperspektive sieht, spürt den Kräfteverschleiß, sieht die Probleme schärfer und ist nicht länger bereit, sich mit den Werbeparolen von fehlender Hierarchie und selbstbestimmter Arbeit zufrieden zu geben. Können wir uns Kollektivarbeit leisten, ist nach zehnjähriger Erfahrung die ketzerische Frage.

Für etliche ist dies keine Frage mehr; verlassen haben die Betriebe nicht zuletzt jene, die wohl eher der Macher-Funktion zuzurechnen sind. Er sei es leid gewesen, immer nur die Hälfte wie im »normalen« Betrieb zu verdienen, dafür doppelt so lange zu arbeiten und den Betrieb nie aus dem Kopf zu bekommen, umriß ein Aussteiger bündig seine Motive.

Die lockere Arbeitsatmosphäre mit ungezwungener Kaffeepause und oftmaligen Plenas hat abgedankt, jetzt sehnen sich viele nach einem abgegrenzten Arbeitsfeld und Arbeitstag, um endlich wieder anderen Dingen nachgehen zu können — auch politischen Aktivitäten. Effektivere Strukturen und Spezialisierung sind gefordert, Rotation ist längst auf der Strecke geblieben. Im Mittelpunkt der Kritik stehen die »Schwachstellen« — die leistungsschwachen Mit-Kollektivisten. Hier meint man das Übel geortet zu haben. Denn daß in Kollektiven unproduktiver und real weniger gearbeitet wird als bei der kapitalistischen Konkurrenz, sind sich alle einig.

Derweil aber ziehen Leute klammheimlich ihre Konsequenzen und Leine, weil sie es leid sind, den Murks der anderen auszubügeln oder ökonomische Chancen nicht zu nutzen: dabei kristallisiert sich die Frage immer wieder an der Gehaltshöhe und geht doch weit darüber hinaus. Besonders scharf sind die Probleme regelmäßig dort, wo mittlerweile millionenschwere Maschinenparks ausgelastet werden müssen, Termindruck und knochenharte Konkurrenz zu herkömmlichen Betrieben herrscht. Gesucht wird überall die gelernte Fachkraft mit hoher Kompetenz und Einsatzwillen: Die mühsame Entwicklung von vollständigen Kollektiv-Persönlichkeiten können wir uns nicht leisten, hieß es dazu in einer Arbeitsgruppe. Leistung ist der Maßstab; der noch vor wenigen Jahren gepriesene »unproduktive« und trotzdem wichtige Stimmungsmacher ist längst auf der Strecke geblieben. Nicht umsonst erregten sich etliche der auf dem Kongreß überrepräsentierten Macher in verschiedenen Arbeitsgruppen über die »Jobber«: Jene, die einen lässigen Arbeitsplatz haben wollen, ohne sich viel engagieren zu müssen und sich als »Unternehmer« zu fühlen. Mehr-Wissen bedeutet lediglich Mehr-Arbeit und Verantwortung, haben sie herausgefunden. Da tun sich selbstgesetzte Grenzen der Belehrbarkeit auf, an der alle Inhalte kollektiven Daseins selbstbestimmt abprallen. Sei nicht in solchen Fällen die totale Mitbestimmung verfehlt und selbst unterschiedliche Bezahlung gerechtfertigt? Dies stand als Frage im Raum.

Man habe viel gelernt, konkurrenzfähige Betriebe aufgebaut, Selbstbewußtsein und Kompetenz erworben, werteten die Anwesenden den persönlichen Erfolg der Kollektivarbeit positiv. Aber jetzt ist der Anfangselan vorbei, wo Begeisterung eine effektivere Arbeitsorganisation ersetzen half. Die »Oldtimer« sind es leid, die gleichen Diskussionsprozesse mit neuen Leuten immer wieder durchzumachen. Eigene kostspielige Lernprozesse werden den »Neuen« nicht mehr zugebilligt.

Glauben wir eigentlich noch, daß Kollektivarbeit eine Alternative für »normale« Menschen sein kann? fragten sich mehrere Selbstverwalter. Müssen wir uns damit abfinden, daß wir durch die Kollektivstruktur »unproduktiver« sind als kapitalistische Betriebe oder liegt vielmehr in der Suche nach immer leistungsorientierteren Leuten der Irrweg? Treiben die geringen Einkommen nicht nur die Leute aus dem Kollektiv, sondern verhindern auch, überhaupt zum möglichen Arbeitsplatz für »Einsteiger« zu werden? Verhindern wir aber nicht zugleich durch die hohen Qualifikationsanforderungen, daß wir Leute finden?

Einzelne Selbstverwaltungsbetriebe haben reagiert. So erleichtert der Frankfurter »Blätterwald« den Einstieg neuer Leute durch bessere Bedingungen, als sie für die Alt-Kollektivisten gelten: begrenzte Arbeitszeiten und Verantwortung. »Wir bekommen nicht die Leute, die wir wollen, deswegen nehmen wir die, die wir kriegen und hoffen, die wachsen rein.«

Über die Frage der hemmungslosen Effektivierung, über Hierarchie, dem Ruf nach leistungsstarken Schaffern und — bisher undenkbar — leistungsbezogenen Gehältern wurde freilich wieder die entscheidende Frage deutlich: Ein durchrationalisierter Betrieb stand schließlich als Ziel nicht am Ausgangspunkt der Selbstverwaltungswirtschaft. Wenn aber Kollektivarbeit ihren Preis hat, für welche Inhalte sind wir bereit, zu zahlen? Für die einen bleibt es ein unlösbarer Widerspruch, sozial- und marktwirtschaftlich zugleich sein zu wollen. Für andere ist das längst nicht klar. Sie erwarten von einem funktionierenden Kollektiv immer noch eine höhere Produktivität als vom hierarchisch zerrissenen Normalbetrieb. »Auf wirtschaftlicher Ebene konkurrenzfähig zu sein, reicht mir nicht aus«, meinte einer. »Wir müssen leben mit der allseitig unterentwickelten Persönlichkeit«, inklusive der sozialen und leistungsmäßigen Unterschiede. Notwendiger als die Suche nach den »Supermännern« sei eine Arbeitsteilung und Spezialisierung — und auch Leitungsfunktionen bei komplexen Arbeitsabläufen. Denn genau durch das tägliche Betriebs-Chaos verlängert sich der Arbeitstag und geht das Geld verloren. Eines aber bleibt neben der Finanz-Transparenz unverzichtbar: Egal an welchem Arbeitsplatz jemand stehe, entscheidend sei, daß jeder sich »einbringen« und mitentscheiden könne — wer dies will.

Gerd Nowakowski

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

AG Projektfinanzierung

Im Dezember wurde auf einem Treffen von alternativen Beratern die Arbeitsgemeinschaft „Projektfinanzierung" ins Leben gerufen (ausnahmsweise mal formlos ohne Verein) als Zusammenschluß der regionalen Kreditvermittlungsinitiativen. Neben den Karlsruher IBEK-Gruppen, den STATTwerken und dem hessischen Verband der selbstverwalteten Betriebe, sind noch die aktiveren Netzwerke vertreten, die neben ihren Spendenumverteilungsaktivitäten eben auch die Kreditvermittlung aufbauen.

Auf den Wintertagen war nun das erste Folgetreffen. Und wie so häufig waren die gestellten Hausaufgaben vom Dezembertreffen nicht gemacht. Also ging es darum, nach einem allgemeinen Austausch über den Stand der Dinge in den Regionen, mit der konkreten Arbeit anzufangen. Die ersten Schritte zu einer bundesweit koordinierten Öffentlichkeitsarbeit wurden dann auch gleich unternommen: Der Entwurf eines Werbefalters und die Gliederung für eine umfangreichere Broschüre zum Thema „Finanzierung". Zum Schluß gelang es auch noch einen gemeinsamen Namen für die AG zu finden.

Auf „Finanzwunder" können nunmehr die Kollektive hoffen, wenn es darum geht, Finanzierungsprobleme zu lösen. Doch vor allzu großer Euphorie wird gewarnt. Die einzige überregional funktionierende Kreditvermittlung ist weiterhin lediglich STATTwerke – und hier gibt es zur Zeit einen Aufnahmestop. Auch regional operierende Stellen, wie Bremen und Hamburg, können sich über mangelnde Kreditnachfrage nicht beklagen. Es wird daher auch von den Kollektiven abhängen, bzw. deren Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit, ob es gelingt, ein funktionierendes und praktikables Instrument bundesweit aufzubauen.

Michael Mankowski

Hamburger Senatsknete...

Zunächst für den gehetzten Leser:
In Hamburg gab es bisher keinen autonomen Topf zur Finanzierung von Alternativprojekten. Aber noch kommen wir diesem Ziel näher. Gespräche zwischen dem AK Staatsknete und einer Arbeitsgruppe mit Behördenvertretern sind mit positivem Ergebnis abgeschlossen worden. Nun geht es darum, gestärkt durch die Behördengespräche, unsere Vorstellungen auch auf politischer Ebene durchzudrücken.

Chronologie

Das Ganze ist ein ziemliches Auf und Ab. Im Juni '83 gründet sich der AK Senatsknete am Rande des Netzwerk. Nach kurzer Einarbeitung und Ermittlung des Finanzbedarfs entsteht ein Antrag, der an Behörden, Parteien und Medien verschickt wird. Gefordert werden 10 Mio. für den gesamten Alternativsektor in autonomer Vergabe durch die Projekte. Also anders als in Berlin und Bremen soll keine Spaltung in wirtschaftliche und andere Projekte erfolgen. In Absprache mit der GAL wird der Kontakt zur SPD gesucht, da nur durch eine SPD-Unterstützung eine Realisierung der Senatsknete denkbar ist.

Ergebnis dieses ersten Antrages: Gespräche mit Ex-Wirtschaftssenator und SPD-Landesvorstandsmitglied Steinert. Sprachliche und inhaltliche Verständigungsschwierigkeiten wurden überwunden. Es entsteht ein zweiter Antrag, in dem auch für den durchschnittlichen Behördentiger verständlich werden soll, was wir wollen, denn wir haben nur eine Chance, wenn die Behörden mitspielen. Nach viel Gezerre finden die Behördengespräche statt (Beteiligt: Arbeit und Soziales, Wirtschaft, Kultur). Nachdem wir einige Projekte, die üblicherweise durch die Förderung durchfallen, dargestellt haben (sie sind dann trotz wohlwollender Behandlung bei der staatlichen Förderung gescheitert), wird Konsens erzielt, daß eine spezifische Förderung für Projekte notwendig ist. Akzeptiert wird letztlich auch der besondere Topf für Projekte, Uneinigkeit besteht bis heute hinsichtlich des autonomen Charakters. Klar ist nur, daß die Vergabe der Fördergelder durch Projektberater aus der Szene (Jobs?) vorbereitet werden sollte. Die Selbstverwaltung des Topfes wird in den jetzt kommenden Verhandlungen sicherlich der Knackpunkt werden (wir wollen keine Bremer Verhältnisse!).

Eines unserer Ziele haben wir bisher jedenfalls noch nicht erreicht: Es ist keine bessere Zusammenarbeit der Projekte entstanden. Zwar sind zu den Diskussionstreffen immer Projekte aus allen Bereichen gekommen. Aber kaum eines wurde zweimal gesehen. Die bekannten Nervereien. Falls das Geld tatsächlich kommt, kann sich dies u.U. gefährlich auswirken, wie sich insbesondere in Nürnberg gezeigt hat. Hieraus ergibt sich:

Die Perspektive:

In der nächsten Zeit werden wir Parteien, Bürgerschaft und Senat auf den Füßen stehen, um die 10 Mio in selbstverwalteter Vergabe nach nun zwei Jahren endlich für den Alternativsektor zu erhalten. Und die anderen Projekte müssen sich verstärkt in die Diskussion einbringen, damit hinterher nicht die große Nerverei losgeht. Beidem dient die jetzt wieder anlaufende Öffentlichkeitsarbeit.

Kontakt:
– AK Staatsknete –
Gaußstr. 17, 2 HH 50
Tel: 040/ 39 51 51

Fortsetzung von Seite 1

Hat die alternative Ökonomie eine Zukunft?

Die Alternativen der Alternativen

Teile dieses neuen Mittelstands sind jedoch auch neuer „postmaterieller" Wertorientierung geworden und suchen sowohl im ökonomischen als auch im ökologischen, sozialkulturellen und politischen Bereich nach neuen Wegen – statt Orientierung am Haben, Orientierung am Sein, statt fremdbestimmte Leistung Selbstverwirklichung, statt Konkurrenz Solidarität, statt Ausbeutung der Natur, Suche nach einem neuen Ausgleich, statt Bürokratisierung und Zentralisierung Dezentralisierung und Unterstützung selbstorganisierter Lösungen... Die Dringlichkeit solcher Neuorientierung ist auf dem Hintergrund der vielfältigen ökonomischen, ökologischen, politischen und sozialen Krisen in den letzten Jahren von immer neuen sozialen Bewegungen deutlich gemacht worden – von der Friedens- und Ökologie-, der Gesundheits- und Bürgerrechts-, der Frauen- und Alternativbewegung – bei allen Unterschieden und vielfältigen Widersprüchen in zahlreichen anderen Fragen.

Die selbstorganisierten Projekte, die wir in diesem Buch vorstellen, wie der gesamte Bereich der alternativen Ökonomie, werden nur auf diesem Hintergrund verständlich und erhalten erst im Zusammenhang mit den großen sozialen Bewegungen, die gewissermaßen ihren Resonanzboden darstellen, gesellschaftliche Bedeutung. Denn quantitativ ist die Zahl der Arbeitsplätze im alternativökonomischen Sektor bei einem Anteil von nicht einmal 1% der Gesamtbeschäftigten gering bis marginal. Und als sich vor ca. einem Jahrzehnt die ersten Landkommunen und Entrümpelungskollektive bildeten, wurden diese eher als Exoten betrachtet – geduldet oder befehdet wie andere als „nicht normal" angesehene Aussenseiter, vergleichbar etwa dem „fahrenden Volk".

Dies hat sich – zumindest in großen Teilen der Bevölkerung – deshalb geändert, weil sich die gesellschaftlichen Bedingungen drastisch gewandelt haben, und zwar objektiv wie subjektiv: Strukturelle Arbeitslosigkeit, neue Armut, ökologische und politische Katastrophen(-gefahr) und die sich dagegen engagierenden neuen sozialen Bewegungen haben dazu geführt, daß viele Problemdefinitionen der Alternativbewegung heute eine „Massenbasis" haben. Und nur weil und soweit die Projekte ein millionenfach artikuliertes Unbehagen in konkrete und im Alltag lebbare Alternativen umzusetzen suchen, haben sie sowohl politisch als auch ökonomisch eine Chance: Weil die traditionelle Kleinfamilie viele Bedürfnisse nicht mehr abdeckt und herkömmliche Nachbarschafts- und Quartiersbeziehungen von bedeutenden gesellschaftlichen Gruppen entweder als zu kontrollierend oder als zu oberflächlich oder nicht tragfähig empfunden werden, sind Experimente mit neuen Lebensformen mehr als bloß exotisch. Weil die Entfremdung am Arbeitsplatz, die Abschottung von Arbeit und Freizeit, Produzieren und Konsumieren zunehmend als Probleme begriffen werden, gibt es ein gesteigertes öffentliches Interesse an selbstbestimmten Formen der Arbeit und an Versuchen, Arbeiten, Leben und Wohnen zu verbinden. Weil nicht genügend Normalarbeitsplätze vorhanden sind und immer mehr davon verloren gehen, stehen selbstorganisierte Beschäftigungen und Betriebsübernahmen auf der Tagesordnung. Weil die Umweltverschmutzung und -vernichtung offensichtlich weit fortgeschritten sind, besteht Bedarf an ökologisch angepaßten Produkten und Produktionsweisen. Weil das traditionelle Schul- und Berufsausbildungssystem die gegenwärtigen quantitativen und qualitativen Probleme nicht mehr meistert, haben neue Initiativen auch in diesem Bereich eine Chance...

Mehringhof, Berlin

Es scheint, als würden sowohl die klassischen und politischen gesellschaftlichen Institutionen als auch die verschiedenen Teile der Alternativbewegung sich dieses Sachverhalts nur langsam bewußt. Beide schwanken in ihren Reaktionen zwischen Abschottung und Öffnung.

So versucht etwa der Staat als Gralshüter des gesellschaftlichen Status quo und als Polizeimacht, die Alternativen zu unterdrücken. Als Mitorganisator gesellschaftlichen Wandels und als „Sozialamt" zeigt er hingegen Interesse an den hier neu entwickelten Modellen und Möglichkeiten der Lebensunterhaltssicherung (in Berlin sehr anschaulich personifiziert im Innensenator Lummer bzw. dem Sozialsenator Fink). Dabei kommt bei dem in den letzten Jahren spürbar gestiegenen Interesse an Selbsthilfe und Selbstorganisation noch ein finanzieller Aspekt hinzu: Weil kein politischer Wille vorhanden ist, die mit mächtigen Lobbies ausgestatteten milliardenschweren Bereiche etwa der Rüstung, der Staatssicherheit oder bestimmter Wirtschaftssubventionen abzutasten, besteht die Tendenz, im weniger lobbyistisch geschützten Sozialbereich öffentliche Mittel einzusparen und durch kostenlose oder billigere Selbsthilfe zu ersetzen. So schwankt staatliches Handeln häufig zwischen Zuckerbrot und Peitsche, zwischen Förderung und Disziplinierung selbstorganisierter Projekte, und es ist jeweils eine Frage der politischen Kräfteverhältnisse, welche Tendenz gerade obsiegt.

Ähnlich bei den für die berufliche Bildung zuständigen Kammern: Wie am Beispiel der BDP-Lehrwerkstatt in Kapitel I dargestellt, wird hier zum einen versucht, mit allen Tricks selbstorganisierte Ausbildungsinitiativen zu behindern, während diese aufgrund des großen öffentlichen Problemdrucks zugleich offiziell begrüßt werden. Gleiches gilt für viele andere Institutionen, die u.a. aufgrund eingefahrener Organisationsroutinen und widersprüchlicher Interessen ihrer Klienten sich zum einen eher ablehnend verhalten, zum anderen jedoch auch nicht den vorhandenen objektiven Problemdruck und die Umorientierung in großen Bevölkerungskreisen leugnen können und zugleich Angst haben, neue Trends zu verpassen.

Waren die Alternativprojekte nur Gegenmodelle versponnener Freaks oder isolierter politischer Avantgarden, wie die kommunistischen Gruppen der siebziger Jahre, wären sie nach bewährtem Muster zu kriminalisieren, auszugrenzen oder zu ignorieren. Nur ihre Einbettung in breitere soziale Bewegungen (vgl. etwa das Konzept der Öko-Bank in Kap. I) und ihre Signal- und Pilotfunktion für neue Problemlösungen verschafft ihnen – ganz ähnlich wie den Grünen und Alternativen in den Parlamenten – eine gesellschaftliche Chance.

Hat die alternative Ökonomie eine Zukunft?

Ob und wie diese Chance auch in der Zukunft genutzt werden kann, hängt von vielen Faktoren ab, nicht zuletzt auch von der Dynamik der sozialen Bewegungen. Für das Thema dieses Buches – nämlich die Möglichkeit, Arbeitsplätze selber zu schaffen – scheinen uns folgende Gesichtspunkte besonders wichtig:

1. Im Bereich der alternativen Ökonomie bestehen unseres Erachtens vor allem dann Chancen, in größerem Ausmaß weitere Arbeitsplätze zu schaffen, wenn sich die Initiativen auf die neuen sozialen Bewegungen und die von diesen hervorgebrachten und oben kurz skizzierten neuen Bedürfnisse und Werte beziehen. Nur durch einen im folgenden noch näher erläuterten engen und ständigen Austausch mit entsprechenden Zusammenhängen kann es nämlich gelingen, einen auf gleiche Bedürfnisse und Werte gegründeten Markt zu entwickeln und diese neuen Bedürfnisse so zu konkretisieren, daß sie in entsprechende Güter und Dienstleistungen umgesetzt werden können. Projekte, die sich isolieren oder mit „normalen" Produkten auf dem anonymen Markt konkurrieren, werden langfristig sowohl Probleme der Sinndefinition (worin sind wir eigentlich alternativ?) als auch der Marktmacht (wie z.B. kapitalkräftigerer Konkurrenz etc.) haben. Schaffen und beziehen sich Projekte hingegen auf ein entsprechendes Umfeld, wird sowohl die Produktions- wie Arbeitsplanung, Werbung wie Kapitalbeschaffung einfacher und die Produzenten- Konsumenten- Beziehung menschlicher. In diesem Zusammenhang wäre darüber nachzudenken, wie z.B. die Erfahrungen von Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften in der Landwirtschaft auch auf andere Sektoren übertragen werden kann. Dies meint nicht eine Beschränkung auf den engen Markt der Alternativszene, sondern auf die Millionen Menschen, die sich hierzulande gegen Umweltzerstörung, Aufrüstung, Bürokratisierung und Verdatung zur Wehr setzen.
2. Zufällige Einfälle und der schlichte Wunsch, selbst anders arbeiten und leben zu wollen, sind allein eine wenig tragfähige Basis für neuzuschaffende Arbeitsplätze. Auch ist die Frage, worin der gesellschaftliche Nutzen der 36. alternativen Druckerei oder Schreinerei in einer bereits versorgten Gegend bestehen soll. Wenn wirklich perspektivenreiche und eine Region bereichernde Arbeitsplätze geschaffen werden sollen, setzt dies eine

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

konkretisierte Vorstellung über menschlichere und ökologisch angepaßte Güter und Dienstleistungen und eine darauf bezogene „alternative" Regionalanalyse und -planung voraus. Dabei werden sich, das ist unsere zweite These, große Markt- und Versorgungslücken zeigen, wenn man die durch die neuen sozialen Bewegungen aktualisierten und auf diese ja nicht begrenzten Bedürfnisse zugrunde legt – wie etwa das Interesse an gesunder Ernährung oder humaner vorbeugender medizinischer Versorgung: Kinder-, Alten- und Krankenbetreuung in gewohntem sozialem Umfeld und befriedigenden menschlichen Beziehungen; biologischer Bauweise und gesundem Wohnen; Energieeinsparung und dezentraler Energiegewinnung; Wassereinsparung, Recycling und problemadäquater Müllentsorgung; kreativen Freizeit-, Sport- und Kulturmöglichkeiten und sanftem Tourismus; Auskünften über den Nitritgehalt des eigenen Trinkwassers oder die Cadmiumbelastung der Gartenerde usw. usw. Die jahrzehntelang in vielen Bereichen nach Macht- und Profitlogik entwickelten menschen- und umweltfeindlichen Strukturen und Techniken drängen geradezu nach alternativen Lösungen, für die die oben genannten Bewegungen sowohl ein Bewußtsein als auch einen Markt geschaffen haben.

3. Um solche alternativen Konzepte zu entwickeln und zu realisieren, bedarf es des Zusammenwirkens aller an menschlicheren Arbeitsbedingungen interessierten gesellschaftlichen Kräfte. Es reicht nicht aus, wenn sich Kai Anders, Hans Ganz-Anders, Frohlinde Sonnenschein und Friede Freude zusammensetzen, um „ihr Ding" zu planen. Um sowohl Arbeitsplätze als auch gesellschaftliche Veränderung in größerem Stil zu realisieren, bedürfte es vielmehr der gemeinsamen Anstrengungen der Bürger- und Selbsthilfeinitiativen und ihrer Zusammenschlüsse, unterstützt durch kooperationsbereite Personen aus z.B. Gewerkschaft, Parteien, Kirchen, Universitäten, Planungsintitutionen etc. jeweils einer Region, um etwa in Form einer „großen Klage" Strukturdefizite und mögliche Alternativen festzustellen. Die Erhebungsform läßt sich sowohl als Strassentheater denken, das durch Stadtteile und Dörfer zieht und die Passanten animiert, ihre wirklichen Wünsche zu artikulieren, als auch als Tiefeninterviews mit Bürgern und Initiativen...

   Ist klar, was in einer Region anliegt, nottut und Zukunft hat, wären konkrete Problemlösungspunkte zu entwickeln und von an entsprechenden Selbsthilfeprojekten Interessierten umzusetzen. Viele Kenntnisse sind bereits vorhanden und müssen nur angewandt werden – z.B. könnte das gesamte Trinkwasserproblem, statt ganze Regionen durch Grundwasserabpumpen trockenzulegen oder durch Talsperren zuzuschütten, mit Hilfe längst bekannter, technisch zum Teil verblüffend einfacher Lösungen (Sanierung der Toilettenspülung, der Wasserhähne, Brauchwasseraufbereitung, Regenwassernutzung etc.) relativ schnell alternativ angegangen werden. Und die Sache würde sich sowohl für die Selbsthilfeinitiativen wie die Hausbesitzer und Mieter lohnen. Und wer wäre nicht bereit, sein Formaldehyd-vergiftetes Bücherregal durch ein ungiftiges auszutauschen, anstelle sich in ein Alters- und Pflegeheim abschieben, in der eigenen Wohnung versorgen zu lassen etc.etc. Zu anderen Bereichen mag der Transfer von Forschungswissen von technischen Universitäten und Hochschulen, zu wieder anderen eigene Forschung nötig sein. Das ist sowohl zu organisieren als auch, wie in Kapitel II dargestellt, prinzipiell zu finanzieren – wenn solche Arbeit nicht von allein von isolierten Selbsthilfeprojekten geleistet werden muß, sondern von z.B. in kommunalen Selbsthilfezentren angesiedelten alternativen Regionalplanungsinitiativen unter Nutzung aller menschlichen, institutionellen, wissenschaftlichen und finanziellen Ressourcen.

4. Um die auf diese Weise herausgefundenen Bedürfnisse zu befriedigen und die neuen Konzepte umzusetzen, bedarf es einer Reihe von Qualifikationen, über die gerade viele Arbeitslose nicht verfügen werden, nicht zuletzt, weil unser Bildungs- und Ausbildungssystem immer noch den Fachidioten züchtet. Neben soliden, breit angelegten Fachkenntnissen sind nämlich insbesondere Kreativität und Selbstorganisationskompetenzen gefragt, um die beschriebenen Probleme zu meistern. Demgemäß wären entsprechende Qualifikationsprozesse zu organisieren: Anlernen, Ausbildung, Fortbildung, Umschulung. Auch dafür stehen, wie im II. Kapitel näher ausgeführt, einige Finanzierungsinstrumente schon bereit. Und, wie etwa die Beispiele der BDP-Mädchenlehrwerkstatt, der AU-COOP oder der Baufirma Ökotopia in Kapitel I zeigen, existieren hier auch bereits eine ganze Reihe von Erfahrungen.
5. Wenn sogar relativ isolierte Selbsthilfeprojekte Arbeitsloser zigtausend neue Arbeitsplätze zu schaffen vermochten, könnte durch die Zusammenfassung aller an einer humanen und ökologischen Wende Interessierten zu einer jeweils auf regionaler Ebene organisierten und überregional verknüpften Unterstützungsstruktur für selbstorganisierte Initiativen sicher ein Vielfaches erreicht werden. Wieviel, hängt jedoch auch sehr stark von den Bedingungen ab, die die staatliche Politik setzt. Wenn sich viele der bisher entstandenen Initiativen trotz bürokratischer Auflagen, rechtlicher Hindernisse, amtlicher Hürden und fehlender Mittel durchzusetzen vermochten, was müßte dann mit forcierter öffentlicher Förderung möglich sein?

Entsprechende Erfahrungen aus anderen Ländern belegen diese Vermutung: So wurden etwa durch die „Local Initiatives Programme" 1971 –1976 in Kanada jährlich ca. 50000 neue Dauerarbeitsplätze in selbstorganisierten Projekten geschaffen, die Güter und Dienstleistungen erstellten, die im bisherigen Versorgungsspektrum von Staat und Markt qualitativ oder quantitativ unterrepräsentiert waren oder fehlten. Die als gemeinnützig und steuerbegünstigt anerkannte Assoziation von über 100 Kooperativen und Genossenschaften „Mondragon" im spanischen Baskenland (vgl. Gretschmann, S. 106 ff.) oder die öffentlich geförderten Beratungsinitiativen – boutiques de questions – in Frankreich sind weitere Beispiele.

Nötig und auch umsetzbar wäre vielerlei, z.B.:

- die Entwicklung passender Rechtsformen für selbstverwaltete Betriebe (vgl. zu entsprechenden Problemen Ökotopia, Kapitel I),
- die Förderung der oben beschriebenen regionalen Unterstützungsstrukturen inkl. einer Projektberatung, die in der Lage ist, die im II. Kapitel näher beschriebenen Förderungsinstrumente, Forschungs- und Beratungskompetenzen für Selbsthilfeinitiativen nutzbar zu machen,
- die Unterstützung von Selbsthilfeinitiativen durch Überlassung von Land, Räumen, Werkstätten, leerstehenden Fabriken, Maschinen, Werkzeug, Inventar etc., die sich häufig ungenutzt in öffentlicher oder privater Hand befinden. Dies könnte z.B. über eine Stiftung erfolgen, die zum einen solche Ressourcen erschließt und vergibt und an die diese wieder zurückfallen, wenn ein Selbsthilfeprojekt scheitert oder sie nicht mehr benötigt;
- eine Anlauffinanzierung, die die ersten 1 bis 2 Jahre überbrücken hilft, z.B. in Form personenbezogenen zu beantragender Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, kapitalisierten Vorauszahlungen aus Ansprüchen nach dem Arbeitsförderungs- oder Bundessozialhilfegesetz und entsprechender Investitionshilfen;
- zinsgünstige Kredite und Bürgschaften, wie sie nun z.B. durch das hessische Programm zur Förderung selbstverwalteter Betriebe erstmals in einem Bundesland in größerem Umfang zur Verfügung stehen;
- Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben im oben entwickelten Sinne;
- Erhöhung der öffentlichen Zuschüsse für selbstorganisierte Initiativen in Bereichen, in denen eine eigenwirtschaftliche Absicherung kaum möglich ist, wie etwa im pädagogischen, sozialen oder kulturellen Bereich;
- Förderung von Ausbildung, Fortbildung und Umschulung im oben entwickelten Sinne, auch wenn die jeweiligen Personen nicht den Kriterien der bisherigen Programme (wie etwa dem Arbeitsförderungsgesetz) entsprechen;
- Änderung des Einkommensabzugs bei Zuverdienst von Arbeitslosengeld- oder -hilfeempfängern z.B. dergestalt, daß der enorm hohe Abzug erst einsetzt, wenn der Zuverdienst das jeweilige gesellschaftliche Durchschnittseinkommen übersteigt;
- oder auch die von Bartsch/Grottian vorgeschlagene Änderung des § 10b Einkommensteuergesetz in der Weise, daß Spenden an gemeinnützige Organisationen, mit denen nachweisbar neue Arbeitsplätze geschaffen werden, zu 80 % von der Steuerschuld abgezogen werden können (vgl. Ökologisch leben 1984, S. 61 ff.).

Unter bestimmten Bedingungen hätte die alternative Ökonomie also blendende Chancen, sich erheblich auszuweiten. Alles hängt davon ab, ob diese Bedingungen durchgesetzt werden können.

Diethelm Damm

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Soziale Garantien jetzt! Mindesteinkommen morgen

Tagung zum Mindesteinkommen vom 15.-17. Februar 1985 in der FHS, Frankfurt

Vorläufiger Tagungsverlauf:

Freitag, 15.2.85, Beginn 20.00 Uhr

- Wie kommen wir zur Forderung nach Sozialer Garantie? (Ref. Aktionsgemeinschaft Arbeitsloser Bürger (AGAB), Bremen und ALSO (Oldenburg)
- Nachrichten aus der sozialen Realität (Ref. Calle Macke, angefragt)
- Berichte aus Holland und Dänemark (Ref. Michael Krätke, Jenne)

Samstag, 16.2.85

1. Modelle Sozialer Garantien (Ref. Axel Bust-Bartels)
2. Pro Mindesteinkommen (Claus Offe oder Vobruba)
3. Contra Mindesteinkommen (Walter Hanesch)

Anschließend Arbeitsgruppen zu folgenden Themen:
–Armutseindämmung, – Sozialhilfereform (Vorbereitung der Anhörung der GRÜNEN im Bundestag betr. Armut in der BRD), – Modelle sozialer Garantien, Universalität von Sozialleistungen, – Kurzfristiger Einstieg (Mindestrente, Kindergeld) also Strategien, – Alternativen von Lohnarbeit und Sozialer Garantie, – Soziale Garantien für unterschiedliche Lebensweisen, ...
Anschließend abens Zusammenfassung und Berichte aus den Arbeitsgruppen.

Sonntag, 17.2.85

1. Bedarfsprinzip – Garantieprinzip (Leibfried)
2. Hausfrauisierung der Lohnarbeit (Cl. von Werlhoff) – wie sieht die real unbezahlte Arbeit – Hausarbeit – aus?
3. Thesenpapier, Plattform, Sozialpolitisches Kommunique

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

IMPRESSUM (Ffm)

CONTRASTE erscheint monatlich

Herausgeber: Peter Hass, c/o Krebsmühle-Druckerei, Modellfabrik, Niederurseler Str. 7, 6370 Oberursel

Eigenverlag

Redaktion.
Harald Deersberg, Iske und Koll., Wulwestraße 25, 2800 Bremen
Tel.: 0421/7 20 93

Stattwerke e.V., c/o Michael
Paul-Lincke-Ufer 44a
1000 Berlin 36
Tel. 030/ 6 11 59 04

ASH Krebsmühle
c/o Jutta
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/7 34 96

V.i.S.d.P.:
Harald Deersberg (Bremen), Dieter Poschen (Heidelberg), Jutta Gelbrich, Karl Bergmann (Oberursel)

Herstellung
Zündsatz GdbR, Postfach 10 45 20, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1
Tel. 06221/1 33 02

Druck:
Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 11

Vertrieb:
Krebsmühle-Druckerei
Modellfabrik, Niederurseler Str. 7
6370 Oberursel 5

Konto:
Postgiroamt Frankfurt/Main
Kto.-Nr. 3836 87 - 607
(BLZ 500 100 60)
Jutta Gelbrich, Oberursel

Eine Auswahl von Comics wurden dem Kopf-Hoch-Kalender 1985 von Fuchsi, Kief, Peter Petri, Detlef Surrey und Harald entliehen.

In der gesellschaftlichen Zwickmühle

Als sich im 12. und 13. Jahrhundert unter dem Einfluß von Waldes immer mehr Menschen zu dem Ideal der Armut bekannten und als asketische, bettelnde Wanderprediger vor allem durch Südfrankreich zogen, fühlte sich die damalige römisch-katholische Kirche herausgefordert; sie empfand die auf selbstständige, bibelorientierte, asketische Frömmigkeit zielenden Waldenser als Auflehnung gegen die kirchliche Autorität. Sie fühlte sich durch die starke Verbreitung der Waldenser und anderer religiöser Gruppen bedroht. Es kam deshalb zu Exkommunikation und gründlich-grausamer Verfolgung. Offenbar entging es der Kirche dennoch nicht, daß die Waldenser mit ihrem Verständnis von Christentum zentrale Inhalte christlicher Überlieferung leben wollten und lebten. Deshalb wurden diese urchristlichen Inhalte aufgenommen und mit einer Organisationsform verbunden, die sich nahtlos gewinnbringend in die hierarchische Struktur der Kirche einbinden ließ: es entstanden die Bettelorden, von denen in der Folgezeit vor allem die Franziskaner (Franz v. Assisi) und Dominikaner, mit päpstlichen Privilegien ausgestattet, auf Kosten der Waldenser und der anderen christlichen Sekten rasche Verbreitung fanden. Im drohenden Zerfall hatte die Kirche die grundlegenden Ideen von der innerkirchlichen Opposition selektiv übernommen und durch Integration zu einer wirksamen Erneuerung gefunden.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden in Kaiserswerth von Fliedner, in Neuendettlsau von Löhe und in weiteren Orten von anderen Diakonissenhäuser gegründet. In einer Zeit rapiden Bevölkerungswachstums und sozialen Elends wurden dadurch zwei wesentliche Probleme angepackt. Einerseits brachte der Eintritt in die Diakonissenhäuser unverheirateten Bauerntöchtern lebenslange Versorgung und sinnvolle Tätigkeit im Dienst der Nächstenliebe, verringerte auch den Armutsdruck auf die kleineren Höfe. Andererseits konnte auf diese Weise das ständig steigende Elend gemindert werden. Die Gründer mußten die Mutterhäuser freilich in freier Organisation außerhalb der Kirchen und jedenfalls in der ersten Phase gegen deren Widerstand aufbauen, weil ihre Arbeit von der kirchlichen Öffentlichkeit und den Kirchenleitungen abgelehnt wurde. Einer merklichen Zahl anderer sozialer Einrichtungen erging es ähnlich. Gleichzeitig aber entfremdeten sich weite Kreise der Arbeiter und des Bürgertums von den protestantischen Kirchen. Auch hier konnten die Kirchen auf Dauer nicht übersehen, daß Diakonie ein zentraler Bestandteil christlicher Überlieferung ist und aus einem tiefen, oft pietistischen Glauben herauswuchs. Es kam dann schließlich doch noch zu Übereinkünften und gemeinsamer Arbeit. Nach der gegenwärtigen Darstellung in den Lehrbüchern könnte man den Eindruck gewinnen, als ob diese Diakonie immer wesentlicher Ausdruck protestantischer Kirchen gewesen sei: die damaligen Außenseiter wurden als tragende Säulen kirchlichen Lebens vereinnahmt.

Der sozialistische deutsche Studentenbund legte in den 50er Jahren Hochschulkonzepte vor, die als revolutionär und deshalb unannehmbar galten ... Die Hochschulverfassungen zu Beginn der 70er Jahre ... Und ... Und ...

Wer sich die Zeit nimmt, wird in historischen und zeitgeschichtlichen Dokumenten bis in die Gegenwart eine Fülle vergleichbarer Vorgänge finden. Ich möchte hier nicht Geschichten aus der Geschichte um ihrer selbst willen erzählen, sondern an ihnen die gesellschaftliche Funktion eines bestimmten Typs gesellschaftlicher Opposition in Krisenzeiten verdeutlichen. Dieser Typ gesellschaftlicher Opposition umfaßt – wie die Beispiele zeigen – soziale Bewegungen, deren Teilhaber sich zentrale Ziele und moralische Grundwerte der traditionellen Gesellschaft zu eigen machen, konsequent in gegenwartsbezogener Form auch in ihrer Lebensführung umsetzen, aber insgesamt innerhalb des normativen Rahmens der Gesellschaft bleiben. Solche Opposition entsteht in gesellschaftlichen Krisenzeiten, wenn nämlich grössere Bevölkerungsteile ihrer materiellen und/oder immateriellen Lebensgrundlagen beraubt werden und nach neuen zukunftsfähigen Lebensperspektiven suchen. Die Entwicklung solcher gegenwartsbezogener Lebensperspektiven und entsprechender Modelle des Zusammenlebens erfolgt durch gegenwartsbezogene, neue Interpretationen traditioneller Werte und bedeutet deshalb soziale Innovation. Gerade das Anknüpfen an eingelebten Werten ermöglicht aber größeren Kreisen der Gesellschaft die Teilnahme und Mitwirkung, die als Wiederbelebung der „wahren" gesellschaftlichen Werte verstanden werden können. Soziale Innovation aber bringt die oppositionelle Gruppe nahezu zwangsläufig in einen Gegensatz zu den etablierten Machthabern, die an der Erhaltung des gegenwärtigen Zustands, d.h. ihrer Interpretation der traditionellen Werte und ihres Umgangs damit interessiert sind, um ihre Privilegien zu sichern.

In solchen Auseinandersetzungen werden der oppositionellen Gruppe mehrere Funktionen zuteil. Erstens bietet sie für bestimmte Bevölkerungsteile ein attraktives Potential gegenwartsbezogener Lebensperspektiven und Modelle des Zusammenlebens. Insofern können viele einzelne Personen Möglichkeiten zur Befriedigung ihrer individuellen Bedürfnisse gewinnen. Für den überwiegenden Teil der Gesellschaft, vor allem für deren Machthaber, muß die oppositionelle Gruppe zweitens als Sündenbock herhalten; sie zieht vom Lächerlichmachen über Diskriminierung, Kriminalisierung bis zur Ausrottung alle denkbaren zeitüblichen Bekämpfungspraktiken auf sich. Je weniger Erfolge die dominante Gesellschaft mit ihren Bekämpfungsmaßnahmen erzielt, desto wahrscheinlicher werden die Versuche der gesellschaftlichen Machthaber, brauchbare innovative Ideen, Konzepte und Modelle selektiv in die Gesellschaftsstruktur einzubauen und damit unter Kontrolle zu stellen. Diese Integration kann mit einer entschädigungslosen Enteignung sozialer Erfindungen verglichen werden. Die Gesellschaftsstruktur wird dadurch jedoch soweit geändert, daß sie bestimmten Teilen der Bevölkerung wieder ermöglicht, ihre aktuellen Bedürfnisse einigermaßen zu befriedigen. Damit sinkt bei anderen die Neigung, sich der oppositionellen Gruppe anzuschließen, in welcher Form auch immer. So werden viertens Personen, die mit der oppositionellen Gruppe liebäugeln, in die neue gesellschaftliche Normalität zurückgelenkt. Man kann jetzt sozial konform die neuen Lebensperspektiven – natürlich in der qualitativen Auszehrung der gesellschaftlichen Institutionen – übernehmen, ohne sich durch die Mitwirkung in der oppositionellen Gruppe als Außenseiter zu exponieren. Die oppositionelle Gruppe büßt deshalb fünftens viel von ihrer Attraktivität ein oder verschwindet schließlich ganz. Sechstens ist freilich das Ziel der oppositionellen Gruppe, die Gesellschaft auf eine lebensnahe Gestaltung hin zu verändern, allenfalls teilweise erreicht. Denn die Selektion ihrer Ideen, Konzepte und Modelle und deren Integration in überkommene Strukturen entfremdet diese ihrer Eigenart und weist ihnen einen anderen Stellenwert in der Gesellschaft zu. Damit gewinnen die gesellschaftlichen Strukturen Zug um Zug ihre lebensfremde Prägung. Der Prozeß der Erneuerung durch eine Opposition wird schließlich wieder aktuell. Ich fasse zusammen: Die oppositionelle Gruppe stellt als beachtliche materielle und immaterielle Leistung wesentliches Innovationspotential zur Erneuerung und Stabilisierung der Gesellschaft bereit. Im Prozeß der gesellschaftlichen Aneignung bzw. Enteignung wird sie bekämpft und verliert an Bedeutung, ohne an den Ergebnissen ihrer Arbeit teilzuhaben und ohne letzlich ihre Ziele erreicht zu haben.

Ich meine, die Alternativen sind zu diesem Typ gesellschaftlicher Opposition zu rechnen und unterliegen deshalb den geschilderten gesellschaftlichen Prozessen. In ihrer Mehrzahl beziehen sich die Alternativen trotz mancher Unterschiede und Gegensätze auf eingelebte Werte: Naturschutz im Sinne der Erhaltung der natürlichen Lebensbedingungen, Selbstbestimmung als zentraler Ausdruck individueller Rechte und der Würde des Menschen, Ablehnung von Atomkraftwerken und Frieden als Verantwortung für das Leben und zukünftige Generationen ...

Beides ist voll im Gange: die Bekämpfung der Alternativen und die Integration ihrer Ideen, Konzepte, Modelle. Ihre Bekämpfung erfolgt auf verschiedene Weise: Unterwanderung von Friedens- und Antikernkraftinitiativen durch Vertrauensleute der Polizei; Kriminalisierung über strafrechtliche Subsumierung von Sitzstreiks und passivem Widerstand unter den Begriff der Gewalt in der Form der Nötigung; Behinderung zahlreicher Projekte und Initiativen auf dem Verwaltungswege; Versuche, durch Einschränkung des Demonstrationsrechts Bewußtseinsbildung in der Öffentlichkeit und sozialen Druck auf Behörden und Verfassungsorgane zu vermindern oder zu verhindern; offensichtliche Benachteiligung von selbstverwalteten Betrieben bei der Finanzierung bzw. Bezuschussung neuer Arbeitsplätze, die in der Industrie bis 200.000,– DM, bei den Alternativen allenfalls bis 20.000,– DM gefördert werden...

Auch die selektive Integration hat begonnen: man denke an die auswählende Förderung von Selbsthilfegruppen in Berlin, wo nur Selbsthilfegruppen gefördert werden, die in die sozial- und familienpolitischen Vorstellungen des Senats passen, auch sonst werden Selbsthilfegruppen aus der Szene gefördert, wenn ihre Kontrolle sichergestellt werden kann, Selbstbestimmung? Alternative Projekte in der Jugendarbeit werden zunehmend von Jugendämtern gefördert; die Grünen werden in mehreren Kommunalgemeinden und einigen Bunddesländern als Koalitionspartner umworben. Dieses Drängen der etablierten Parteien, die „Grünen" sollten als parteipolitische Vertretung der Alternativen endlich politische Verantwortung übernehmen, ist nichts anderes als das Lockangebot, sich – mit entsprechenden Privilegien – integrieren zu lassen und sich am sattsam bekannten Kungelfilz zu beteiligen. Gemeint wird hier offensichtlich weniger die Beteiligung an der Macht , als vielmehr die Disziplinierung durch die Macht. Damit wäre der Anfang vom Ende des alternativen Einflusses eingeläutet.

Die aufgezeigten geschichtlichen Mechanismen machen deutlich, daß die Alternativen die geschichtliche Funktion haben, der Gesellschaft in der BRD zur Erneuerung zukunftsfähige soziale und kulturelle Perspektiven und Modelle bereitzustellen, nach deren selektiver Integration in die überkommene Gesellschaft sie in der Bedeutungslosigkeit verschwinden. Alternative Szene als Mode, Welle, vorübergehender Hit mit systemstabilisierender Wirkung? Im Sinne einer nachhaltigen Wirkung wäre anzustreben, daß die Alternativen sich der Integration bzw. Enteignung ihrer Ideen, Konzepte, Modelle möglichst lange entziehen und das harte Los gesellschaftlicher Opposition auf sich nehmen; je länger, um so besser für diese Gesellschaft.

Hans Dietrich Engelhardt

Literaturhinweis s. Kasten S.10

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen
leider nicht online gezeigt werden.

Hilfe zur Selbsthilfe - Auch in der „3. Welt":

Der schwere Weg zur Selbstorganisation

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Der Begriff „Selbsthilfe" ist inzwischen zu einer großen Worthülse geworden. Da Begriffe sich nicht wehren können, nicht gegen Geißlers Versuche der Um-Deutung, noch dagegen, daß die idiotischsten Gruppen und Organisationen auch in der „3. Welt" sich den Begriff Selbsthilfe unter ihre klebrigen Finger heften, ist es notwendig, genau und kritisch hinzusehen und eigene Kategorien vorzustellen. Ich war als „Entwicklungshelfer" (Sozialarbeiter) in Peru tätig, bin lange Zeit in der Lateinamerika-Solidaritätsarbeit engagiert und möchte auf Anregung der Wandelsblatt-Redaktion einige Gedanken zur „Selbsthilfe-Diskussion" beisteuern.

Alle Welt macht in „Selbsthilfe":

Das Konzept „Hilfe zur Selbsthilfe" wird – oft mit dem Beispiel vom „Fische-fangen-lernen" –von staatlichen Organisationen, von der Weltbank, von der (CDU)-Adenauer-Stiftung, von den kirchlichen Hilfswerken, von engagierten Entwicklungshilfe-Organisationen, von Gruppen, die Projekte in Nicaragua unterstützen, von dubiosen Patenschaftsorganisationen etc. benützt, also von allen.

Wenn Organisationen wie World-Vision sog. ‚Dorfgemeinschaftsprojekte' als „Hilfe zur Selbsthilfe" werbemäßig gut verkaufen, und wir in der 3.-Welt-Solidaritätsarbeit einen Schwerpunkt auf Selbsthilfegruppen als wichtigen Ansatz zur Veränderung hin zur Selbstverwaltung und Selbstorganisation unterstützen – so müßte es sich radikal um jeweils etwas anderes handeln.

Aber, die „Alternativszene" ist da z.T. sehr naiv. Fortschrittliche Lehrer finden Kinderpatenschaften „hilfreich und menschlich", da wird weiter Kaffee aus Guatemala (zur Unterstützung der Genossenschaft FEDECOCAGUA) getrunken, obwohl auch der GEPA (als Einkaufsorganisation) klar ist, was von der Solidaritätsbewegung zu Guatemala mehrmals aufgezeigt wurde: daß die frühere Idee der Kleinbauernunterstützung in der Praxis nicht mehr existiert. Da werden z.T. unreflektiert „Selbsthilfeprojekte" von Indio-Organisationen wie die MITKA (Bolivien) unterstützt (z.T. Siedlungsprojekte vom Hochland in den Urwald, wo die dort lebenden Indianer vertrieben werden) (1), ohne zu bedenken, daß solche Organisationen als „Spaltpilze" (gegen ein Bündnis der unterdrückten Bevölkerung vom Hoch- und Tiefland, Minenarbeiter, städt. Proletariat, etc.) dienen. Aber wer auf „kosmologische Erleuchtungen" steht, der findet das gut, weil „indianisch" ...

Da werden aus politischen Gründen Selbsthilfeprojekte unterstützt, ohne zu wissen, daß dahinter beispielsweise eine einzige Partei steht, die solche Projekte „macht", um auf diesem Weg ihre Parteikader damit zu finanzieren. Heißt das jetzt: Finger weg? Nein! Es heißt, sich immer mehr bemühen, Klarheit darüber zu bekommen, wie denn die Praxis aussieht, die sich „Selbstverwaltung" oder Selbsthilfe nennt.

Weiter ist wichtig zu sehen, daß „Selbsthilfe-Arbeit" (nach Paulo Freires pädagogischem Ansatz) niemals neutral ist. Entweder hilft sie mit, die ungerechten Strukturen zu zementieren, oder sie ist ein Element zur Veränderung dieser Strukturen.

Selbsthilfe-Kriterien:

Wer meint, „Selbsthilfe" hieße, die „Randgruppen" in die Gesellschaft zu integrieren, geht von einer falschen Vorstellung aus, die annimmt, Selbsthilfe sei was für bestimmte Randgruppen. Damit wird ausgesagt: die vorhandene Gesellschaft sei „eigentlich" schon akzeptabel, aber am Rand, ja da würde es Probleme geben. Diese „Randständigen" machen aber 90 % der Bevölkerung Haitis, 70 % der von Guatemala, 60 % der von Peru, etc. aus. Diese sog. „Randgruppen" sind Gebilde **innerhalb** der herrschenden Struktur, sind Wesen, Opfer struktureller Gewalt. Und so kann Hilfe zur Selbsthilfe nicht darin liegen, zu versuchen, sie in die unterdrückenden Strukturen ‚einzugliedern".

Eine wirkliche Humanisierung und eine Hilfe zur Selbsthilfe wie ich sie verstehe, kann nur so aussehen: es muß eine Veränderung der unmenschlichen Strukturen angestrebt werden. Die Schritte dahin sind sehr unterschiedlich, je nach Situation des Landes. Wie können die Schritte dann aussehen?

Große Erwartungen werden in die Genossenschaften gelegt. Daher an dieser Stelle einige Anmerkungen dazu.

Der Reformismus in Lateinamerika – die Genossenschaften?

Es ist wichtig, in der Diskussion im Bereich der selbstverwalteten Projekte, im Wandelsblatt intensiver auf die Genossenschaftsfrage (in Lateinamerika) einzugehen, weil die Genossenschaftsidee in selbstverwalteten Projekten in unserer Krisensituation verstärkt (wieder) als Lösungsansatz gesehen wird.

Ich beziehe mich auf eigene Erfahrungen und auf die Ergebnisse einer intensiven Studie von Falls Borda, einem wichtigen und engagierten kolumbianischen Soziologen.

1. Die Genossenschaftsarbeit hat in Lateinamerika keine strukturellen Reformen, sondern höchstens begrenzte Reformen erreicht. Und somit stellt sich die Frage, ob diese begrenzten Reformen ein Beitrag zur Änderung der Gesellschaft sind oder echte Veränderungen verhindern. Die Ausbesserung am sozialen Gebäude kann so aussehen, daß die Probleme dieses Gebäudes zugedeckt werden (Fassadenanstriche) oder es kann ein schrittweises Arbeiten an einer Veränderung dieses Gebäudes sein (Mietersanierung).
2. Es gilt, einer Möchtegern-Vorstellung entgegenzuwirken, die das Genossenschaftswesen als Basisinitiative in Lateinamerika darstellen will. Generell ist zu sehen, daß das Vorantreiben der Genossenschaftsbewegung in Lateinamerika einen politischen Beweggrund hat. Es ist eine Möglichkeit, eine unruhige Bevölkerung damit zu beruhigen, zu helfen, damit diese auf die Schläge, die sie von den unterdrückenden Strukturen laufend erhält, „genossenschaftlich-selbsthelfend" reagiert. Das ist die notwendige Reaktion des angeklagten und bedrohten Herrschaftssystems, das unterdrücken oder kontrollieren **muß**, will es nicht seine Macht aufgeben.
3. Die von Europa importierte Genossenschaftsideologie von der „politischen und religiösen Neutralität" der Genossenschaften ist ein Märchen aus 1000 und vielen Nächten. Die Genossenschaften, wenn sie für ihre Mitglieder den herrschenden Gruppen etwas „abtrotzen" wollen, kommen in politische und wirtschaftliche Kämpfe.
4. In der Praxis war es zu oft so, wie Falls Borda feststellte, daß die sozialen Machtverhältnisse nicht verändert wurden: so wurden (und werden) Führungspersonen von Genossenschaften oft von den herrschenden Eliten „übernommen", sprich: zu sich hochgekauft, erhalten ein hohes Gehalt und weitere Vergünstigungen (Firmenvertreter machen Geschenke...) und entfernen sich so immer mehr von der ursprünglichen Herkunftsgruppe, den Bauern, Elendsviertelbewohnern, etc.

Bsp. Funktionäre der guatem. Indio-Kaffee-Genossenschaft FEDECOCAGUA, die in der Hauptstadt arbeiten, erhalten 6-800 Quetzal (gleich Dollar) ein Promotor an der Basis 60-80 Quetzal monatlich. Die Antwort vom Präsidenten dieser Genossenschaftszentrale, Hernandez war, daß das ‚normale Strukturen' seien, die überdies in jeder Gesellschaft zu finden seien. (2)

AG SPAK Publikationen

PRODUKTIV–GENOSSENSCHAFTEN

Theorie, Erfahrungen und Gründungshilfen zu einer demokratischen Unternehmensform

Hg.: Burghard Flieger, unter Mitarbeit von Henry Kotek

339 S., m. Abbildungen, ISBN 3-923126-26-3, DM 24.-

Im ersten Teil des Buches wird das häufige Scheitern dieser traditionsreichen Unternehmensform analysiert. Anschließend stellen sich alte und neue Produktivgenossenschaften selbst vor. Der Rechtshilfeteil vervollständigt dieses Standardwerk.

5. Weiter wird in Produktions-, Handels- und Konsumgenossenschaften das Verhältnis Chef–Kunde nicht angetastet.
   Bsp: In Peru wurden nach einem Generalstreik eine große Anzahl Gewerkschaftsführer als „Rädelsführer" aus ihren Betrieben entlassen. Ohne Arbeit, ohne Sozialhilfe mit ihren Familien dastehend, kamen sie auf die Idee, eine Genossenschaft für Baumaterialien für die Hütten in den Elendsvierteln (Strohmatten z.B.) aufzuziehen. Sie erhielten von engagierten Gruppen einen Startkredit zum Einkauf der Materialien (ein Zeichen dafür, daß solche Selbsthilfe-Gruppen nicht total ohne „fremde Hilfe" auskommen können). Sie verkauften die Baumaterialien dann billiger als „normale Firmen". Aber sie mußten als klassenbewußte, wirklich auch für politische Veränderungen kämpfende Arbeiter jetzt „kapitalistisch" denken und handeln und ihren „Gewinn" machen, ihren Klassenangehörigen die Hölle heiß machen, wenn sie ihre Raten nicht zahlten ...
6. Die Genossenschaften konnten die Preisstrukturen von Nahrungsmitteln und Agrarprodukten nicht antasten. Zwischenhändler konnten teilweise ausgeschaltet werden und ein weiterer Vorteil war, daß die Genossenschaftswaage „richtig" ging, und das im Gegensatz zum Kleinhändler, die auch beim Gewicht betrügen, für den Kunden einen Preisvorteil darstellte.
7. Viele Genossenschaftsgründungen erfolgten durch kirchliche Institutionen in Konfliktzonen, um „etwas" zu tun, aber auch, um mit diesem „Etwas-tun" sich anbahnende revolutionäre Prozesse zu „lenken". In dieser Ideologie spielten sie die Rolle einer Beruhigungspille. Mir ist klar, daß hier differenziert werden muß, daß z.B. in Paraquay auch kirchlich unterstützte Genossenschaften „subversiv" sind und verfolgt werden. Es geht mir hier nur um das Aufzeigen einer wichtigen politischen Motivation für die Gründung von Genossenschaften.
   Verkürzt gesagt, so Falls Borda, entstand die Genossenschaftsbewegung in Lateinamerika als ‚3. Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus". Ihre Ideologen glaubten (und glauben – siehe Achberg), man könne so die Ausbeutung und Armut beseitigen. Was erreicht wurde, war durchaus eine bessere Kenntnis der sozialen Probleme und eine Stärkung des Willens, die Sache selbst in die Hand zu nehmen.
8. Viele Genossenschaften verfolgen eine „ausländische Linie", ohne das soziale, kulturelle und politische Erbe der Betrofffenen zu berücksichtigen. Die Genossenschaftsstruktur aus Europa ist kein Modell, das die Tradition der Indios/Indianer berücksichtigt.

Zum allgemeinen Selbsthilfebegriff

Beim Versuch der Definition von Selbsthilfe sind wir auf die Schwierigkeit gestossen, daß sehr unterschiedliche Ausprägungen von Selbsthilfe in der Praxis existieren: von Genossenschaften bis zu Organisationen der gegensaitigen Hilfe, von Alphabetisierungsprojekten bis zur Warenproduktion, von angepaßten bis zu Widerstandsprojekten. Dieses breite Spektrum unterschied sich in sehr vielen Merkmalen. So z.B. in ihrer Initiativentwicklung, ihren Zielsetzungen, ihrer inneren Organisation und äußeren Verflechtung mit den ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen, unter denen sie entstanden sind und weiter existieren.

Generell soll unter Selbsthilfe zunächst verstanden werden, daß sich Menschen zwecks Erhalt oder Verbesserung ihrer ökonomischen und sozialen Lage unter selbstbestimmter Zielsetzung in einer selbstgewählten Form zusammenschließen.

Zielsetzung ist zunächst die unmittelbare Befreiung von Not, denn die Subsistenzsicherung ist eine notwendige Voraussetzung der Selbsthilfe.

Die Produktion wird im städtischen oder landwirtschaftlichen Bereich betrieben, sie orientiert sich an den eigenen Bedürfnissen und schließt sowohl Gebrauchswert wie auch Warenproduktion ein. In einem weiteren Sinne ist hierunter auch die kulturelle und politische Arbeit zu verstehen.

Der innere Aufbau der Projekte zeichnet sich durch demokratische Prinzipien aus und nutzt den Gedanken der Kooperativität und Solidarität.

Unsere Definition umfaßt bewußt sehr unterschiedliche Arten von Selbsthilfeprojekten, um nicht schon von vornherein per Definition bestimmte Typen auszuschließen, die eventuell ein noch nicht entdecktes dynamisches Potential bergen.

Versuch der Typologisierung von Selbsthilfegruppen in ihrem Verhältnis zum Staat

Selbsthilfeprojekte können wir nach den verschiedenen von uns genannten Merkmalen unterscheiden, wichtigste und hoffnungsvollste Kriterien sind dabei die Elemente des sogenannten dynamischen Potentials. Ökonomisch verankert sie zwischen den Polen kollektiver Subsistenzproduktion und kollektiver Warenproduktion.

Selbsthilfeprojekte entstehen aus einer Notlage, die für die Teilnehmer die subjektiv schwerste Belastung ist, die aber in näherer Zukunft als lösbar erscheint.

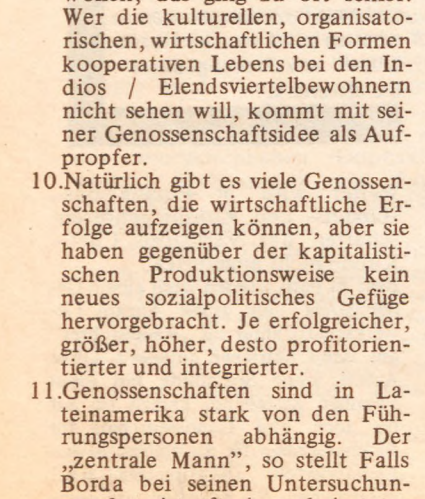
Bezogen auf ihre Dynamik durch ihr Verhältnis zum Staat, lassen sich folgende Typen festhalten:

- Projekte im Windschatten des Staates, die noch unentdeckt sind, sich stabilisiert haben, aber mit keiner weiterreichenden Dynamik ausgestattet sind
- integrierte Projekte, die vom Staat und seinem Interessenkonzept her unterstützt werden, sei es nun für ökonomische oder legitimatorische Zwecke
- Widerstandsprojekte, die die Ursachen ihrer Misere angehen und sich dabei auch gegen den Staat wenden (müssen). Vom Wollen der Basis her erscheinen sie als die energiereichsten und konsequentesten.

aus: Selbsthilfe – zum dynamischen Aspekt einer entwicklungspolitischen Kategorie. Studiengruppe „Selbsthilfeprojekte in der III. Welt, Univ. Bielefeld, Fakultät für Soziologie, Bielefeld, 1979

Bsp: Die Einführung der Genossenschaftsidee bei den Shuar (Ekuador) hat große Veränderungen gebracht. Die bisher vorherrschende soziale Struktur der Dorfgemeinschaften (und das nicht idealistisch gesehen) mit ihren Dorfversammlungen, mit Dorfvorstehern, mit eigenen ökonomischen Regeln etc. wurde durch die neue Struktur der Genossenschaft stark angegriffen und eher durcheinandergebracht als positiv weiterentwickelt.

9. Während die Genossenschaftsbewegung in Europa sich aus den ärmeren Schichten heraus entwickelte (und dann salonfähig verkrustete), kam sie nach Lateinamerika als „fertiges Produkt". Genossenschaften wurden von oben eingeführt, ohne Rücksicht auf vorhandene Organisationsstrukturen. Vielerorts wurden sie ohne vorhergehende Basisarbeit (wobei dann eine Genossenschaft als eine mögliche Organisationsform seitens der Betroffenen durchaus auch als sinnvoll gesehen werden könnte) von oben/außen aufgezwungen. Dafür gab es finanzielle Unterstützung, aus, fertig. – Eine wirkliche demokratische Beteiligung wurde so verhindert. Und mit der Bildungsarbeit, nämlich hinterher eine basisdemokratische Einsicht „anerziehen" zu wollen, das ging zu oft schief. Wer die kulturellen, organisatorischen, wirtschaftlichen Formen kooperativen Lebens bei den Indios / Elendsviertelbewohnern nicht sehen will, kommt mit seiner Genossenschaftsidee als Aufpropfer.
10. Natürlich gibt es viele Genossenschaften, die wirtschaftliche Erfolge aufzeigen können, aber sie haben gegenüber der kapitalistischen Produktionsweise kein neues sozialpolitisches Gefüge hervorgebracht. Je erfolgreicher, größer, höher, desto profitorientierter und integrierter.
11. Genossenschaften sind in Lateinamerika stark von den Führungspersonen abhängig. Der „zentrale Mann", so stellt Falls Borda bei seinen Untersuchungen fest, ist oft ein verheirateter junger Mann mit kleinem Landbesitz, mehr Möglichkeiten zur Weiterbildung (durch Lektüre), mit Neigung zum Neuen und gewissen Führungsqualitäten. Motivation war, die Stellung der Familie sowie das eigene Ansehen zu verbessern. Sie kamen dann auf „Fortbildungskurse" von Genossenschaftsinstitutionen (hinter denen meist ausländische Organisationen stehen) und bekamen dadurch ihren „Führerherrlichkeits-Experten-Dünkel" verpaßt. Die Folge ist, daß sie Neuerungen und Änderungen einführen, die nicht von den Genossenschaftsmitgliedern empfohlen wurden, sondern von ihren „Lehrmeistern". Wer solche Elemente nicht berücksichtigt, macht bewußt oder unbewußt viel zu viel kaputt.



Ordnung und Fortschritt
aus Resistencia, Brasilien
(AG SPAK, Löschen mit Benzin, Karrikaturen, Cartoons....)

Die schädlichsten Konflikte sind somit auch diejenigen, die um den Führungsanspruch entstehen. Damit zerfällt die Bewegung sehr schnell. In größeren Genossenschaftszentralen gibt es Widersprüche zwischen den existentiellen Interessen der Bauern und der von den Genossenschafts-Angestellten (Funktionären) verfolgten Politik. Vieles verselbständigt sich, größere Planungen werden oft als Sache der Techniker angesehen und die Mitglieder werden nur oberflächlich oder hinterher informiert. Die Kluft zwischen Genossen und Technikern wurden selten überwunden.

12. Die oft beschworenen Bande der Solidarität, das genossenschaftliche „Wir-Gefühl" bleiben eher oberflächlich und nehmen mit der Größe, der Ausdehnung auf andere Regionen, etc. weiter ab.
13. Teile der Genossenschaftsbewegung lernten durch leidvolle Erfahrungen, daß sie auf ihre eigene Stärke und das politische Bündnis der Unterdrückten vertrauen müssen und nicht auf die „Hilfe" der bestehenden Machtgruppen hoffen dürfen. Solche Genossenschaften waren auch nicht mehr benützbar als „Spaltpilze" der sozialen Bewegung. – Für mich sind in Teilen der Genossenschaften Ansätze für eine echte und revolutionäre Änderung vorhanden. Das trifft vor allem zu auf diejenigen Genossenschaften, die die Einheit in der Aktion suchen und die sich als Teil einer SELBSTORGANISATION in einem System der SELBSTVERTRETUNG organisieren.

Selbsthilfe zur Kanalisierung ...

Wenn ein Großteil der Genossenschaften dazu dienen soll, die Integration als Lösung anzubieten, so ist ähnliches im „offiziellen" Selbsthilfebereich zu sehen. Während meiner Entwicklungshelferzeit in Peru beschäftigte ich mich mit Fragen der Herkunft des Selbsthilfe-Ansatzes in neuerer Zeit. (3) In kurzer Form möchte ich darstellen, daß darauf (über die Kirche, über die Konrad-Adenauer-Stiftung usw.) einen starken Einfluß die chilenische Christdemokratie hatte. Sie wollte mit ihrer „promocion" die Armen (Marginalbevölkerung) **mobilisieren.** Ausgangsbasis war, daß diese unfähig sind, ihre Situation selbst zu verändern. Wer meint, die Unterdrückten seien nicht fähig zu einer verändernden Praxis und bräuchten eine "Emanzi-pulation", wer mit Manipulation, Elementen kultureller Invasion, mit ‚Beratern', die den Leuten die ‚Zivilisation' schmackhaft machen sollen, arbeitet, macht eine „Hilfe zur Selbsthilfe", die diesen Namen nicht verdient.

Stoßrichtung oder auch Ziel dieser Ansätze ist, eine Kanalisierung der Aktivitäten der Betroffenen und eine Spaltung der unterdrückten Bevölkerung zu bewirken, wie wir es vorher bei der Genossenschaftsbewegung schon gesehen haben. Wer mit einem solchen „Hilfskonzept" arbeitet, will sich lediglich die Finger an den Unrechtsstrukturen schmutzig machen. Das steht in der Tradition z.B. der "Allianz für den Fortschritt"; sein Interpret ist J.F. Kennedy:„ Wie können wir die Wenigen, die reich sind, retten, wenn wir nicht den Vielen, die arm sind, helfen". (4)

Solche Selbsthilfe-Förderung heißt: Nur soviel (an sozialen Konflikten) ändern, damit sich nichts Wirkliches an den Strukturen ändert.

Dieser Ansatz findet sich bei uns leider am häufigsten. Wenn der SPD-OB von München einen Antrag auf Städte**partnerschaft** mit Managua ablehnt, und meint, eine **Paten**schaft sei angebrachter, so ist das die Ideologie, die den Industriestaaten entspricht, aber überheblich und borniert ist. Wenn die Münchner SPD-Fraktion eine Städtesolidarität will und in ihrer Begründung von „sozialpolitischem Konfliktpotential" zwischen 1. und 3. Welt spricht, so könnte dafür eine andere nordamerikanische „Größe" ideologisch Pate gestanden haben. Der ehemalige US-„Verteidigungs"-Minister und jetzige Präsident der Weltbank sagte: „Wo es eine Handvoll Privilegierter und ein Millionenheer verzweifelter Armer gibt, ist es nur eine Frage der Zeit, wann eine Entscheidung zwischen den politischen Kosten einer Reform und dem politischen Risiko einer Rebellion getroffen werden muß".

Selbstausbeutung -- und dann ...?

Es ist richtig, daß die Aktionen der **selbstorganisierten** Selbsthilfe (Schulbau, Sanitätsposten) eine wichtige Möglichkeit in der 3. Welt darstellt, überhaupt etwas zu schaffen, was zu einem menschenwürdigen Leben beiträgt. Aber dabei darf es nicht stehenbleiben. Im Moment ist es so, daß großen Teilen der Bevölkerung nur die Möglichkeit bleibt, durch Selbstausbeutung ihre Versorgungseinrichtungen zu erstellen oder keine zu haben. Es kann aber nicht angehen, diese Selbstausbeutung zu einem Konzept der „Selbstentwicklung" umzudeuten,

Gemeindeversammlung / Peru Foto: carmen barrantes

wie es von offiziellen Stellen gemacht wird. (Die Reichen bauen sich ihre Schulen nicht selber). Selbsthilfegruppen müßten sich so organisieren und so zusammenarbeiten, daß sie als Unterdrückte sich der Ursachen ihrer unmenschlichen Lebenssituation bewußt werden, um ihre berechtigten Forderungen gegenüber den staatlichen Stellen einklagen zu können. Selbsthilfegruppen haben in den einzelnen Ländern und auch in einer „befreienden Ausrichtung" unterschiedliche Funktionen:

Sie können (z.B. in Chile als sogenannte Volksküchen) schlicht das Überleben ermöglichen – und fördern die gegenseitige Solidarität. Sie können als Teile christlicher Basisgemeinden z.B. in Brasilien Kinderkrippen aufbauen und Streiks mittragen. Sie können z.B. als autonome Bauernwehren in Peru sich gegen den von den Behörden stillschweigend geduldeten organisierten Viehdiebstahl verteidigen und neue Entscheidungsstrukturen in ihrer Region schaffen. Sie können sich z.B als Hausmädchen in Gewerkschaften zusammenschließen, um sich gegenseitig zu helfen, Abendschulen zu organisieren, rechtliche Hilfestellungen zu geben und Öffentlichkeitsarbeit zu machen.

Es können aber auch Lebensmittelspenden aus US-Überschüssen (Weizen als Waffe) über konservative kirchliche Sekten an Elendsviertelbewohner verteilt werden, wenn diese sich den „Spenden-Adventisten" etc. anschließen und nach deren Regeln „Hilfe zur Selbsthilfe" motiviert werden, daß sie „Projekte" durchziehen, die von auswärts geplant werden (food-for-work-Programme), wobei der Hunger die Menschen zwingt, solche unmenschliche und erniedrigende Mitarbeit hinzunehmen, und dann noch für die Werbebroschüren rechter Gruppen dankbar Hände zu schütteln.

Sie können als abhängige Kleinbauern so in Genossenschaften organisiert werden, daß nicht sie das Sagen haben, sondern korrupte Funktionäre oder „Experten" mit einem Monatsgehalt von 3-4000 Mark – und alles, damit die betroffenen Bauern im Jahr 5 Dollar mehr verdienen. So kann Frauenarbeit, z.B. kunsthandwerkliche Produktion, als „Selbsthilfe" deklariert werden, auch wenn sie völlig von ausländischen „Helfern" bestimmt wird, wodurch sich der europäische Geschmack und Markt in Farben und im Design aufdrängt, bis hin zur Herstellung von handgestrickten Eierwärmern für den europäischen bürgerlich-liberalen oder auch alternativen Frühstückstisch.

So kann als „Selbsthilfe" verkauft werden, wenn in Ekuador Indianergemeinschaften dazu animiert werden, den Urwald, ihre Lebensgrundlage, zu roden, um eine neue Ölpalme (palma africana) anzupflanzen. Mehr Einkommen soll ihnen das bringen. Klar ist jetzt schon, daß die hinter diesem Mammutprogramm stehenden Multis die Rodung des Urwaldes nicht zahlen wollen, und wissen, daß sie aufgrund der Marktgesetze das gerodete und neu bepflanzte Land billig aufkaufen können. Die Indianer können in Konkurrenz zu den Konzernen ihr Palmöl nicht günstig verarbeiten und vermarkten und werden billige Arbeitskräfte der Konzerne sein ..... wenn all diese Betroffenen sich nicht gegen diese Manipulationsvorhaben wehren und die schwierige Aufgabe der SELBSTORGANISATION nicht angehen.

H. Schulze

(1) Flugblatt „Tawantinsuyo" der Münchner Gruppe der GfbV, 1984
(2) Schulze, Heinz; Sozialarbeit in Lateinamerika – Solidarisieren – nicht integrieren, Publ. d. AG SPAK, Mü, 1984, S. 65.
(3) s.o.
(4) s.o.

zu Seite 7

Literaturhinweis:
Wer sich genauer informieren will kann dies tun im:
- **FORUM 24/84, in dem man einen ausführlichen Artikel von H. D. Engelhardt zu „Selbsthilfegruppen in der sozialpolitischen Auseinandersetzung" finden. Zu beziehen ist das FORUM für DM 2,50 plus Versandkosten bei der AG SPAK Bundesgeschäftsstelle, Kistlerstraße 1, 8000 München 90**

oder in unseren Büchern

- **ALTERNATIVEN ZUM IRRENHAUS (aus der Arbeit von Beschwerdezentren KOMMRUM, Aktionskreis 71) AG SPAK Publikation, DM 12,80**
- **UNSER WIR (Erlebnisbericht vom Leben und Arbeiten in einer Jugendwohngemeinschaft) KOST, Bezug siehe oben, DM 7,–**

WÜNSCHE, WISSEN, WIDERSTAND

Selbsthilfegruppen diskutierten mit Politikern und Experten

Grundlage des Buches sind einige zentrale Ergebnisse des Hamburger Forschungsprojektes „Gesundheitsselbsthilfegruppen". Auf einer Abschluß-Tagung dieses Projektes („Gemeinsam sind wir stärker – Leben und Lernen in Selbsthilfegruppen") mit ca. 70 Selbsthilfegruppen und 3.000 Teilnehmern wurden ausgewählte Ergebnisse zur Diskussion gestellt. Dabei trat allerdings die Forschung zunehmend in den Hintergrund. Stattdessen entwickelte sich die Veranstaltung zu einem Forum der Hamburger Selbsthilfegruppen, auf dem sie ihre Wünsche, ihr Wissen, ihren Widerstand in die Öffentlichkeit bringen und untereinander austauschen konnten. Das Buch will – unter anderem – auch dazu anleiten und ermutigen, andernorts ähnliche Veranstaltungen durchzuführen.

Es enthält:
– mehrere öffentliche Diskussionen zwischen Selbsthilfegruppen, Professionellen und Politikern,
– Informationen von Selbsthilfegruppen sowie in- und ausländische „Kontakt- und Informationsstellen" zur Unterstützung von Selbsthilfe,
– Informationen zur Durchsetzung von Patientenrechten und zur Finanzierung von Selbsthilfe-Initiativen,
– Erfahrungen aus der Öffentlichkeits- und Kulturarbeit von Selbsthilfegruppen.

Wünsche: „Also bitte: uns nicht die Lorbeerkränze umhängen, um uns Wohlverhalten und Kooperation abzuverlangen. Das wäre ein Mißverständnis, das wollen wir nicht. Wir wollen zusammenarbeiten, aber unsere Betroffenheit muß obenan stehen!"

Wissen: „Wir verlangen lediglich, daß wir auch mal gehört werden, daß unsere Anliegen, ja unsere Erfahrungen mit bestimmten Medikamenten auch einmal angenommen werden. Es steht fest, daß beispielsweise Oxytozin eine sehr schlechte Wirkung haben kann bei falscher Anwendung. Und die wenigsten Ärzte können wahrscheinlich das Oxytozin richtig anwenden, sonst würde es nicht ganz so viele geburtsgeschädigte Kinder geben."

Widerstand: „Müßte nicht der erste Schritt sein, zu überlegen: Wie können wir die Versorgungsmängel beseitigen? ... Was geändert werden müßte, ist zum Beispiel das System, nach dem derjenige Arzt finanziell bestraft wird, der so dumm ist, sich viel Zeit für seine Patienten zu nehmen."

Diese Äußerungen werfen so manche Klischee-Vorstellung von Selbsthilfegruppen über den Haufen. Der Vorwurf (oder manchmal auch: Wunsch), Selbsthilfegruppen betrieben nur „Nabelschau", stimmt nur sehr selten mit der Wirklichkeit überein. Viel wichtiger ist den meisten Selbsthilfegruppen ihre „Aussenpolitik". Sie wollen

ihre Wünsche, ihr Wissen
ihren Widerstand

öffentlich zur Geltung bringen. Dabei sind sie auf „Verbündete" angewiesen
– unter den professionellen Helfern,
– in der Sozialpolitik
– und in den Medien.

Wie Kooperation **und** Konflikt mit Professionellen, Politikern und öffentlichen Medien aktuell aussehen und in Zukunft gestaltet werden könnten – das ist das Thema dieses Buches.

128 Seiten, mit Abbildungen und Dokumenten, Unkostenbeitrag: DM 7.-- (Mengenrabatt auf Anfrage) Bestellungen an: KISS, Gaußstr. 21, 2000 Hamburg 50

Die Ökobank und die Dritte Welt

Die Verelendung der Dritten Welt

Luxus, Konsumzwänge, eine sich ständig überholende Technologie, Wachstumsfetischismus und Renomnierprojekte aller Art werden in diesem Land in glänzender Weise verbunden mit der Zerstörung der natürlichen Grundlagen des Wirtschaftens, mit Umweltzerstörung, mit Ausbeutung und mit Verringerung der Lebensqualität.

Aufrechterhalten kann sich dieses System der ökonomischen Irrationalität nur durch eine für die Menschen dieses Landes noch sinnlosere Kriegswirtschaft und durch brutale Ausbeutung der Dritten Welt.

Weil die diesem wunderbaren System zugrundeliegenden „Marktmechanismen" und die politische Aufzwingung von Kriegsmaterial nicht mehr ausreichen, die Ausbeutung der 3. Welt soweit zu steigern, daß das Wirtschaftssystem der Industrieländer nicht zusammenbricht, hat man vor einigen Jahren die volle Wirksamkeit des Weltwährungsfonds (IWF) neuentdeckt. Inzwischen ist es jedermann/jederfrau klar, daß durch die Politik des IWF einige zig-Millionen Menschen in der Dritten Welt bereits verhungert sind oder kurz vor dem Hungertod stehen.

Die Ursachen der Verschuldung der 3. Welt und die ökologischen Folgen

Vermag alleine die Politik des IWF in so kurzer Zeit, soviel Elend in der Welt zu produzieren? Nein. Hierzu ist der IWF nur eines der Instrumente, das in der momentanen Situation allerdings am „effizientesten" eingesetzt werden kann. Die Ursachen liegen in der Art und Weise, wie die Länder der 3. Welt in das internationale Wirtschaftssystem eingebunden sind. Diese Eingebundenheit vollzieht sich letztlich durch den Einsatz von Technologien, die in der Lage sind, die gewachsenen Wirtschaftsstrukturen dieser Länder zu zerschlagen.

Weil die Entwicklungsländer nun völlig deformierte Wirtschaftsstrukturen haben, weil die diesen Strukturen zugrundeliegenden unangepaßten Technologien nur von den Industrieländern zu astronomischen Preisen bezogen werden können, weil jene Länder das Geld hierfür nicht aufbringen können, weil die Industrieländer zur Erhaltung der eigenen Wirtschaftsstrukturen aber auf den „Verkauf" dieser Technologien an die Dritte Welt angewiesen sind, deswegen muß der IWF herhalten: Nur so wird es nämlich möglich – trotz allem – diese ungeeigneten Technologien den Entwicklungsländern zu liefern.

Die ‚Logik' ist also klar: Je mehr die Dritte Welt verschuldet ist, umso länger kann ihre Ausbeutung andauern und umso länger kann verborgen gehalten werden, daß in den Industrieländern eine Wirtschaftsstruktur, die durch ebensolche unangepaßte Technologien gekennzeichnet ist, künstlich aufrechterhalten wird. Daß dieses System den Menschen der Industrieländer letztendlich auch keinen Nutzen bringt, ist dabei ohne Bedeutung.

Die Anwendung dieser unangepaßten Technologien hat also zur Folge, daß sowohl in der Dritten Welt als auch in den Industrieländern die Umweltzerstörung so schnell vorangetrieben wird, daß allmählich die ökologische Grundlage des Wirtschaftens überhaupt unwiderruflich zerstört wird. „Global 2000" und die zahlreichen Studien, die sich daran anschlossen, belegen dies allzu anschaulich, als daß hierüber noch Zweifel aufkommen könnten.

Was folgt daraus für unser Handeln?

Was kann beispielsweise die Ökobank in dieser Situation tun? Ganz einfach: Die Ergebnisse dieser Studien ernst nehmen, wirtschaftliches Handeln fordern, wo derzeit ökonomische Irrationalität herrscht, nur noch Betriebe fördern, die hier und anderswo angepaßte Technologien anwenden und keine, die das Wirtschaften langfristig unmöglich machen.

Ein solches Wirtschaften und eine solche Angepaßtheit der anzuwendenden Techniken können aber nur ökologisch sein. Das geforderte Handeln ist aber in keinster Weise technologiefeindlich, im Gegenteil, es setzt voraus, daß alle technischen Errungenschaften einbezogen und weiterentwickelt werden. Es setzt voraus, daß hier die letzten wissenschaftlich-technischen Erkenntnisse auf jeden Fall Berücksichtigung finden, daß die neuentwickelten Techniken zweifelsohne Anwendung finden, falls es sich tatsächlich um sinnvolle Errungenschaften handelt. Ihre Anwendung hängt also nur davon ab, ob sie gesamtwirtschaftlich auch finanzierbar und ob sie ökologisch sinnvoll sind, d.h., ob sie in die jeweils vorfindbare Wirtschaftsstruktur eines Landes und auf Weltebene passen. Gefordert wird also, daß das derzeit praktizierte irrationale Wirtschaften einem ökonomisch-rationalen System weicht, daß sich ein ökologischer Kreislauf zur Erhaltung der natürlichen Grundlagen des Wirtschaftens einstellt.

Was kann die Ökobank zur Verbesserung der Lage der 3. Welt tun?

Die DM 2.500 Mrd. Scheinschulden der Entwicklungsländer an die Industrieländer werden mit Sicherheit nicht so bald gestrichen werden, sondern die Entwicklungsländer weiterhin bedrohen. Daran kann auch die Ökobank nichts ändern. Und wenn die Ökobank in absehbarer Zeit einige Pilotprojekte im Bereich der Anwendung angepaßter Technologien in der 3. Welt finanzieren wird, so wird das sicherlich ein Zeichen der Hoffnung, nicht aber der Eröffnung neuer Perspektiven für diese Länder sein.

Entscheidender für die Entwicklungsländer ist die Veränderung der Strukturen hier. Die Anwendung angepaßter Technologien hier bewirkt nämlich mittelbar eine günstigere Entwicklung in der Dritten Welt. Ein Beispiel: Der Einsatz, der durch Billigfutter aus der Dritten Welt ermöglichten Fleisch- und Milchproduktion durch biologische Fütterung hätte unverkennbare Auswirkungen auf die Wirtschaftsstrukturen jener Länder. Die derzeitigen unangepaßten Technologien der Monokulturen würden eigenbedarfsorientierten, angepaßten Technologien weichen, und gleichzeitig könnte die Lebensqualität der Menschen hier erhöht werden.

Sicherlich wird das Wenige, das die Ökobank in dieser Hinsicht unternehmen kann fast unbedeutend sein, verglichen mit dem, was die Länder der 3. Welt durch die Politik der anderen Banken z.Zt. an Last zu tragen haben. Wichtig ist aber, daß sie diesen Schritt tut. Wichtig ist, daß sie ein Zeichen gibt, wie an dieser Situation etwas verändert werden kann.

Inwiefern dieses Zeichen erkannt und ernst genommen wird und inwiefern daraufhin weitergehende politische Entscheidungen getroffen werden, sind Fragen, die in den größeren Rahmen des gesamtgesellschaftlichen Wandels einzuordnen sind. Aufgabe der Ökobank ist es, nie nachzulassen, darauf zu drängen, daß solche Entscheidungen auch getroffen werden.

Das soll der ‚kleine' Beitrag der Ökobank sein: Zu helfen, daß die Bewegung den Stein einer neuen Weltwirtschaftsordnung etwas schneller ins Rollen bringt.

Thomas Maus

Das Geschäft Deutscher Banken mit dem Elend der 3. Welt

	Eigenkapital (Mrd DM)	Kredite an sogenannte Umschuldungsländer 1983 in Mrd. DM	% d. Eigenkapitals
Deutsche Bank	6,772	7,1	105
Dresdner Bank	3,527	5,2	147
Commerzbank	2,894	7,6	263

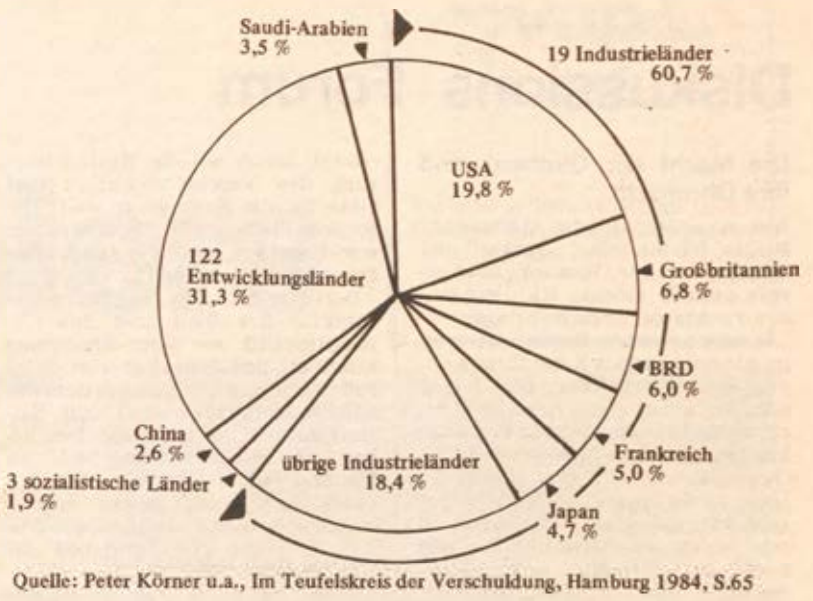
Quelle: Die Zeit, 13.4.84

Was soll geschehen, wenn die Schuldnerländer nicht mehr zahlen können?

„Das wissen wir schon zu verhindern – und zwar mit den reichlichen Gewinnen aus den Schuldnerländern".

Der ‚demokratische' Ausverkauf der Dritten Welt:

Verteilung der Stimmrechte im IWF



Quelle: Peter Körner u.a., Im Teufelskreis der Verschuldung, Hamburg 1984, S.65

„Die Entwicklungsländer betteln doch geradezu um jeden Kredit des Internationalen Währungsfonds (IWF) ...
... und sie dürfen im IWF auch mitentscheiden": Mit 31,3 %! ...

Durch Verschlechterung der Austauschpreise zum Teufelskreis der Verschuldung

Entwicklungs-HILFE!!!...

Quelle: iz3W, Nr. 121, Nov. 1984, S.32

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

KONTAKTADRESSEN

Gerd Nowakowski, Skalitzerstr. 34, 1 Berlin 36, Tel. 030-6185929-4609232
CCS-GmbH, Schwanenwick 32, 2 Hamburg 76, Tel. 040-2202058.
Richard Schmid, Bahnhofstr. 30, 23 Kiel 14, Tel. 0431-737829.
Alf Baumhöfer, Lindenallee 4, 29 Oldenburg, Tel. 0441-76636/)4486-1565.
Werner Daldorf, Hainholzweg 11, 34 Göttingen, Tel. 0551-45071.
Dr. Karl-Heinz Brendgen, Schlesischestr. 81, 4 Düsseldorf, Tel. 0211-221642.
Hartmut Schilling, Alte Kirchstr. 1a, 4950 Minden, Tel. 0571-24339.
Werner Noll, Fasanenweg 11, 5414 Vallendar, Tel. 0261-65142.
Buchhandlung im Gegenlicht, Pferdemarkt 11, 55 Trier, Tel. 0651-76580.
Gerhard Kern, Dörwiese 4, 5552 Morbach Tel. 06533-3534.
Freunde und Förderer der Ökobank e.V. Niederurselerstr. 7, 637 Oberursel.
Gerhard Ackermann, Maßenberg 35, 66 Saarbrücken, Tel. 0681-78972.
Dieter Wallberg, Hauptstr. 66, 6901 Dossenheim, Tel. 06221-85762.
Oliver Förster, Amstetter Str. 27, 7 Stuttgart 61, Tel. 0711-427879.
Andreas Rupp, Reutlinger Str. 13, 7412 Eningen, Tel. 07121-81494.
Dr. Michael Berger, Sundgaualle 55, 78 Freiburg, Tel. 0761-85161.
Thomas Wiedenhöft, Holsteinerstr. 12, 85 Nürnberg 90, Tel. 0911-317047.
Klaus Fischer, Meierndorf 24, 8802 Burk Tel. 09822-5086.
Papyrus, Riedingerstr. 24/F16b, 89 Augsburg, Tel. 0821-414880.
Eduard Bühler, Ankergässle 8, 8960 Kempten, Tel. 0831-13193.
Reinhard Böttger, Wilhelmstr. 28, 8 München 40, Tel. 089-396223.

Ökobank

Diskussions-Forum

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Die Macht der Ökobank und ihre Ohnmacht

Was nun, Macht oder Ohnmacht? Beides! Ich bin selbst „Banker" und Mitglied bei der Ökobank, aber gerade deshalb möchte ich diese beiden Punkte zur Sprache bringen.

Die bestehenden Banken können, gerade bei knapper Kasse ihres Kunden, Macht ausüben. Die Bilanz wird analysiert und schnell heißt es, zu wenig Umsatz, zu hohe Personalkosten, schlechtes Management. Die Ökobank tut so etwas nicht? So lange es ihr und ihren Kunden gut geht wahrscheinlich nicht! Aber ich sehe auch wie schnell es heißen wird: „Die paar Mark von „Individuum" und „Alternativbetrieb" kann die Ökobank doch wegstekken. Dann werden Zinsen und Spesen plötzlich nicht bezahlt. Pleiten stehen an, die Bank wird übers Ohr gehauen. Die bestehenden Banken singen dieses Lied zur Zeit. Da werden die Abschreibungen schon wichtiger genommen als der Rohertrag. Die Ökobank wird es nicht leichter haben als andere, im Gegenteil. DM 6 Mio Eigenkapital sind ein Witz, wenn Kosten und Pleiten anrollen.

Nun, wenn's so geschieht, muß man halt sparen, oder? Wie macht eine Ökobank das? Gehälter kürzen, unbezahlte Überstunden, einen größeren Computer, Einlagenzinsen senken, Kreditzinsen erhöhen, Gebühren erhöhen? Was sagt die Scene dazu? Und was sagen wir erst, wenn die Ökobank bei Pleiten „Sicherheiten verwertet". Auf gut Deutsch: gegebene Bürgschaften einfordert, den Gerichtsvollzieher schickt, das Haus versteigert, die Maschinen pfändet. Oder wenn sie kein „frisches" Geld geben will, die böse Bank.

Ist die Bank „böse", geht so mancher Betrieb pleite bzw. wird es teilweise bös knirschen und die Scene kocht. Ist sie „lieb" geht sie fürchterlich schnell selbst auf den Abgrund zu. Ich bin wohl ein Schwarzmaler. Nicht's von Solidaritätsaktionen und den viel selteneren Pleiten von Alternativbetrieben. Ich bin auch ein altes Sparbrot, für den Flugblätter schon „unökologisch" sind. Aber ich finde es wichtig über diese Dinge, die unter den Ökobankern sicher besprochen wurden auch in der allgemeinen öffentlichen Diskussion zu sprechen. Ich hoffe jedenfalls sehr, daß die Leitung der Ökobank einmal aus sparsamen, vorsichtigen und dickfelligen Typen besteht. Ich schlage vor, daß Gewinne, und das Wort benutze ich bewußt, erwirtschaftet werden, die als Rücklagen für die harten Belastungen zur Verfügung stehen, die mit Sicherheit kommen werden.

Für mich mißt sich die Ökobank nicht an ihren Zinssätzen, sondern an den aufgezeigten Verhaltensweisen. Dieser Artikel soll ein konstruktiver Beitrag, ein Anstoß dazu sein.

Rolf Novy-Huy
Rheinstr. 11
6208 Bad Schwalbach
Tel: 06124/12802
(am besten zwischen 17.30 h und 19.30 h)

KLARE SICHT

Lieber Gerd Nowakowski,

Dein Albtraum, die Ökobank könnte, wenn wir sie endlich haben werden, eine zentralistische Managerstruktur bekommen, wie die BfG oder eine „ordinäre Genossenschaftsbank" ist einer, den man ernstnehmen muß.

Aber: zwar haben wir die Satzung des Vereins „Freunde und Förderer der Ökobank" erst auf Anregung der Stattwerke-Fraktion regionalisiert, für die Bank selbst jedoch hatten wir uns schon vorher ohne diese Anregung Strukturen dezentraler Kontrolle und Willensbildung überlegt. (Erste Überlegungen dazu sind in der weißen Broschüre vom August 1984 veröffentlicht.)

Das ist Dir aber auch bekannt.

Seit September 84 haben wir – vom Vorstand – in dieser Richtung nichts mehr veröffentlicht. Zunächst haben wir die Regionalisierung des Vereins diskutiert und Geld für die Bank gesammelt. Die Regionalisierung des Vereins haben wir diskutiert, weil wir den Verein zunächst mal ernstnehmen.

Der Verein ist der Ort, in dem die Struktur der Bank und ihre Geschäftspolitik vor ihrer Errichtung diskutiert und festgelegt wird. Jetzt haben wir einen Verein, in dem der alte Wasserkopfvorstand laut Satzung entmachtet ist. Außerdem haben wir mit der einen Seite im Wandelsblatt – oder wie es in Zukunft auch immer heißen mag – ein regelmäßiges Diskussionsmedium für jedes Vereinsmitglied zur Verfügung gestellt.

Bisher hat noch kein zukünftiger Landesverband und kein einzelnes Mitglied unsere Vorstellungen der dezentralen Kontrollmöglichkeiten der Bank aus dem August 1984 kritisiert.

Wenn die Veröffentlichung Deines Albtraums in der Januarausgabe des Wandersblattes keine Äußerungen zur Frage der Willensbildung der Bank provozieren kann, wird wohl wieder der Vorstand in der Märznummer seine Vorstellungen zur Diskussion stellen müssen.

Bis dahin sollten wir noch etwas Geduld mit unserem Verein und seinem Vorstand haben.

Helmut Richter

GRÜNDUNG eines Landesverbands in Rheinland-Pfalz?

Mitten im kalten Winter, mitten im Hunsrück und in der Mitte des Tages trafen sich, trotz vereister Strassen, immerhin 23 Ökobankaktivisten. Sie kamen aus so berühmten Orten wie Kaltenbronn, Rinsenberg und Konz. Aber auch Vertreter aus Simmern, Birkenfeld und Trier waren mit von der Partie. Letztlich war sogar die Landeshauptstat würdig vertreten. Die Dhrontaler hatten eingeladen, um mit den Befürwortern der Ökobank in diesem Bundesland zu überlegen, ob die Zeit reif ist, einen Landesverband zu etablieren.

Nach eingänglich allgemeinen Fragen und deren Beantwortung kamen wir sehr schnell dahin, daß einer Gründung eigentlich nichts mehr im Wege steht. Der Vorschlag, eine möglichst einfache Satzung zu formulieren mit dem eindeutigen Vereinsziel: Unterstützung der Ökobankgründung durch Mitgliederwerbung und Treugelder sammeln, wurde von den Anwesenden bejaht. Ein Satzungsentwurf, der vorlag, soll etwas überarbeitet und ergänzt werden. Das Vorhaben, den Verein der Freunde und Förderer der Ökobank, Landesverband Rheinland-Pfalz, noch am gleichen Tag zu gründen, wurde gedämpft durch den Einwand, daß sich vielleich doch Menschen übergangen fühlen, da die Einladungsfrist relativ kurz war. Außerdem sind einige Fragen mit dem Bundesvorstand abzuklären.

Die Gründungsversammlung ist nun vorgesehen für Ende Februar oder Anfang März im Tagungshaus Hunsrück – Ohlweiler Mühle – bei Simmern. Der genaue Termin wird noch bekanntgegeben.

Von den Dhrontalern wird noch die überarbeitete Satzung, das Protokoll der Sitzung am 13.1.85 und eine Einladung zur Gründungsversammlung rechtzeitig verschickt. Interessierte, die noch nicht Mitglied und/oder Genosse sind, dadurch auch nicht erfasst, können sich direkt an die Lebensgemeinschaft im Dhrontal werden und erhalten die gewünschten Unterlagen zugesandt. Anschrift: Dörrwiese 4, 5552 Morbach-Merscheid, Tel. 06533/35 34 Gerhard

Bisherige Kontaktadressen für Rheinland-Pfalz:
Buchhandlung im Gegenlicht, Am Pferdemarkt 11, 5500 Trier, Tel. 0651/765 80
LID – Gerhard, Dörrwiese 4, 5552 Morbach-Merscheid, Tel. 06533/35 34
Paul + Ulla Steinebach, Fustenburgstr. 7, 6540 Simmern, Tel. 06761/39 86
Lothar Simmsheuser, Römerstr. 12, 5489 Barweiler, Tel. 02691/73 18
Michael Erz, Moselweinstr. 17, 5551 Wintrich, Tel. 05634/6 34

Liebe Initiatoren der Ökobank!

Mit großem Interesse habe ich die Pläne zur Gründung einer Ökobank gelesen – ein überaus begrüßenswertes und dringend notwendiges Projekt. Bevor ich mich am Startkapital beteilige, möchte ich jedoch zwei grundsätzliche Bedenken zur Konzeption äußern, die vermutlich nicht neu sind, aber doch noch einmal überdacht werden sollten:

1. Wenn die Ökobank in der **Zinsfrage** nicht eigene Wege geht, nimmt sie sich selbst den Spielraum, positiv wirksam zu werden, und beteiligt sich überdies am nächsten Wirtschaftskollaps. Daß die Verzinsung von Kapital und Boden nicht nur die umwelt- und lebenszerstörende Hektik des Wirtschaftslebens verursacht, sondern auch immer wieder zu Zusammenbrüchen führen muß, die einen kleinen Teil der Menschen be- und den Großteil entreichern, läßt sich an folgender Rechnung unschwer nachvollziehen: Ein Pfennig im Jahre 1 zu 4 % Zins und Zinseszins angelegt, erbrächte im Jahr 2000 den Betrag von DM 1166 (32 Nullen). Die ganze Erde als Goldklumpen vorgestellt und zum Banksatz von DM 2784 pro Kilo bewertet, ergäbe lediglich den Wert von DM 167 (23 Nullen). Da der Wert von 7 Mrd. erdgroßen Goldklumpen nicht realisierbar ist, kann man sich ausmalen, in welch kurzen Abständen dieses völlig absurde Zinssystem zusammenbrechen muß, zumal es nicht nur auf einen einzelnen Pfennig, sondern auf Millionen- und Milliardenbeträge angewendet wird.

Wenn die Ökobank etwas anderes sein will als ein beliebig austauschbares Glied in unserer verhängnisvollen Geldordnung, darf sie nicht die üblichen **Haben-Zinsen** zahlen, sondern muß deutlich darunter bleiben und ihren Kunden überlassen, auf den Zins ganz zu verzichten oder ihn innerhalb einer niedrigen Spanne selbst festzulegen, der dann mit geringem Aufschlag an zu fördernde Kreditnehmer weitergegeben wird. Das übliche Haben-Zins-Niveau liegt bereits erheblich über dem, was alternative Betriebe an Schuldzinsen erwirtschaften können. Anleger bekommt die Ökobank trotzdem, und zwar umso mehr, je deutlicher sie macht, mit dieser Zinsregelung einen lebensnotwendigen Schritt in Richtung einer neuen Geld- und Bodenordnung zu tun.

Solange Sie zu dieser zentralen Frage widersprüchliche Äußerungen machen –

braues Faltblatt– üblicher Zins auf Bankeinlagen
grünes Heft: Erwartung, „daß eine Reihe von Sparern auf ihre eigene Zinsen ganz oder teilweise verzichten wird" –,

verfehlen Sie den Kern und Angelpunkt des Projekts und unterschätzen die Bereitschaft wichtiger Teile der Bevölkerung, den Teufelskreis von Zins, Habgier, Steuerhinterziehung, Überproduktion, Konsumzwang, Umweltzerstörung, Zusammenbruch und Verarmung zu durchbrechen und einen zukunftswesenden Schritt zu tun, wenn man nur dazu Gelegenheit gäbe.

Roland Geitmann

Lieber Roland Geitmann,

vielen Dank für Ihr Schreiben und der in Aussicht gestellten Unterstützung.

In wesentlichen Punkten stimme ich Ihrer Argumentation zu. Einschränkungen müssen meiner Ansicht nach nur da gemacht werden, wo Sie die „Bewegung" progressiver einschätzen als sie ist.

Die Ökobank wird sicher eine Alternative in der Bankenlandschaft darstellen. Dazu gehört auch, die Zinsfrage zu politisieren. Nur bedenken Sie bitte, daß schon sehr viele Projekte (einschließlich Parteigründungen) an ihrem progressivsten Ende gestartet sind und dann immer mehr Anpassungen zugeben mußten.

Wir werden es diesmal anders herum machen. Der Beginn setzt bei einem Konzept an, das gesellschaftlich verallgemeinerbar ist, um dann Schritt für Schritt, das antizipatorische Bewußtsein in eine transformative Praxis einzuleiten.

In bezug auf Geld bestehen ja ähnlich große Verdrängungsleistungen wie bei der Sexualität (von der ja der Geld-Warenverkehr abgeleitet sein soll). Es geht also um behutsame Vorgehensweise, um das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten.

Konkret heißt das, daß wir unverzinste Anlageformen propagieren, aber auch marktübliche anbieten – wenn es nun gar nicht anders geht, zumindest vorerst!

Herzliche Grüße
Lothar Witte

„ENGAGEMENT...."

Ihr schreibt in Eurer Broschüre im Kapitel über die Organisationsform: „Die Mitglieder der Ökobank-Genossenschaft gehören zu dem politisch aufgeklärten Teil der Bevölkerung und besitzen ein starkes gesellschaftliches Interesse und Engagement." Dieser Satz ist sachlich falsch, denn da ich Mitglied der Genossenschaft sein werde und weder ein gesellschaftliches Interesse (und nun schon gar kein starkes) noch ein Engagement „besitze", kann dieser Satz, wenn dem so ist, nur für den Großteil der Genossen, und, da ich hoffe, Frauen seien eingeladen, sich zu beteiligen, Genossinnen gelten. Über eine Wesenheit zu schreiben, die es noch nicht einmal gibt, birgt ja immer die Gefahr in sich, daß man seine eigenen Wünsche und Vorstellungen auf die noch zu schaffende Realität projeziert.

Georg Patzer

Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus der gp (Gewerkschaftspost; Zeitung der IG Chemie, Papier, Keramik) zum Thema „umweltfreundliches Recycling". Erschienen sind diese zwei Artikel in der Dezemberausgabe '84, bzw. in der Januarausgabe '85.

Ein offener Brief des Verbundes selbstverwalteter Betriebe für Umweltschutzpapier (vup) soll zu einer gemeinsamen Auseinandersetzung über dieses sicherlich schwerwiegende Thema anregen.

vup

Verbund selbstverwalteter Betriebe für Umweltschutzpapier

Die Tücken des Altpapiers

Umweltfreundliches Recycling hat auch seine Schattenseiten. Die Kollegen in der Papierindustrie bekommen es zu spüren in Form von Schwermetallen und anderen Schadstoffen.

Recycling heißt das Zauberwort. Gemeint ist damit die Wiederverwendung bereits benutzter Rohstoffe. Immer häufiger wird davon Gebrauch gemacht, um knappe und teure Rohstoffe zu sparen und gleichzeitig die Müllberge zu verringern. Nicht zuletzt auch in der Papierindustrie.

Über acht Millionen Tonnen Papier werden jährlich in der Bundesrepublik erzeugt. Dazu werden etwa 3,5 Millionen Tonnen Altpapier verwendet. Dieser Anteil von rund 43 Prozent ist kaum noch steigerungsfähig. Nicht nur das graue Umweltschutzpapier wird aus Altpapier hergestellt, sondern fast alle Verpackungspapiere. Aber auch in weißen Zeitungs- und Schreibpapieren sind häufig erhebliche Anteile an Altpapier enthalten, das vorher in einem „Deinking-Verfahren" von Druckfarben befreit wurde.

Doch diese rohstoffsparende Entwicklung hat auch Schattenseiten. Zum Beispiel für die Beschäftigten in der papiererzeugenden Industrie. Darüber unterhielten sich auf einer Fachtagung über Altpapieraufbereitung **Betriebsräte aus betroffenen Unternehmen mit Vertretern der IG Chemie-Papier-Keramik**, der Papiermacher-Berufsgenossenschaft und **sachkundigen Wissenschaftlern**. Die Tagung Ende Oktober in Malsch bei Karlsruhe wurde von der Projektgruppe „Stoffe und Gesundheit" der IG Chemie veranstaltet und sollte Wege aufzeigen, wie Gesundheits- und Umweltgefährdungen in diesem Bereich verhindert werden können.

Der letzte Dreck

„Wir verarbeiten den letzten Dreck an Altpapier, bis zu 35 Prozent davon ist unbrauchbar, nicht auszudenken, was da an Krankheitskeimen drinsteckt", **schimpfte ein Betriebsrat. Aber das ist nur einer von vielen Gesichtspunkten. Viel problematischer wirkt sich die Tatsache aus, daß immer mehr Papierfabriken aus Ersparnis- und Umweltschutzgründen dazu übergehen, mit einem geschlossenen Wasserkreislauf zu arbeiten, also das Wasser stets von neuem zu verwenden; in manchen Fabriken gibt es fast kein Abwasser mehr. Das bedeutet aber, daß sich die Schmutz- und Schadstoffe in diesem Wasser immer mehr anhäufen und auch ins neuproduzierte Papier übergehen. Zudem werden die Papierfasern immer kürzer, je öfter sie durch ständig wiederholten Altpapiereinsatz den Produktionsprozeß durchlaufen. Die Tendenz geht dahin, die dadurch entstehenden Probleme durch Zusatz von immer mehr und immer neuen Chemikalien zu bekämpfen.**

Altpapier ersetzt die herkömmlichen Rohstoffe bei der Papierherstellung fast schon zur Hälfte. Aber da ist auch viel „Mist" dabei, mit dem sich die Papierarbeiter herumzuschlagen haben.

„Manche Kollegen haben Hauterkrankungen, aber kein Arzt kann sagen, woher sie kommen", klagte ein Betriebsrat. Denn bei der Papierherstellung **werden Dutzende von Schleimbekämpfungsmitteln, Flotationsmitteln, Enthärtungsmitteln, Färbungs-, Entschäumungs-, Leimungs- und Streichmittel eingesetzt. Gerade das Zusammenwirken der verschiedensten Chemikalien beunruhigt viele Kollegen im Betrieb, denn es ist – wie in Malsch übereinstimmend bedauert wurde – noch viel zu wenig erforscht. „Hier geht es nicht um einige wenige Stoffgemische, sondern in der Papierindustrie geht es um die ganze Brühe", sagte Gerd Albracht, Umweltschutzexperte beim IG-Chemie-Hauptvorstand.**

Aber es geht noch um etwas anderes: Da Druckfarben teilweise Cadmium, Chrom und Blei enthalten, fallen diese Schwermetalle beim Ausschäumen der Farbe aus dem Altpapier in den „Deinking-Anlagen" in konzentrierter Form an. Sie landen im Klärschlamm, dessen Beseitigung damit zu einem neuen Problem wird.

„Wir brauchen Informationen über die bei uns verwendeten Stoffe. Auf jeder Zigarettenschachtel sind die Schadstoffe angegeben, nicht aber auf den Verpackungen jener Stoffe, mit denen wir umgehen müssen. Die vorgeschriebenen Sicherheits-Datenblätter bleiben oft bei der Einkaufsabteilung in der Schublade liegen." So lauteten einige der Klagen aus Betrieben. Von den Vertretern der IG **Chemie und der Berufsgenossenschaft wurde klargestellt: Die Betriebsräte haben ein Recht auf diese Informationen. Sie müssen ihnen zugänglich gemacht werden. Dieses Recht müsse man „knallhart durchsetzen". Auch wurde immer wieder auf die Notwendigkeit der vorgeschriebenen Unterweisungen der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz über mögliche Gefährdungen hingewiesen. Denn ein Teil der bei der Altpapieraufbereitung und Papierherstellung verwendeten Mittel ist ganz eindeutig gesundheitsschädlich.** Darüber gibt es keinen Zweifel. **Deshalb komme es darauf an, im Zweifelsfall das am wenigsten giftige Mittel zu nehmen, forderte Gerd Albracht. So ist es auch gelungen, auf Grund einer von der IG Chemie ausgelösten und von der Papiermacher-Berufsgenossenschaft durchgeführten Aktion das hochgefährliche Pentachlorphenol aus den Papierbetrieben zu verbannen.**

Für die Mitarbeiter des Humanisierungsprojekts „Stoffe und Gesundheit" gab die Tagung wertvolle Hinweise, welche Informationen die Betriebsräte, vor allem auch in Klein- und Mittelbetrieben, benötigen, um mit den von gefährlichen Arbeitsstoffen ausgehenden Problemen besser fertig zu werden.

Mehr Informationen

Das gilt nicht nur für die Papierindustrie, sondern auch für die feinkeramische und die Glasindustrie, wo Gefährdungen durch Arbeitsstoffe ebenfalls an der Tagesordnung sind. Deshalb fanden in den vergangenen Wochen ähnliche Fachtagungen auch für Betriebsräte aus diesen beiden Industriezweigen statt, um den Arbeits- und Gesundheitsschutz zu verbessern.

Heinz Eßlinger

aus:
Gewerkschaftspost 12/1984

Nochmals:

Die Tücken des Altpapiers

Oder: Wie sich ein „gp"-Bericht Schritt für Schritt in eine Gruselstory verwandelte.

Es war einmal eine gewerkschaftliche Fachtagung, da trafen sich Betriebsräte aus der Papierindustrie, in deren Betrieben Altpapier verarbeitet wird, mit Gewerkschaftsvertretern, Wissenschaftlern und Arbeitsschutzexperten, um über die bei der Altpapierverarbeitung auftretenden Probleme zu beraten. Denn im Laufe der Jahre hatte sich herausgestellt, daß das umweltfreundliche Recycling auch seine Schattenseiten hat und gewisse Gefahren für die Beschäftigten in der Papierindustrie in sich birgt.

Die Gewerkschaftszeitung berichtete über diese Tagung. Sie zitierte die Klagen der Betriebsräte und schrieb über die Ausführungen der Experten. Dabei ging es vor allem um Gefährdungen durch Schadstoffe, die bei der Aufbereitung von Altpapier entstehen können, und wie man die Papierarbeiter davor schützen kann. Mit keinem Wort war davon die Rede, daß aus Altpapier hergestelltes Papier schädlich oder gefährlich sei. Denn dafür gibt es keine Anhaltspunkte.

Eine angesehene Nachrichtenagentur griff diesen Bericht auf und verarbeitete ihn zu einer eigenen Story. Sie zitierte dabei ausführlich, was in der Gewerkschaftszeitung stand, nahm dabei jedoch eine Akzentverschiebung vor: Eine Frage, die im Tagungsbericht ausdrücklich als „nur einer von vielen Gesichtspunkten" bezeichnet worden war, wurde zum Hauptproblem hochstilisiert und an den Anfang des Agenturberichts gestellt, nämlich die Aussage eines Betriebsrats über den hohen Prozentsatz unbrauchbaren Altpapiers und damit im Zusammenhang seine Vermutung, da könnten Krankheitskeime drinstecken.

Der Bericht der Nachrichtenagentur wurde von vielen Zeitungen nachgedruckt, doch meist in gekürzter Form. Da aber Zeitungsredakteure bei zu langen Berichten in der Regel hinten streichen, bekam das am Anfang stehende „unbrauchbare Altpapier" mit den Krankheitskeimen ein noch größeres Gewicht. Und weil die Überschrift der Agenturmeldung „Gesundheitsgefahren bei Herstellung von Umweltpapier" für schmale Zeitungsspalten zu lang war, wurde sie gekürzt und lautete dann beispielsweise in einer auflagenstarken Boulevardzeitung: „Umweltpapier: Gefahr für die Gesundheit!" Die „Herstellung" war weggefallen, der Verdacht richtete sich nun gegen das Papier selbst. Auch war mit keinem Wort mehr von den gewerkschaftlichen Bemühungen zur Abwendung der Gefahren die Rede.

Die größte deutsche Rundfunkanstalt griff das Thema in einer Verbrauchersendung auf. Dabei kürzte sie den 60 Zeilen langen Agenturbericht auf zehn Zeilen zusammen und versuchte, in diese Kurzmeldung möglichst alle negativen Aussagen reinzupacken. In einem anschließenden flapsigen Kommentar brachte der Moderator dann das „mit Krankheitskeimen verseuchte Altpapier" direkt mit dem staatlich geförderten Umweltpapier in Verbindung und meinte, daß da „ja wohl eine schnelle Klärung angebracht" sei.

Einer der Manager eines Lebensmittelfilialunternehmens hörte diesen Rundfunkbericht so, wie viele Leute Radio hören: zwischen Suppe und Kartoffeln und mit einem Ohr. Er schnappte einige Reizworte auf wie „Altpapier", „Krankheitskeime", „Umweltpapier" und folgerte messerscharf: Da bei der Herstellung des von seiner Firma verkauften Toilettenpapiers ebenfalls Altpapier verwendet wird, muß dieses ja wohl auch mit Krankheitskeimen verseucht sein. Sofort setzte er sich mit seinem Papierlieferanten in Verbindung: Das ist ja unerhört, was da eben im Radio gemeldet wurde. Die IG Chemie behauptet, daß im Hygienepapier Krankheitskeime seien. Ja, wenn das so ist, kann ich wohl meiner umwelt- und gesundheitsbewußten Kundschaft künftig Ihr Toilettenpapier nicht mehr anbieten.

Der Papierfabrikant griff zum Telefonhörer und wandte sich händeringend an die IG Chemie: Was haben Sie da nur für eine Alarmmeldung in die Welt gesetzt? Unser Toilettenpapier soll gefährlich sein, das ist völlig unmöglich! Die Kunden drohen schon abzuspringen, die Arbeitsplätze sind gefährdet.

*

Diese Geschichte ist nicht erfunden. Sie schildert, wie sich der Artikel „Die Tücken des Altpapiers" in der letzten Ausgabe der „gp" durch Verkürzungen, Verdrehungen und Fehlinterpretationen Schritt für Schritt in eine Horrorstory verwandelt hat. Es ist ein klassisches Beispiel dafür, wie aus einem fachlichen und sachlichen Bericht durch klammheimliche Veränderungen innerhalb kurzer Zeit ein schlimmes Gerücht werden kann.

Übrigens: Natürlich ist Umweltpapier nicht schädlich. Selbstverständlich können auch gesundheitsbewußte Verbraucher nach wie vor ihren Allerwertesten mit Toilettenpapier abwischen, das aus Altpapier hergestellt wurde. Es enthält keine Krankheitskeime. Zumindest nicht vor dem Gebrauch.

H. E.

aus: Gewerkschaftspost 1/1985

'Die Tücken des Altpapiers'

Offener Brief

an den
Hauptvorstand
der IG Chemie-Papier-Keramik, Abt. Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
um ehrlich zu sein – wir sind eigentlich ganz froh darüber, endlich einmal die Gelegenheit zu haben, mit Euch Kontakt aufzunehmen.

Der Artikel ‚Die Tücken des Altpapiers', der in der „Gewerkschaftspost" 12/84 erschienen ist, bzw., das was daraus in Presse und Funk verkürzt und verfälscht wiedergegeben wurde, können wir als ‚Verbund Selbstverwalteter Betriebe für Umweltschutzpapier' (kurz: vup) natürlich so nicht stehen lassen.

Mehrfach sind in den vergangenen Wochen Kunden auf uns zugekommen und haben gefragt, was das ganze denn soll, was ist dran an all dem, was in den Zeitungen steht, sind die Gewerkschafter denn verrückt geworden? Wieviele nun am Sinn des Umweltschutzpapiers zweifeln und keines mehr kaufen und benutzen, wissen wir nicht.

Wir haben versprochen, uns darum zu kümmern und haben uns von Euch die Unterlagen über die betreffende Fachtagung schicken lassen. Wir waren angenehm überrascht: Kein Wort davon, daß UWS-Papier schädlich oder gefährlich sei – vielmehr wurde fundiert darauf hingewiesen, daß das umweltfreundliche Recycling auch seine Schattenseiten hat, daß nämlich durch den unkontrollierten und verantwortungslosen Einsatz von Chemikalien bei der Altpapieraufbereitung gesundheitliche Schäden, wie z.B. Hauterkrankungen und Allergien bei den papierherstellenden Kollegen auftreten können.

Hingewiesen wurde auch auf eine zusätzliche Belastung durch das in vielen Betrieben übliche Deinking-Verfahren, das ermöglicht auch sog. Mischaltpapier zu verarbeiten. „Allerdings bedingt auch dieses Verfahren wieder einen hohen Chemikalienanteil im Wasser. Dieser hohe Chemikalienanteil kann zu Schwermetallbelastungen im Papier und in der Pappe führen. Weiter ergibt sich das Entsorgungsproblem des beim Flotationsverfahren anfallenden Schaumes mit den oftmals nicht gerade gesunden Druckfarben."

All diese Feststellungen und Forschungsergebnisse bestätigen unser jahrelanges Bemühen, auf UWS-Papierherstellende Fabriken Druck auszuüben, ein weitestgehend umweltfreundliches chemikalienarmes Papier herzustellen, das – mit leichten Einschränkungen – für graphische Zwecke geeignet ist. Unser Kriterienkatalog für ein konsequentes Umweltschutzpapier:

vup Umweltschutzpapier ist ein ökologisch sinnvolles Produkt. Es spart Energie und Rohstoffe und wird nach folgenden Kriterien hergestellt:

- **Einsatz von 100 % Altpapier aus Haus- und Industrieabfällen.** Das hochwertige Endprodukt erfordert es, daß relativ hochwertige bzw. sortierte Abfälle eingesetzt werden (nicht so bei Pappe und Karton). Wir setzen aber voraus, daß unsere Lieferfirma alles technisch denkbare und ökologisch vertretbare unternimmt, um auch stark verunreinigte Altpapiere veredeln zu können.
- **Mechanische Altpapieraufbereitung, möglichst ohne Faserverkürzung,** um den Rohstoff für weiteres Recycling zu schonen und die Qualität des Endprodukts zu garantieren. Die Reinigung erfolgt auf mechanischem und mechanisch-thermischem Weg ohne Zugabe von chemischen Binde- und Lösemitteln.
- **Keine Entfärbung (Deinking), Bleichung oder Färbung.** Unser Umweltschutzpapier erhält seine Farbe ausschließlich durch die Mischung der Altpapiersorten und durch die Auflösung der Druckfarben im Papier. Damit werden unnötige chemische Prozesse vermieden und die Wasserbelastung stark dezimiert.
- **Leimung mit Naturharzen.** Es wird bis zur Tintenfestigkeit (Halbleimung) geleimt, jedoch nicht wie bei vielen Papieren mit Kunststoffen oberflächenveredelt.
- **Ökologischer Wasserhaushalt.** Das bedeutet zum einen, daß der Frischwasserzusatz stark gesenkt wird (brauchte man früher weit über 100 l/kg Fertigprodukt, darf bei unseren Papieren der Verbrauch nicht über 5 l/kg Fertigprodukt liegen); zum anderen ist die kontrollierte Klärung der geringen Abwässer Voraussetzung. Der Chemieaufwand für die Regeneration des Wassers muß so gering wie möglich gehalten werden.
- **Geringer Energieverbrauch** ist ein weiteres Kriterium für die ökologische Gesamtbilanz. Unsere Lieferfirmen müssen durch technische Innovationen, wie Wärmerückgewinnung, den Energiebedarf drastisch gesenkt haben. Wir sind bemüht, immer die günstigsten Werte durch ständiges Abfragen der Produktionsmethoden bundesdeutscher Papierfabriken zu erhalten und unseren Einkauf entsprechend zu organisieren.

Dieser Kriterienkatalog ist das Ergebnis unserer nun schon jahrelangen Beschäftigung mit dem Thema UWS-Papier. Wir sind uns jedoch im Klaren darüber, daß er nicht endgültig sein kann und durch Gespräche mit kompetenten Partnern – wie z.B. mit Euch – noch verbessert werden und dem, was technisch möglich ist, entsprechend verändert werden kann. Dabei sind wir jedoch auf die Zusammenarbeit mit Personen, die mit der Papierherstellung Tag für Tag befaßt sind, angewiesen.

Wir, als Menschen, die in Selbstverwalteten Betrieben arbeiten, sind nicht so einfach der einen (Arbeitnehmer) oder der anderen Seite (Arbeitgeber) zuzurechnen, viele von uns sind jedoch – noch aus alten Tagen – Gewerkschaftsmitglieder, die sich in ihrem früheren Berufsleben auch aktiv für ihre gewerkschaftlichen Interessen eingesetzt haben, und das ist in der Regel noch gar nicht so lange her.

Wir würden uns jedenfalls freuen, auf diesem Wege mit Euch ins Gespräch zu kommen. Wir haben nämlich festgestellt, daß es durchaus parallele Interessen gibt und das ist zumindest die nach einem konsequenten Umweltschutzpapier, bei dem auch der Arbeits- und Gesundheitsschutz für die papierproduzierenden Kollegen von zentraler Bedeutung ist.

Wir freuen uns, bald von Euch zu hören!

Jochen Reinalda
(i.A. für den Verbund Selbstverwalteter Betriebe für UWS-Papier)

Zur Branchenseite

Ungefähr ein Drittel der „Wintertage"-Teilnehmer kamen aus grafischen Betrieben. Dementsprechend gab es ein Branchentreffen mit mehreren parallelen Arbeitsgruppen. Durch unsere besondere Nähe zum Medium Zeitung gestalten wir unsere Branchenseiten seit dem Start des Wandelsblattes selbst reihum in verschiedenend Betrieben.
Diese Ausgabe kommt von Oktoberdruck. Die Märzausgabe der Branchenseite der grafischen Betriebe wird gefertigt von der Werkstatt für Druck und Grafik, Lotterstr. 63, 45 Osnabrück. Telefon 0541 - 43 36 47. Redaktionsschluß ca. 20.2.85
Die Aprilausgabe werden die Kollegen vom Windhueter-Kollektiv in Schorndorf bei Stuttgart übernehmen.
Das nächste überregionale Branchentreffen der Grafischen Betriebe findet am Wochenende vom 28.4. in Frankfurt statt.

C.

betr.: Werbung

Ich möcht's wissen. Wie wirbt man als kollektiver, alternativer, selbstverwalteter Betrieb? Welche Erfahrungen habt Ihr mit Eurer Werbung gemacht? Schickt mir doch bitte einfach alles, was Ihr in der Richtung unternommen habt: Aufkleber, Visitenkarten, Geschäftspapiere, Prospekte, Selbstdarstellungen, Anzeigen und womit Ihr sonst noch informiert und Werbung macht. Bis zu den nächsten Wintertagen möchte ich so viel zusammenhaben, daß es ausgestellt werden kann und interessanter wär's bestimmt, wenn Ihr Eure Erfahrungen dazu schreiben könntet.
Also los: Zusammensuchen, in einen Briefumschlag stecken, Adresse drauf und an: Oktoberdruck
Gunda Müffelmann
Paul-Lincke-Ufer 44a
1000 Berlin 36

Technik: was wann, was nicht?

Zum letzten großen Umbruch im graphischen Gewerbe kamen die Kollektivdruckereien zu spät. Als die meisten von ihnen gegründet wurden, war die Entscheidung für Fotosatz und Offsetdruck gefallen. Man begann mit der modernen Technik. Inzwischen wurde so viel an neuer Technik auf den Markt gebracht – und weitere Entwicklungen sind absehbar, daß wieder Entscheidungen fällig sind:

Die neuen Techniken ...
... vernichten Arbeitsplätze.
... führen zur Dequalifizierung.
... verschlimmern die Entfremdung vom Arbeitsprodukt.
... entlasten uns von langweiliger Arbeit.
... verbessern unser Betriebsergebnis.
... machen uns konkurrenzfähig.
... sind für unsere Produktion überflüssig.
... würden uns neue Produktionsbereiche erschließen.

Die bürgerliche Konkurrenz zwingt uns zur Investition in neue Techniken.
Wir wollen keine Arbeit machen, die Maschinen genau so gut oder besser können.
Wir haben noch einen handwerklichen Anspruch: Die „schwarze Kunst" soll nicht zur Knöpfchendrückerei verkommen,
Es ist besser abzuwarten, wie sich die neuen Techniken bewähren.
Wir müssen Kompromisse finden; manche neuen Techniken anwenden, manche nicht.
Unser Bundeskanzler freut sich, wenn wir jetzt zukunftsorientiert investieren.

Das Treffen der Arbeitsgruppe 7 „Bewußter Einsatz von Technik" war kurz, schlecht besucht und wenig ergiebig. Von folgenden Betrieben war jemand anwesend: Caro-Druck, Blätterwald, Oktoberdruck, Albdruck. Die Firma Caro-Druck besitzt bereits ein modernes Satzsystem mit Datenfernübertragungseinrichtungen und möchte weiter auf Ganzseitenumbruch ausbauen, da sie dadurch von langweiliger Arbeit entlastet würden und mehr Zeit für kreative Tätigkeiten hätten. Allein die Einrichtung von Heimarbeitsplätzen lehnen sie ab. Die Leute vom Blätterwald stehen vor der Entscheidung eine Blockleimstraße zu kaufen, um die Qualität ihrer Produkte zu verbessern und um den Ausstoß zu erhöhen. Auch hierbei würde ein Teil der langweiligen Arbeit (Blockanlegen von Hand) wegfallen.
Es herrschte die Meinung vor, daß der Einsatz moderner Technik in selbstverwalteten Betrieben gut und sinnvoll sei, aber es meist mit der Finanzierung entsprechender Geräte hapert. Ein Minderheitenvotum zugunsten handwerklicher Fertigung kam vom Vertreter der Firma Albdruck. Zwei Arten alter Geräte sind auch bei den fortschrittlichen Druckern noch beliebt: Die Vertikal-Kamera und der Heidelberger Tiegel.

Armin/Fa. Albdruck

Walter wird von Marita in die Büroarbeit bei Oktoberdruck eingewiesen.

Zur Diskussion bei den Wintertagen:

Kooperation, Konkurrenz – ja, aber, wie?

Natürlich bin ich ungeduldig. Schließlich arbeite ich schon ca. 16 Jahre im Kollektiv und der Rahmen wird mir manchmal zu eng. Dabei brauchte ich mir wahrscheinlich gar keine Sorgen zu machen, wenn ich mir anschaue, wie sehr sich die kollektive Organisation innerbetrieblich inzwischen entwickelt hat, relativ komplexe Arbeitsprozesse können reibungslos und gleichberechtigt abgewikkelt werden.
Aber das was jetzt kommen müßte ist wieder ein neuer Schritt, fast so schwer, wie die Gründung der Kollektive selbst und an seiner Notwendigkeit bestehen Zweifel: *Überbetriebliche Kooperation*.
Es stellt sich die Frage, ob wir sie nur aus der Notwendigkeit heraus entwickeln wollen, oder ob die Verbindung zu anderen Menschen und Gedanken, Arbeitsprozessen, Organisationsformen Antrieb sein kann.

Maschinenmarkt

Mit der Diskussion von Kooperation und Konkurrenz bei den Wintertagen haben wir uns jedenfalls schwer getan. Am leichtesten war es noch mit Maschinen und Geräten: Im Wandelsblatt soll künftig ständig eine Rubrik erscheinen mit Gebrauchtgeräten, die frei werden oder gesucht werden. Und alle werden gebeten, in ihrer Region Umschau zu halten, wo Geräte günstig frei werden, und die Kollegen, die am Suchen sind, davon zu verständigen. (Es geht dabei z.B. auch um Firmenauflösungen, bei denen besonders günstig einzukaufen ist).

Ausbildung...

... wurde kurz angesprochen. Einerseits geht es um die reguläre Ausbildung über IHK oder Handwerkskammer. Offenbar steigt das Interesse daran in den Betrieben, doch die Information fehlt. Sie muß zusammengetragen werden: Welche Betriebe bilden schon offiziell aus und haben Erfahrungen? Wie sind die offiziellen Bedingungen? Wie sieht es mit der überbetrieblichen Ausbildung aus, wenn die einzelnen Betriebe keine genügend breiten Arbeitsmöglichkeiten haben?

Überbetriebliche Weiterbildung

Immer wieder bin ich auch am Rande der Wintertage nach Möglichkeiten von Praktika in unserem Betrieb (Oktoberdruck) gefragt worden. Und die von meiner Kollegin Gunda angebotene AG über Qualitätskontrolle und Druckformherstellung bei uns war eine der am besten besuchten AGs des Branchentreffens. Zum gegenseitigen Vermitteln von Kenntnissen besteht Bereitschaft, und sicherlich haben nicht nur wir bei Oktoberdruck Erfahrungen. Das Wandelsblatt bietet sich für einen gegenseitigen Erfahrungsaustausch an, und auf dem nächsten Branchentreffen wollen wir damit weiter machen.
Es stellt sich die Frage, welche Betriebe evtl. gemeinsam ausbilden wollen und wer für einige Zeit einen Praktikumsplatz sucht oder anbieten will. Eine Liste über vorübergehende Arbeitsplatztausch-Interessenten (In-, Ausland) wird es demnächst von mir geben.

Gemeinsamer Materialeinkauf –

– um Geld zu sparen – wurde andiskutiert, und sofort wieder verworfen. Nicht erprobt und auch bisher nicht weiterverfolgt ist die Möglichkeit, gemeinsam mit Lieferanten über die gemeinsame Gesamtmenge z.B. von Repromaterial, Druckplatten, Farbe, Papier zu verhandeln, um sie dann mit höheren Rabatten getrennt beliefern und abrechnen zu lassen. Vermutlich muß erst ein Betrieb mit erheblichen Vorleistungen den Vorteil beweisen, bevor sowas ernsthafter diskutiert werden wird (?). Die Erfahrungen der VUP mit ihrem gemeinsamen Papiereinkauf und den daraus gezogenen Vorteilen reichten als Argument nicht aus, da es sich beim Umweltpapier um ein einziges Produkt und einen Lieferanten handelt.

Gemeinsame Herstellungsgesellschaft

Eine gemeinsame Herstellungsgesellschaft für die Finanzierung , Risikoteilung und gemeinsame Produktion von Verlagsprodukten wird seit geraumer Zeit bereits von Hamburger Kollegen angestrebt. Sie soll dem Angebot der Fuldaer-Verlags-Anstalt, lange Zahlungsziele gewähren zu können, gleichziehen durch einen gemeinsamen Fond, aus dem die Produktion vorfinanziert werden kann. Einen ausführlichen Bericht über dieses inzwischen zwei Jahre alte Projekt soll in einer der nächsten Ausgaben des Wandelsblattes erscheinen, wenn (hoffentlich) konkrete Vertragsabschlüsse vorliegen.
Da die Finanzierung ein allgemeines Problem beim heiß umkämpften Büchermarkt ist, bestand für dieses oder ein ähnliches Projekt breites Interesse. Könnte es tatsächlich möglich sein, vielleicht gemeinsam mit Buchvertrieben und Verlagen einen Finanzierungsfond aufzubauen? (Oder sollten wir lieber verzichten, damit das Verlagsrisiko letztlich zu übernehmen?)

Markenzeichen Kollektivarbeit?

Während bisher mit Markenzeichen die stoffliche Zusammensetzung oder Herstellungs- und Gebrauchsqualität und inzwischen auch die Umweltfreundlichkeit als ganz neuer Aspekt kennzeichnend werden, geht es beim Markenzeichen Kollektivarbeit um die Kennzeichnung der sozialen Bedingungen, unter denen unsere Produkte entstehen.So könnte auch die Bereitschaft wachsen, gezielt in selbstverwalteten Betrieben drukken zu lassen.

Unübersichtlichkeit und Chaos

Doch vorläufig gehen selbst die uns sicherlich wohlgesonnenen Grünen und Alternativen Listen noch weitgehend bewußtlos mit dieser Frage um, werden die Aufträge nach privaten Beziehungen, Gewohnheit oder rein praktischen Gesichtspunkten vergeben. Beschlüsse, bei Auftragsvergabe Kollektivbetriebe zu bevorzugen, wären sicherlich auf Mitgliederversammlungen der Grünen leicht durchzusetzen, aber kaum zu kontrollieren, geschweige denn zu definieren, wer nun gemeint ist. Soweit einige Argumente pro Markenzeichen für Kollektivarbeit. Doch schon bevor wir dazu kommen, ein Modell dafür zu entwikkeln, wie ein solches Zeichen organisiert und geschützt werden könnte, türmen sich die gewichtigsten Gegenargumente:

Markenzeichen oder Warnsignal?

Qualität und Zuverlässigkeit vieler Betriebe ist noch so schlecht einzuschätzen, daß ein gemeinsam propagiertes Zeichen schnell verdorben werden könnte. Der Hinweis auf Kollektivarbeit könnte zu einem *Warn*zeichen werden, welche Betriebe zu meiden seien. Auch, wenn Schwerpunkt des Markenzeichens für Kollektivarbeit die sozialen Bedingungen der Produktion sei, normale Qualitätsmerkmale könnten nicht vernachlässigt werden. (Versammelt waren ausschließlich Leute aus Kollektiven grafischer Betriebe bei unserer Diskussion!)
Eine allgemeine Qualitätsgarantie sei nicht ohne Eingriffe in die Autonomie der Betriebe, ohne Kontrolle und Verwaltung des Markenzeichens machbar. Eine Bürokratie würde man auch für die Vergabe und Mißbrauchskontrolle benötigen.
Und schließlich würden gerade höhere Qualitätsmaßstäbe, wenn sie mit dem Markenzeichen kämen, die Bedingungen für die schwächeren Kollektivbetriebe eher noch verschlechtern, der Konkurrenzkampf untereinander zunehmen.

Brauchen wir einen Verband?

Die Diskussion war damit wieder an dem Punkt angelangt, ob wir eher nur kleine regionale Zusammenarbeit anstreben sollten, die in manchen Gegenden wie Hamburg und Baden-Württemberg in Ansätzen vorhanden ist, in anderen dagegen nicht, oder ob letztlich die Dichte der überhaupt kooperationswilligen Betriebe so gering ist, daß nur eine bundesweite Zusammenarbeit genug Gewicht auf die Waage bringen könnte. Würde es sich lohnen, die verschiedenen vorstehend genannten Kooperationsmöglichkeiten in einem gemeinsamen Verein zusammenzufassen? Vorerst sprach die Stimmung eher dagegen. Zu unbestimmbar sind noch die gemeinsamen und gegensätzlichen Interessen, als daß sich die Aufgaben überhaupt genau genug formulieren ließen.

Die Diskussion geht im Frühjahr weiter!

Ein allgemeines Interesse bestand aber an der Fortsetzung der Diskussionen – nicht erst bei den nächsten Wintertagen in einem Jahr. Es wurde daher beim Abschlußplenum beschlossen, in einem viertel Jahr ein weiteres überregionales Branchentreffen zu organisieren. Stattfinden wird es im ehemaligen KBW-Haus in Frankufrt, damit leichter erreichbar als Berlin und mit der Möglichkeit, ebenfalls auch einige technische Demonstrationen in Arbeitsgruppen anzubieten.
Die Zahl der Themen wird sehr begrenzt sein, um eine möglichst intensive Arbeit zu ermöglichen. Folgende wurden bisher genannt:

1. Gesundheitliche Belastung am Arbeitsplatz, Abfallbeseitigung oder Verwertung. (Der Bereich der BElastung durch Lösungsmittel und Gase wird durch die Kollegen vom Carodruck vorbereitet)
2. Kooperation zwischen den Betrieben: Markenzeichen und Qualitätsprobleme, Finanzierungsfond für Buchproduktionen
3. Ausbildung und überbetriebliche Weiterbildung
4. Einsazt von UWS-Papier und die Zusammenarbeit mit der VUP.

Die Ergänzung und Präszisierung sollte in den nächsten zwei Monaten auf den Branchenseiten des Wandelsblattes erfolgen.

Constantin Bartning

Computer in Druckerei-Kollektiven

Jürgen von Oktoberdruck und Rainer und Detlef vom „Mikado"-Software-Kollektiv hatten geladen und 13 Menschen waren gekommen. 12 Männer und 1 Frau. Sieben von uns hatten schon Erfahrung im Umgang mit Rechern (Kalkulation, Finanzbuchhaltung, Texterfassung und -verarbeitung), und die anderen waren in ihren Kollektiven am Grübeln, ob sich's vielleicht doch lohnt, einen Computer anzuschaffen, wofür man ihn verwenden kann und was das kostet. Speziellere Fragen – wie z.B. nach der Einsatzmöglichkeit von Computern zur Erhöhung der Arbeitssicherheit – und allgemeinere (sind die Dinger überhaupt sinnvoll in Kollektiven?) konnten nicht behandelt werden. Die Diskussion war so schon weitschweifig genug.

Diskussion ist vielleicht überhaupt das falsche Wort dafür. Eher war's – zumindest am ersten Tag – ein umfangreicher, sich labyrinthisch entwickelnder Austausch von Erfahrungen und Bedenken zum Einsatz von Computern in unseren Kollektiven. Wir nahmen uns die Zeit, bei Einzelfragen zu verweilen:

Gibt's auch empfehlenswerte Geräte von Nicht-Multis, oder können wir der Unterstützung dieser Konzerne gar nicht entrinnen, weil auch Systeme kleinerer Firmen aus Bausteinen hergestellt sind, die nur die Multis produzieren?

Ist es möglich, ein gemeinsames Kalkulationsprogramm für Kollektivbetriebe zu entwickeln?

Tötet der Einsatz von Computern menschliche Beziehungen zwischen Kollektiv und Kundschaft? Z. B. beim computerisierten Mahnwesen? Einwand: Der Computer schickt die Mahnungen ja nicht raus. Er erinnert nur daran! Gegeneinwand (der allerdings auf den Wintertagen nicht fiel, sondern mir erst beim Schreiben dieses Protokolls in den Sinn kam): Wie lange wird es dauern, bis auch das Überprüfen von Zahlungseingängen und das Eintüten von Geschäftsbriefen als langweilige Arbeit erkannt und an eine computergesteuerte Brief-Versand-Maschine mit speichelunabhängiger Briefmarken-Aufklebe-Vorrichtung delegiert wird?

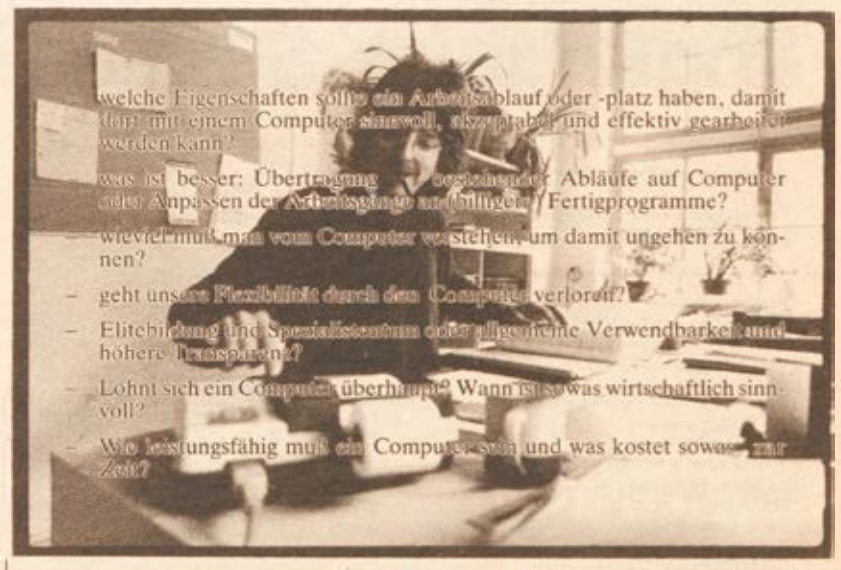
Führt der Einsatz von Computern bei der Auswertung auftragsbezogener Daten zwangsläufig zur verschärften Kontrolle am Arbeitsplatz? Und wer kontrolliert wen im Kollektiv? U.s.w.

Eindeutige Anworten gab's in keinem Fall. Feststellbar war aber (bis auf eine Ausnahme) eine allgemeine Tendenz, diese Technologie azunehmen und mit Bedacht anzuwenden, ohne Wunderdinge davon zu erwarten. Auch besteht ein großer Bedarf nach Erfahrungsaustausch und Beratung – nicht durch abschlußgeile Vertreter von Computerfirmen, sondern durch erfahrene Menschen unseres Schlages. (Dank an die beiden Mikados, Prädikat: Empfehlenswert.)

Und wenn mich nicht alles täuscht, könnte die Computertechnologie dank ihrer schnellen Entwicklung und der damit einhergehenden Tendenz zu erschwinglichen Preisen die Technologie sein, in der Kollektivbetriebe nicht mangels Money durchschnittlich 10 Jahre hinterherhinken, sondern sich ebensogut ausrüsten können wie andere Betriebe ihrer Größenordnung. Und vielleicht werden wir – durch unsere kritische Einstellung zu diesen Geräten, durch Erfahrungaustausch und sachliche Beratung – in der Lage sein, sie vernünftiger einzusetzen als die bürgerliche Konkurrenz, die auf Werbeprospekte angewiesen ist. (Bitte keine ernsthaften Einwände! Man wird doch wohl noch ein bißchen träumen dürfen!)

Ich meine jedenfalls, daß nicht nur die Technologie uns eingeholt hat, sondern auch eine gewisse, mit ihr verbundene Faszination, die sich zwar nicht in Begeisterungsstürmen (wir sind ja schließlich so kritisch-vernünftig), wohl aber in unserer Sprache zeigt: Da werden Programme „gestrickt"; „Bedieneroberfläche" ist nicht etwa die sonnengebräunte Haut des Tippers, sondern der auf dem Bildschirm sichtbare Teil des Programms. „Datenübertragung", „integrierte Systeme", „Software", „Systemanalyse" sind nicht länger Begriffe aus Science-Fiction-Romanen oder wissenschaftlichen Wörterbüchern, sondern Teile einer neuen Umgangssprache – auch innerhalb der Kollektivszene.

Heiner
„Bundschuh"-Druckerei
Freiburg



Gift und Müll

Ca. 15 Leute aus den grafischen Betrieben kamen in der Arbeitsgruppe zusammen, sowie ein Chemiker und am zweiten Tag ein Arzt, die wir mit Fragen überhäufen konnten. Wir haben über die verschiedensten Stoffe in den einzelnen Abteilungen unserer Produktion gesprochen (Repro, Montage, Kopie, Satz, Offset, Siebdruck) und kamen zur Erkenntnis, daß wir die meisten Stoffe, mit denen wir arbeiten, überhaupt nicht einschätzen können. Geschweige denn näheres über ihre Zusammensetzung wissen. Wir wissen auch wenig bis gar nichts darüber, wie diese Stoffe auf uns und die Umwelt wirken (kurz, lang, mittelfrsitig). Die Entsorgung der Stoffe, die wir auf grund von Auflagen der Gewerbeaufsicht entsorgen lassen, überblicken wir nicht, haben keinerlei Kontrolle darüber. Es wäre auch interessant zu wissen, ob wir manchen Stoffe selbst wieder aufarbeiten und weiterverwenden können. Die Beschäftigung mit der Zusammensetzung der Stoffe ist auch unter dem Gesichtspunkt gefährlich gegen ungefährliche Stoffe oder zumindest minder gefährliche Stoffe austauschen zu können.

Wenig bis gar nichts wissen wir auch über die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen und Verordnungen auf diesem Gebiet, von der Verwendung bis zur Entsorgung.

Wichtig wäre auch zu wissen, wie die gesetzlichen Bestimmungen in anderen Ländern aussehen, weil es in anderen Ländern teilweise strengere Bestimmungen zum Umgang mit gefährlichen Arbeitsstoffen gibt.

Diese festgestellte Unkenntnis der Sachlage steht im krassen Widerspruch zu dem Interesse oder auch dem Anspruch, als selbstverwaltete Betriebe andere Formen der Produktion (nicht menschen- und umweltfeindlich, sondern das Gegenteil) zu entwickeln und zu praktizieren.

Um dahin zu kommen, und den oben angeführten schlechten Zustand abzuhelfen, haben wir uns in der Arbeitsgruppe verschiedene Schritte überlegt, die wir möglichst in Zusammenarbeit mit vielen selbstverwalteten grafischen Betrieben jetzt machen wollen:

Wir richten eine Sammelstelle ein ...

... die versucht, alle Informationen und Kenntnisse zu diesem Sachkomplex zu sammeln, zu ordnen und wieder in Umlauf zu bringen. Was soll die Sammelstelle machen, was soll gesammelt werden?

a) Wir wollen eine Kartei der Stoffe erstellen, die wir für die Produktion gliedern. Ziel ist es, diese nach gefährlichen und ungefährlichen Stoffen zu gliedern, Austauschstoffe auszugeben etc ..

b) Sammeln der Informationen, wie wir einen möglichst gesundheitsschonenden Umgang mit diesen Stoffen pflegen können, welche Sicherheits- und Schutzmaßnahmen notwendig sind

c) Sammeln von Kenntnissen darüber, wie unser Chemiemüll entsorgt wird, welche Möglichkeiten gibt es, die unverzichtbaren Stoffe im Kreislauf wieder aufzuarbeiten und Informationen darüber, wie die Stoffe, die wir außer Haus geben müssen, entsorgt werden sollen. Dazu gehört die Überprüfung der Gesetzeslage, die Kenntnisse der chemischen Prozesse ...

Diese Sammelstelle haben wir jetzt in Frankfurt eingerichtet, sie wird von uns beiden (s.u.) von Caro-Druck betrieben.

Diese Punkte, die wir oben angeführt haben, können wir natürlich nicht alleine lösen, sondern sind dabei darauf angewiesen, Informationen von Behörden, Instituten einzuholen, Chemiker zu befrafen und ggf. zu beauftragen (Analysen machen zu lassen), Umweltgruppen, Ärzten, Gewerkschaften und auch Grün-Alternativen aufzusuchen und mit ihnen gemeinsame Konzepte zu entwickeln. Soweit uns das möglich ist, wollen wir hier Literatur zum Thema sammeln und Kontakte herstellen. Aber wenn ihr was wißt oder Material habt, immer her damit!

Beim nächsten Branchentreffen soll das Thema „Arbeitsstoffe ..." möglichst schon mit Sachkenntnis und unter Hinzuziehung von weiteren Fachleuten aus Chemie, Medizin bearbeitet werden.

Annete Mönich
und Cary-Mike Drud / Caro Druck

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Der Maschinenmarkt

Die meisten dieser Angebote und Anfragen entstammen meiner laufenden Druckereiumfrage.

Es wäre schön, wenn Ihr künftig bei Euren Angeboten möglichst genaue Angaben machen könntet über Ausstattung, Baujahr, technische Daten und Preisvorstellung. Fortsetzung folgt im nächsten Wandelsblatt! Angebote und Gesuche an: Constantin Bartning, Hohe Ähren 5, 1, Berlin 33

Zu verkaufen

Kiekebusch Offsetmaschine DinA 2, Klenkes, Aachen, 0241 - 50 00 50

AB-Dick 385 Offsetmaschine Din A 2, Copyproof CP 38, DinA 3 Entwicklergerät; Cooperative Hausdruckerei, Osnabrück, 0541 / 2 64 60

Dr. Böger Titelsatzgerät; Betrieb Köln 0221 - 71 21 606

Rotaprint FG310, DinA 3-Plattenentwickler und Belichter. Druckwalze Heidelberg, 06221 - 16 14 94

Brehmer Falzmaschine, Stattwerke e.G., Essen, 0201 - 32 26 48

Rotaprint R 20 Offsetmaschine DinA 2, Adast 513 Offsetmaschine DinA 3; Druck und Grafik, Gießen, 0641 / 48 991

Fotoclarc Autophot SE60, Vertikalkamera Aufnahmeformat 56 × 68 cm. Bj. 76, Plan und Doppelumkehrspiegel, Objektive 240, 360, 600 mm Brennwkeite. VB 6000 DM, Neupreis 1976: 22.500 DM

Rotaprint R30 SK Offsetmaschine DinA 3, mit zwei Auftagwalzen, Wischerfeuchtung, Bj. ca. 1970, leicht defekt, frei ca. ab Juli 85
GNN, Große Düwelstr. 55, 3 Hannover 1, 05511 - 85 35 27

König und Bauer 1 Offsetmaschine 70 × 100, zweifarben umsteuerbar auf Schön und Widerdruck wird 85 frei. Baujahr 1973, Preis 50.000 DM ab Standort (für Abbau, Transport, Aufstellung und erforderliche Überholung kann bei einem solchen Gerät mit 20-30.000 DM gerechnet werden!) Kontakt über Armin / Albdruck 030 - 618 78 27

Zucciatti Repor Vergrößerer, Filmbühne kbis 24 × 30 cm, Vergrößeruingen auf 60 × 80 cem. Drei Objektive, defektes Vorschaltgerät. VB 1000 DM
Kodak Instafax Plattenentwickler für Durckplatten bis DinA 2 (kann auch für Copyrapid-Offset verwendet werden) neuwertig, VB 1500 DM
Grafische WErkstatt Kassel, 0561 - 16 431

Xenon Lampe 8000 W, und Halogenlampe 5000 W für Plattenkopie bis 70 × 100 und Schmitt Falzmaschine DinA 2 mit Handanlage, sehr guter Zustand; Technocoop, Bremen, 0421 - 38 20 51

Diatype Fotosatzgerät mit Schriftscheiben und Rotaprint R20 Offsetmaschine DinA 2, Tiamat Druck, Düsseldorf, 0211 - 37 91 00

Geha Umdrucker DinA 4 und Belichtungs- und Entwicklungsgerät DinA 4 für Kodak PMT (oder Copyproof) und Falzmaschine DinA 2, für Dreibruch mit Sauganleger; Basisdruck, Stargasse 10, 7125 Kirchheim

Gesucht wird

Rotaprint R30 SK, Entwicklungsgerät o422; Druckerei Kistgen, 03449 / 205

Polar, Schneidemaschine, 80 cm, Schnittbreite, GTO-einfarben im Format 35 × 50 cm; Druckcooperative, 0721 - 27 525

Heft und Falzgerät evtl. mit Trimmer und Offset DinA 3 Schön- und Wiederdruckmasch.; Cooperative Hausdruckerei, 0541 / 2 64 60

Densitometer, Heftmaschine, Kontaktkopiergerät oder Punktlichtlampe; Hinterhofdruckerei, 040 - 43 22 02

Heidelberger KORD, Robin Druck, 0721 - 41166

modernere Fotosatzanlage (als CG7500 und CG 1750), evtl. zweifarben A 1 Offset, Bundschuhdruckerei, 0761 - 53 55 6

Offset A 3 Fabrikat egal, Diatext, Varo, Druckwerkstatt Haslach, 07528 - 1048

Zwei kleine Leuchttische bis A 2 und Taschenfalzmaschine bis A 1; Werkstatt für Druck und Grafik, 0541 / 43 36 47

Küvette f. Plattenentwicklung; Stattwerke e.G. Essen, 0201 - 32 26 48

Filmtrockner, Druck u. Grafik, 0641 - 48 991

ADAST 514, Plattenkopier-Kontaktgerät, Copyproofgerät mit Anlagevorrichtung (auch für Copyrapid Offset); BDP-Projekt Bremen, 0421 - 49 035 7

Andruckpresse, GraphDruckula, 030 - 693 44 14

Betriebliche Weiterbildung:

Tagungen ... Seminare ... Treffen

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

TAGUNGSVORSCHAU DER AG SPAK

Projektbereich Psychiatrie-Antipsychiatrie:
Treffen therapeutischer Wohngruppen in Göttingen. Termin: 29.-31.3.85
Anfragen:
Karl-Ernst brill, Petrikirchstr. 14, 3400 Göttingen
Stadtteilbereich:
Treffen der Alternativen Mietervereine in Aachen. Termin: 1.-3.3.85
Anfragen:
Bundesgeschäftsstelle der AG SPAK
Sabine Geißler, Kistlerstr. 1,
8000 München 90
Tel.: (089) 6917821
Knastarbeit/KRAK:
Möglichkeiten und Realisierung einer NRW-weiten Gefangenenzeitung
Termin: 12.-14.4.85 in Thüle/Paderborn
Anfragen:
Bundesgeschäftsstelle der AG SPAK
Marga Mitterhuber, Kistlerstr. 1
8000 München 90
Tel.: (089) 6917821
Behindertenarbeit:
Grenzen der Selbsthilfe
15.-17.3.85 in Lüneburg
Anfragen:
Bundesgeschäftsstelle der AG SPAK
Anneliese Mayer, Kistlerstr. 1
8000 München 90
Tel.: (089) 6917821
Koordinierungsstelle für Jugendwohngemeinschaften (KOST):
Treffen von Jugendwohngemeinschaften
Termin: März, Läufertsmühle, Neckargerach
Theaterworkshop
Termin: 7.-11.4.85 in Fronhausen
Anfragen:
KOST
Postfach 15 05 48
2800 Bremen 15
Tel.: (0421) 53 19 03
Projektbereich selbstverwaltete Jugendzentren:
Baden-Württemberg, Zusammenarbeit der Regionalzusammenschlüsse auf Landesebene
8.-10.3.85 im Jugendzentrum Crailsheim
Anfragen:
Dachverband der selbstverwalteten Jugendzentren Rhein-Neckar
Gaisbergstr. 97, Postfach 104520
6900 Heidelberg
Tel.: (06221) 1 34 02
Jugendzentren als Regionalzentren
8.-10.3.85 im Kinder- und Jugendzentrum Bahnhof Göhrde (Lüneburger Heide)
Anfragen:
Tiedeke Heilmannn, Uelzener Str. 10, 3111 Suhlendorf
Tel.: (05820) 638
Lebenswelt von Jugendlichen in der Provinz und Perspektiven der Jugendarbeit
22.-24.3.85, Haus Buchwald, Nohfelden/Saarland
Anfragen:
Paritätisches Bildungswerk, Heinrich-Hoffmannstr. 3, 6000 Frankfurt/Main 71

Medienseminar
März/April in Bamberg
Gemeinsame Tagung mit der Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren
Anfragen:
Jugendzentrumsregion Franken
Thomas Steigerwald
Johannisstr. 148
8500 Nürnberg
Tel.: (0911) 3 10 43

Projektübergreifende Tagungen:
Frauenspezifische Bildungsarbeit und die Pädagogik Paulo Freires
15.-17.3.85
Anfragen:
Bundesgeschäftsstelle der AG SPAK
Heinz Schulze, Kistlerstr. 1,
8000 München 90
Tel.: (089) 6917821

Nordrhein-Westfalen Schaukämpfe für die Ränge? Nein Danke!

Wir veranstalten im Sozialpädagogischen Bildungswerk e.V. ein Seminar „Zur Interessenvertretung selbstverwalteter Betriebe", zu dem wir alle Mitarbeiter/innen selbstorganisierter Projekte und Betriebe herzlich einladen!
Termin: 22.3., 16 Uhr – 24.3.85
Ort: Haus Einschlingen (selbstverwaltetes Tagungshaus) Schlingenstr. 65, 4800 Bielefeld 14
Kosten: 35 DM (Anteil für Unterkunft und Verpflegung)
Anmeldungen: bis zum 14.3.85 an obige Adresse oder unter Tel.: (0521) 45 18 11
Seit einiger Zeit sind Kollektiv-Betriebe Objekt öffentlichen Interesses, finanzieller Förderungsabsichten und „wissenschaftlicher" Erforschung. Die Klärung und Organisation der eigenen Interessen hinkt dem hinterher.

Deswegen soll hier diese Diskussion mit den möglichen Folgerungen weitergeführt werden.

Dabei sollen die bisherigen Erfahrungen mit dem Aufbau von Organisationen zur Interessenvertretung und mit gemeinsam geführten Verhandlungen zwecks Förderung durch Stadt oder Land eingebracht werden.

Unser Gespräch sollte in die Richtung einer Klärung unserer gemeinsamen und unterschiedlichen („Branchen" - spezifischen) Interessen gehen und zu einem klareren Selbstverständnis den parlamentarischen Parteien und ihren Intentionen gegenüber. Wir sollten zu dem Zeitpunkt der vermutlichen Regierungsneubildung in NRW (wie überhaupt!!) agieren können und nicht mehr nur reagieren müssen.

Selbsthilfe - Gruppen

Seminare bis Juni '85

Vom 26.4 bis 28.4.85 soll in München ein Seminar stattfinden, bei dem die Bedeutung von Koordination, Kooperation, Vernetzung für die Lösung der internen Probleme in Selbsthilfegruppen diskutiert werden sollen. Damit wir dabei nicht vom Erdboden abheben, wollen wir uns auf Erfahrungen der Teilnehmer stützen und in der Literatur und in Selbstdarstellungen vorliegende Modelle miteinbeziehen. Wir wollen auch darüber reden, wie wichtig oder nebensächlich bei der Koordination, Kooperation, Vernetzung Unterschiede bzw. Gemeinsamkeiten zwischen Selbsthilfegruppen sind. In diesem Zusammenhang scheint es uns wichtig, über die Beziehung von Selbsthilfegruppen zu ihrer Umwelt zu reden.

Vom 15.3 – 17.3.85 ist ein Seminar über die Grenzen der Selbsthilfe in der Behindertenarbeit geplant. Im Juni findet vom 14.6. – 17.6.85 in Melle bei Bielefeld ein Treffen der Sozialhilfe-Selbsthilfegruppen statt. Interessenten können nähere Informationen über die einzelnen Seminare und die Einladungen 4 bis 6 Wochen vor dem Seminartermin bei der AG SPAK , Kistlerstr. 1, 8000 Münschen 90 anfordern.

Seminare

Trommeln und Rhythmus für Fortgeschrittene
22. – 24.2.85, 80,-- bis 110,--

Erwerbslosigkeit, kein Leerlauf, sondern ...
26.2. – 1.3.85, Zuschüsse werden beantragt

Sozialpädagogische Arbeit mit ausländischen Frauen und Mädchen
7. – 9.3.85, 110,-- bis 140,--

Unsere Vitalität, Erweiterung der Wahrnehmungsfähigkeit
10. – 15.3.85, 175,-- bis 275,--

Spiegel – dein zweites Gesicht
15. – 17.3.85, 80,-- bis 110,--

Problemschüler/innen – Chance zum Lernen
17. – 19.3.85, 110,-- bis 140,--

Das Ohr – ein Spiegel unseres Selbst
20. – 22.3.85, 80,-- bis 110,--

Vom Streß zur Entspannung
22. – 24.3.85, 80,-- bis 110,--

Anmeldungen und Anfragen gegen Rückporto bei Frauenbildungsstätte Edertal e.V., Königsbergerstr. 6, 3593 Anraff.

nochmal... Seminare

„Zwischen Lohnarbeit und Selbsthilfe" vom 29. – 31.3.85 für alle die, die sich über ihre Zukunft im Beruf/Arbeit nicht im klaren sind, nach neuen und anderen Arbeitsformen suchen und Utopiemodelle diskutieren wollen.
HVHS Frille
Freithof 16, 4953 Petershagen
Tel.: 05702/9771

Hat Handwerk noch goldenen Boden? vom 1. – 3.3.1985 für alle die, die im Handwerksbereich selbstverwaltete Projekte aufbauen wollen.
HVHS Frille
Freithof 16, 4953 Petershagen
Tel.: 05702/9771

Achtung !

Benny Härlin, derzeit Mitglied des Europa-Parlaments, teilt uns mit, daß die EG einen Haushalt zur „Gewährung einer finanziellen Unterstützung für Demonstrationsvorhaben im Energiebereich" verabschiedet hat.

Dieser Haushalt beträgt für 1985 100 Mio ECU, mit denen maximal 49 % der Kosten eines Vorhabens finanziert werden.

Für alle die, die im Bereich der Energieeinsparung bzw. der Nutzung alternativer Energieformen geforscht und gebastelt haben und jetzt soweit sind, die Ergebnisse in einem auf wirtschaftlicher Basis durchgeführten Großversuch zu überprüfen, ist diese Sache sicherlich sehr interessant.

Richtlinien und Antragsformulare gibt es über

Kerstin Murr
im Mehringhof
Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61

Aber ihr solltet euch beeilen, denn die **Bewerbungsfrist läuft zum 17.4. 1985 aus!!!**

Kerstin Murr steht prinzipiell als Kontaktadresse zu „unserem Mann in Brüssel" zur Verfügung. Sie wird Informationen aus dem Bereich der EG weiterleiten und nimmt umgekehrt Anfragen und Aufträge, Dinge in Brüssel herauszufinden, entgegen.

WANTED

Hamburger Druckerei-Kollektiv sucht neuen Mitarbeiter. Er/Sie sollte Erfahrung im Drucken haben, möglichst bis Format DIN A 1. Druckerei in St. Pauli, Telefon 040/31 01 54

Suchen gebr. DIN A 3 Druckmaschine, möglichst mit Kettenauslage. Zypresse, Heinrichsallee 21, 51 Aachen, Tel. 0241/25762

Schreinertreffen

8. – 10.3.85 in Freiburg

Das Schreinertreffen ist gedacht als Fortsetzung des Treffens im Oktober in Aachen, auf dem einige Themen nur andiskutiert werden konnten. Wir wollen über Ausbildung, Serienfertigung, Gütezeichen, eigener Vertrieb, Betriebsorganisation weiterreden. Weiterhin haben die Freiburger vor geraumer Zeit einen Fragebogen über biologische Oberflächen erarbeitet und an die Schreinerkollektive verschickt – leider sind bisher nur 2 Bögen ausgefüllt zurückgeschickt worden. Bitte schickt eure Fragebögen umgehend an die Freiburger, damit die Auswertung noch rechtzeitig gemacht werden kann.

Ein weiterer Punkt wird sicherlich sein, unsere Erfahrung mit der in Aachen gemeinsam geplanten Schreinerseite im Wandelsblatt zu besprechen und daraus Perspektiven abzuleiten.

Eingeladen zu dem Treffen sind alle Menschen, die in bestehenden Schreinerkollektiven arbeiten bzw. in der Gründungsphase sind. Das Treffen ist nicht gedacht für Leute, die Anschluß an ein bestehendes Kollektiv bzw. einen Ausbildungsplatz suchen. Das würde den Rahmen dieses Treffens sicherlich sprengen; und für Noch-Nicht-Kollektivisten erscheint es mir sinnvoller, sich direkt an ein Kollektiv zu wenden.
Anmeldung zum Schreinertreffen bitte schriftlich an
FREIE HOLZWERKSTATT
Habsburger Str. 9
7800 Freiburg

Ihr bekommt dann nähere Informationen zugeschickt.
Das Protokoll des Treffens in Aachen findet ihr in der November-Ausgabe des Wandelsblattes.

Uli/Ma

Adressenliste/Steckbriefe der selbstverwalteten Schreinereien

Seit dem Schreinertreffen im Mai 84 in Mannheim sind wir dabei, Adressen der bestehenden Schreinerkollektive zu sammeln und den Austausch untereinander zu erleichtern; einfacher herauszubekommen, wer schon Erfahrung in der Herstellung welcher Produkte hat; wer ausbildet oder dies vorhat und inwieweit Interesse an Lehrlingsaustausch besteht. Welche Materialien werden hauptsächlich eingesetzt und mit welchem Ergebnis? In welchen Bereichen wird überwiegend gearbeitet (Bau, Möbel, Restauration)? Besteht Interesse an regionaler Zusammenarbeit?

Dies sollen nur einige mögliche Fragestellungen sein.

Bisher haben wir ca. 50 Adressen zusammen, die aber z.T. unvollständig sind, d.h. keine näheren Angaben über den Betrieb beinhalten.

Wenn ihr den Aufbau eines solchen Archivs sinnvoll findet, schreibt uns kurz das Wichtigste von eurem Betrieb.

Handwerkergenossenschaft e.G.
Ebiz/Uli
Verbindungskanal li. Ufer 20 – 24
6800 Mannheim

Grenzlandfilmtage 1985

Selb. Vom 11. bis zum 14. April 1985 werden in Selb/Oberfranken die 8. Grenzlandfilmtage stattfinden. Im Mittelpunkt des Filmfestes stehen eine Reihe mit Programmkinofilmen, neue europäische Filme unter besonderer Berücksichtigung Osteuropas und eine Werkschau. Sie ist der ungarischen Regisseurin Marta Meszaros gewidmet. Von Marta Meszaros, die zu den bedeutendsten Filmemacherinnen überhaupt zählt, werden sechs Filme aus dem Zeitraum 1968 bis 1982 zu sehen sein. Neben den auch in der Bundesrepublik bekannteren Arbeiten „Adoption" (Goldener Bär bei den Berliner Filmfestspielen 1975) und „Neun Monate" stehen ihr Spielfilmdebüt „Das Mädchen" sowie die in den 70er Jahren entstandenen Filme „Die Beiden" und „Die Erbinnen" auf dem Programm. Von besonderem Interesse dürfte Marta Meszaros' neueste Regiearbeit „Tagebuch" sein. Der stark autobiografisch geprägte Film reflektiert kritisch die ersten Jahre ungarischer Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Aufführung von „Tagebuch" wurde von behördlicher Seite lange Zeit verhindert. Für diesen Film erhielt Marta Mezaros den Spezialpreis der Jury bei den diesjährigen Filmfestspielen in Cannes.

Interessierte Filmemacher, Produzenten und Verleiher können Filme bis zum 1. März 1985 für die Grenzlandfilmtage anmelden. Die Anmeldeformulare sind über unser Büro erhältlich.

Anschrift: Grenzlandfilmtage, Postfach 307, D-8592 Wunsiedel, Tel. 09232/4770.

Biogasgruppe im BUNDSCHUH gegründet

Biogas-Fahrt nach Bayern am 2./3. 3.85 ab München

Nach den erfolgreichen Biogas-Fahrten der letzten Jahre hat sich im Frühjahr 84 eine Biogasgruppe im BUNDSCHUH mit jetzt etwa 30 Mitgliedern gegründet. Wir diskutieren z.B. die Realisierung von Biogasanlagen im Raum Hohenlohe/Backnang/Tübingen. Die nächste Biogasfahrt geht wieder nach Oberbayern, wo wir MBB/Ismaning, die Landtechnik Weihenstephan und einige interessante Selbstbauanlagen im Raum München/Vilshofen besichtigen werden.
Abfahrt ab München: 8 h Bahnhof Nord, am 2.3.85
Rückkehr in München: 18 h – 20 h, am 3.3.
Preis DM 60,-- (nur Fahrt, ohne Übernachtung)
Kontakt/Information: Dipl.-Ing. Ekkehard Schneider, Schillerstr. 34, 8 München 2, 089/595393 und Dieter Spielberg, Endersbacher Str. 56, 7 Stuttgart 50.

CONTRASTE

Regionale Kontaktadressen:

Graphische Betriebe (Branchenseite):
Constantin Bartning (Oktoberdruck), Paul-Lincke-Ufer 44a, 1000 Berlin 36
NRW:
Maria Springenberg, Verdistr. 27 4010 Hilden
Rheinland-Pfalz:
Lebensgemeinschaft im Drohntal, Dorwiese 4, 5552 Morbach/Merscheid
Baden-Württemberg:
Libellus-Verlag, Gerhard, Augustenstr. 82a, 7000 Stuttgart 1
Nordbaden:
Zündsatz, Gaisbergstr. 97, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg1, Tel.: (06221) 1 34 02
Bayern:
AG SPAK, Kistlerstr. 1
8000 München 90
Tel.: (089) 6917821
(Redaktionsanschriften siehe Impressum)